Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 50 – 15. Dezember 2012 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Bild: ddp images/Oliver Lang

Könnten ihre defensive Rolle verlieren: Deutsche Flugabwehrraketensysteme, die demnächst die Türkei „schützen“ sollen

Rhetorik für Leichtgläubige

Nato-Generalsekretär schwört das Bündnis auf eine Militäraktion in Syrien ein

Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen schlägt die Kriegstrommeln. Mit seinen Überlegungen zu einem radikalen politischen Kurswechsel in der Syrien-Frage spaltet er das Bündnis in zwei Lager.

Eigentlich wollten sich die Außenminister der Nato-Staaten in der vergangenen Woche nur zu einem informellen Meinungsaustausch über die Lage im Nahen Osten treffen. Doch dann ließ Rasmussen die Katze aus dem Sack. Das Bündnis dürfe angesichts der Entwicklung in Syrien „den Kopf nicht in den Sand stecken“, ließ Rasmussen seine Kollegen wissen. Was das heißt, war jedermann klar: Die Nato soll sich darauf vorbereiten, militärisch in Syrien einzugreifen. Das ist eine deutliche Abkehr von der bisherigen Maxime, sich aus dem Konflikt herauszuhalten. Unterstützung erhält Rasmussen von den Außenministern der Türkei und Großbritanniens. Auch die US-amerikanische Außenministerin Hillary Clinton ist auf seiner Seite. Kein Wunder, hat der US-Senat doch unmittelbar zuvor gefordert, „Optionen“ zu prüfen, wie die USA gegen das Assad-Regime vorgehen könnten. Und dass Washington bei einer militärischen Intervention gern die Bündnispartner mit im Boot hätte, liegt auf der Hand.

Bedrohungsszenario gestützt auf angebliche Chemiewaffen

Massiver Widerspruch kommt dagegen vom deutschen, niederländischen, polnischen und französischen Außenminister. Letzterer meinte, man solle keine Fragen stellen, die „nicht akut“ seien. Damit sie akut werden, konstruieren die US-Regierung und ihre Mitstreiter auf der Grundlage eines vermeintlich geplanten Einsatzes syrischer Chemiewaffen ein Bedrohungsszenario. Dabei berufen sie sich auf US-Geheimdienste. Denen trauen viele europäische Regierungen jedoch nicht mehr, seit sie vor zehn Jahren die Weltöffentlichkeit über ein angebliches Chemiewaffenarsenal Saddam Husseins getäuscht haben, um einen Angriff auf den Irak zu rechtfertigen. Bezeichnenderweise liegen den europäischen Diensten keine Erkenntnisse über syrische Chemiewaffen vor. Demnach sind die Äußerungen der US-Regierung und Rasmussens nichts anderes als plumpe Kriegsrhetorik für Leichtgläubige.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Stationierung deutscher Flugabwehrraketen in einem anderen Licht. Angesichts der dem beschlossenen Einsatz zugrunde liegenden Bedrohungsanalyse, die von ungezieltem Mörser- und Artilleriebeschoss ausgeht, ist sie bislang nicht mehr als politische Symbolik. Weder kann sich die starke Regionalmacht Türkei von Syrien ernsthaft bedroht fühlen, noch ist erkennbar, welchen strategischen Nutzen sich Bashar al-Assad von einem Angriff auf das Nachbarland versprechen könnte. Vielmehr würde er der Nato damit einen Grund zu massiver Vergeltung geben, die sein Regime beseitigen würde. Wenn das Bündnis nun dennoch eine Militärintervention erwägen sollte, wäre den deutschen „Patriot“-Einheiten ihre defensive Rolle, die Grundlage des Mandats ist, genommen und sie würden Teil einer militärischen Offensive. Grund genug für eine intensive Diskussion über die Ziele deutscher Sicherheitspolitik. *Jan Heitmann*

JAN HEITMANN:

Manöver

Die Bayerische Staatsregierung will die Bürger über zentrale Weichenstellungen in der EU mitbestimmen lassen. Auf nationaler Ebene könnten die Bürger Entscheidungen bei den nächsten Wahlen durch einen Regierungswechsel rückgängig machen. Auf europäischer Ebene sei das in der Regel nicht möglich, so die Begründung. Der Antrag soll Anfang kommenden Jahres in den Bundesrat eingebracht werden. Das erscheint zunächst einmal löblich, soll doch bekanntlich „alle Staatsgewalt vom Volke“ ausgehen. Doch leider handelt es sich bei diesem Vorstoß weniger um eine ernst gemeinte Gesetzesinitiative als um ein durchsichtiges Manöver. Denn die CSU/FDP-Koalition in München weiß ganz genau, dass ihr Antrag in der Länderkammer keine Mehrheit finden wird. So kann sie ohne jedes Risiko Volksnähe demonstrieren und so tun, als sei ihr die Meinung ihrer Wähler tatsächlich wichtig. Doch weit gefehlt. Wer's nicht glaubt, möge sich an frühere, ähnliche Vorschläge aus Bayern erinnern. Erst wurde medienwirksam getrommelt, dann wurde die Sache nicht weiter verfolgt oder sie bekam erwartungsgemäß keine parlamentarische Mehrheit.

Auch für die Landesväter in München gilt wie für alle Politiker, dass Volkes Wille in Wahrheit nicht gefragt ist. Zu groß ist nämlich die Gefahr, dass sich die Beherrschten von den Herrschenden emanzipieren und tatsächlich einmal per Abstimmung ihre eigenen Interessen durchsetzen könnten. Um das zu verhindern, hat man dem Grundgesetz einen geradezu plebiszitfeindlichen Charakter gegeben. Begründet wird das, wie sollte es in Deutschland auch anders sein, mit angeblich negativen historischen Erfahrungen.

Medwedjew unter Druck

Gerüchte über bevorstehende Absetzung des Kabinetts

Noch vor dem Jahreswechsel könnte das Kabinett des russischen Premierministers Dmitrij Medwedew aufgelöst werden, heißt es in russischen Medien. Dafür spreche die harsche Kritik und das Handeln des Präsidenten Wladimir Putin.

Vor kurzem kritisierte dieser den Minister für die Entwicklung im Fernen Osten, Viktor Ischajew, indem er ihm Untätigkeit vorwarf. Skandale gab es nicht nur um den bisherigen Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow. Der ehemaligen Landwirtschaftsministerin Jelena Skrynnik wird Unterschlagung in großem Umfang vorgeworfen. Sie hat sich inzwischen nach Frankreich abgesetzt.

Bereits im Herbst kanzelte Wladimir Putin Medwedjew als Chef der Regierung mehrfach öffentlich ab. Dies führt zu Spekulationen über eine baldige Absetzung des Premiers. Es wird von einem Richtungskampf zwischen Kreml und Regierung berichtet, der in einem Hin und Her von Entscheidungen zum Ausdruck komme. Konservative und Liberale, die Vertreter von freier Marktwirtschaft und staatlicher Konzerne fänden keine gemeinsame Linie.

Kreml und Regierung im Richtungskampf

Deshalb sei wahrscheinlich, dass Putin schon ab Januar die Ministerriege mit Vertrauten besetzen werde. Dabei sei denkbar, dass Medwedjew auch dieses Kabinett leiten werde.

Präsident Putin überarbeitet zurzeit sein Erscheinungsbild. Da man ihm aufgrund seines Alters das Macho-Image nicht mehr abnimmt, möchte er als weiser Patriarch auftreten, der alle Menschen im Land ernst nimmt. Die Ernennung Sergej Schojgus zum Verteidigungsminister wird als Hinweis auf Putins Wunsch gewertet, die sogenannte „alte Elite“ zu stärken: Er hofiert neben der St. Petersburger auch die Jelzin-Elite, um liberale Kräfte zu beruhigen. *M. Rosenthal-Kappi*

Ungarn wieder Vorbild

Budapest beschließt Gedenktag für die deutschen Vertreibungsopfer

Ungarn öffnete 1989 als erster Ostblockstaat den Eisernen Vorhang – und nun leistet es wieder Pionierarbeit. Sein Parlament hat am vergangenen Montag mit großer Mehrheit einen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg beschlossen. An jedem 19. Januar soll künftig daran erinnert werden, dass die deutsche Volksgruppe in Ungarn ihres Besitzes beraubt wurde. Aufgrund einer Verordnung der ungarischen Regierung und des Alliierten Kontroll-Rates, waren zwischen 1946 und 1948 185 000 Ungarndeutsche aus Ungarn vertrieben worden.

„Es wird einer geschundenen und kollektiv verurteilten Volksgruppe späte Genugtuung zuteil“, kommentierte der Generalsekretär des Verbandes der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ), Norbert Kapeller, die Entscheidung für die Einrichtung des Gedenktages.

»Späte Genugtuung« für Ungarndeutsche

Im öffentlichen Bewusstsein Ungarns konnte sich im Gegensatz zu anderen ehemaligen Ostblockländern nie die Auffassung durchsetzen, dass die Vertreibung der deutschen Volksgruppe durch die deutsche Kriegsschuld gerechtfertigt gewesen wäre. In Ungarn sieht man es auch nicht mehr als Entschuldigung für die Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa an, dass die Siegermächte die Stabilität Europas in ethnisch homogenen Staaten gesehen hätten.

Ausdrücklich wird in Ungarn immer noch darauf hingewiesen, dass ein Staat, nämlich die Tschechische Republik, bis heute die damalige Entrechtung und Vertreibung der Nationalitäten für rechtmäßig und gerechtfertigt hält. Infolge der Benesch-Dekrete waren in der damaligen Tschechoslowakei neben den Sudetendeutschen auch viele Ungarn aus der Slowakei deportiert worden. *Bodo Bost/PAZ*

MELDUNGEN

Missbilligung für Schmähkritiker

Berlin – Der Deutsche Presserat sprach vergangenen Freitag gegen Deniz Yücel, den Kolumnisten der linken Tageszeitung „taz“, eine Missbilligung wegen Missachtung der Menschenwürde aus. Gegen ihn waren 25 Beschwerden eingegangen. Yücel hatte in einer Kolumne die bereits gerügte Schmähkritik von Mely Kiyak gegen Thilo Sarrazin aufgenommen und darüber hinaus einen Todeswunsch geäußert. Kiyak hatte Sarrazin als „lispelnde, stotternde, zuckende Menschenkarikatur“ bezeichnet. Nachdem sie erfahren hatte, dass diese äußerlichen Behinderungen Folgen eines Schlaganfalls und einer operativen Tumorentfernung sind, entschuldigte sie sich öffentlich. Yücel jedoch erweiterte die Verunglimpfung in seiner Kolumne noch durch die Äußerung, „der nächste Schlaganfall möge sein Werk gründlicher verrichten“. Diese Aussage verstoße gegen das in Ziffer 1 des Pressekodex normierte Gebot der Achtung der Menschenwürde, begründete der Beschwerdeausschuss des Presserats seine Entscheidung. *M.H.*

PAZ: Neue Preise ab 2013

Hamburg – Volle drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin zur Anpassung der Bezugspreise. Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2013 von neun auf zehn Euro im Monat, also 120 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 12,50 Euro monatlich (16,50 Euro bei Versand per Luftpost). Die *Preußische Allgemeine* bleibt damit auch in Zukunft die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot. Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen. *PAZ*

Thierse beißt auf Granit

Der SPD-Politiker attackiert mit Studie über die NS-Belastung des ersten BdV-Präsidiums

Zu einem Schlagabtausch zwischen der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) Erika Steinbach und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) kam es bei der Vorstellung der Studie „Funktionäre mit Vergangenheit“ in Berlin. Thierse nahm die Studie über die NS-Belastung von Mitgliedern des BdV-Präsidiums im Jahr 1958 zum Anlass, Steinbach aufzufordern, zwei stellvertretende Mitglieder des Stiftungsrats der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) zurückzuziehen.



Sachliche Diskussion statt Polemik: Autor Michael Schwartz, BdV-Präsidentin Erika Steinbach und Moderator Peter Haslinger Bild: Leh

Thierse hat den BdV und namentlich Steinbach schon oft befehdet. Jetzt kamen ihm die Ergebnisse der Studie von Michael Schwartz vom Münchner Institut für Zeitgeschichte über die NS-Belastung des ersten BdV-Präsidiums aus dem Jahr 1958 sichtlich zupass. (Michael Schwartz: „Funktionäre mit Vergangenheit“, Oldenbourg Verlag, München 2013, 594 Seiten, 69,80 Euro).

An der Diskussion über das Werk nahmen auch Autor Schwartz, Klaus Wiegrefe vom „Spiegel“ und als Moderator Peter Haslinger vom Marburger Herder-Institut teil. Laut Studie waren acht von 13 Mitgliedern des ersten BdV-Präsidiums in der NSDAP. Drei weitere waren nicht in der Partei, aber mit dem NS-Regime eng verbunden. Schwartz nennt neben Erich Schellhaus auch Alfred Gille als schwer belastet, den ersten Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, der in der Ukraine und in Weißrussland Gebietskommissar der deutschen Besatzungsverwaltung war. Nur Wenzel Jaksch und Linus Kather waren dezidierte NS-Gegner. Thierse sagte, jetzt könne Steinbach nicht mehr wiederholen, im BdV gebe es mehr Widerstandskämpfer als ehemalige Nationalsozialisten. Diese Behauptung sei schon zuvor „nicht sonderlich glaubwürdig“ gewesen. Der BdV solle „endlich aufhören mit der Selbststilisierung als Opferverband“. Diese „Lebenslüge“ des BdV sei widerlegt. Die Vertriebenen seien zwar in großer Zahl auch Opfer gewesen, bei ihrem Führungspersonal habe es sich jedoch weit überdurchschnittlich um alte Nazis gehandelt. Steinbach solle auch „aufhören mit verharmlosenden und beschönigenden Bemerkungen“, wonach diese NS-Funktionsträger „organisatorische Erfahrung“ mitgebracht hätten.

Der Bundestagsvizepräsident erklärte, er hoffe, die Studie habe in der BdV-Führung eine „kleine Erschütterung“ ausgelöst. Dies könne sich daran zeigen, dass „endlich“ die zwei stellvertretenden Mitglieder im Stiftungsrat der SFVV zurückgezogen würden, deretwegen der Zentralrat der Juden in Deutschland (ZdJ) seine Mitarbeit in dem Gremium eingestellt habe.

Steinbach zeigte sich jedoch weder durch die Studie noch durch Thierses Ausführungen erschüttert. Die beiden stellvertretenden Stiftungsratsmitglieder, der BdV-Landesvorsitzende in Baden-Württemberg, Arnold Tölg, sowie der Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, Hartmut Saenger, seien „aufrechte Demokraten“, die „nichts relativiert“ hätten, so Steinbach. Beide waren 2010 in die Kritik geraten wegen Äußerungen, die als „revanchistisch“ oder „revisionistisch“ bezeichnet wurden. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) nannte sie „nicht akzeptabel“, zugleich hatte er den Rückzug des Zentralrats der Juden aus der SVFF als eine „falsche Entscheidung“ bezeichnet. Steinbach sagte zu Thierse, wenn er fordere, diese Stiftungsratsmitglieder sollten sich zurückziehen, weil „irgendjemand sich wegen irgendeiner Äußerung belastet fühlt, die mutwillig missinterpretiert“ worden sei, dann „beißen Sie bei mir auf Granit“. Thierse nannte es daraufhin „grenzwertig“, wenn Steinbach den ZdJ als „irgendjemand“ bezeichne.

> »Äußerungen wurden mutwillig missinterpretiert«

Die BdV-Präsidentin verwies auf den früher hohen Anteil an NSDAP-Mitgliedern im Bundestag, in Landtagen, Ministerien und vielen Verbänden in der Nachkriegszeit, sogar in der DDR. Sie verwies auf Horst Mahnke, früher SS-Hauptsturmführer, später bei Rudolf Augstein Ressortchef, oder den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Georg Wolff, der es zum stellvertretenden Chefredakteur des „Spiegel“ brachte. Sie sagte, man versetze sich nicht genug in die damalige Zeit und zu oft werde überheblich mit der früheren Generation umgegangen.

Schwartz wertet in seiner Studie differenziert. Doch wird sie wohl auch dazu benutzt werden, um den heutigen BdV pauschal zu diffamieren und weiter anzugreifen. Ein aktuelles Beispiel steht auf „tagesschau.de“. Dort wird in einem Beitrag praktisch zustimmend der seit Jahren gegen den BdV agitierende Samuel Salzborn mit den Worten zitiert: „Kursieren im BdV bis heute die Weltbilder ihrer Gründungsväter? Ist der Verband überhaupt tragbar? Was wird da eigentlich Jahr für Jahr vom Bundesinnenministerium gefördert? Das wäre jetzt notwendig zu untersuchen.“

Michael Leh

Die Schulden-Uhr: Korruption im Vergleich

Die hohen Staatsschulden sind auch ein Ergebnis von Korruption. Transparancy International hat seine diesjährige Rangfolge der saubersten Staaten vorgestellt. Die rote Laterne trägt zusammen mit Nordkorea und Somalia Afghanistan auf dem 174. Platz. Das korrupteste EU-Land ist Griechenland, das sich mit Benin, Kolumbien, Dschibuti, Indien, Moldau, der Mongolei und Senegal den 94. Platz teilt. Nach Bulgarien folgt bereits das Gründungsmitglied Italien mit Platz 72 als drittkorruptester EU-Staat. Deutschland belegt zwischen Luxemburg und Honkong den Platz 13. Angeführt wird die Liste von Dänemark, Finnland, Neuseeland, Schweden, Singapur, der Schweiz, Australien und Norwegen. *M.R.*

(siehe Kommetar Seite 8)

2.060.920.021.922 €

Vorwoche: 2.060.114.237.193 €
Verschuldung pro Kopf: 25.195 €
Vorwoche: 25.185 €

(Dienstag, 11. Dezember 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Europas heimlicher Gesetzgeber

EU-Gerichtshof baut seine Macht immer weiter aus – Kritiker: Rechtsgrundsätze werden erfunden

Nach dem Bundesverfassungsgericht hat nun auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) dem Euro-Rettungsschirm ESM einen „Persilschein“ ausgestellt. Die Entscheidung ist kaum verwunderlich. Der EuGH, derzeit unter Präsidentschaft des Griechen Vassilios Skouris, hat sich stets als „Motor der europäischen Integration“ verstanden – häufig sogar mit umstrittenen Methoden. Zumindest auf juristischem Wege dürfte der Start des Euro-Rettungsschirms ESM zum 1. Januar 2013 nicht mehr zu verhindern sein.

Bereits Ende November hat der EuGH eine Klage des irischen Parlamentsabgeordneten Thomas Pringle gegen den ESM abgewiesen. Weder verbiete der Lissabon-Vertrag, dass sich Länder gegenseitig finanziell unterstützen, noch sei das Schnellverfahren, mit dem der ESM-Vertrag zustande gekommen ist, zu beanstanden, so die Luxemburger Richter. Genauso erfolglos verlief die Klage einer Journalistin vor dem EuGH. Sie wollte von der Europäischen Zentralbank die Herausgabe von Unterlagen zur Verschuldung Griechenlands erzwingen. Auch in diesem Fall entschieden die Luxemburger Richter zugunsten einer EU-Organisation. Die Einsicht in die Unterlagen kann verweigert werden, wenn das Gemeinwohl gefährdet ist, so die windelweiche Begründung.

Beiden unterlegenen Klägern hätte vorab ein Blick auf die Geschichte des Europäischen Gerichtshofs gut getan. Der hat aus seinem Selbstverständnis „Motor der europäischen Integration“ zu sein, nie einen Hehl gemacht. Als Akteur taucht der Gerichtshof zwar auf keinem Gipfeltreffen auf – gemessen an den Einflussmöglichkeiten braucht sich der EuGH aber unter den Institutionen der EU nicht zu verstecken. Seit seiner Gründung im Jahr 1952 hat es der EuGH verstanden, seine Macht immer weiter auszubauen. Regelmäßig wiederkehrend war dabei vor allem ein Vorwurf von Kritikern, der Gerichtshof schreibe in kleinen Schritten das europäische Gemeinschaftsrecht selbst um, ohne dafür ein Mandat zu haben. Häufig sind es zunächst unspektakuläre Fälle, die der EuGH nutzt, um Präzedenzfälle zu schaffen, mit denen dann die jeweilige nationale Gesetzgebung und Rechtsprechung unter Druck gesetzt wird. Unter der Überschrift „Stoppt den Europäischen Gerichtshof!“ kam die bisher wohl vernichtendste Kritik am EuGH vom Ex-Bundespräsidenten Roman Herzog. Auch er sieht die Fehlentwicklung, dass der Gerichtshof selbst als heimlicher Gesetzgeber aktiv wird.

Dabei scheint der EuGH auch bei der Wahl der Mittel nicht besonders zimperlich zu sein. Die Vorwürfe von Herzog, immerhin einem ehemaligen Richter am Bundesverfassungsgericht, haben es in sich. Er sieht, dass der EuGH „... zentrale Grundsätze der abendländischen richterlichen Rechtsauslegung bewusst und systematisch ignoriert, Entscheidungen unsauber begründet, den Willen des Gesetzgebers übergeht oder gar in sein Gegenteil verkehrt und Rechtsgrundsätze erfindet, die er dann bei späteren Entscheidungen wieder zugrundelegen kann“. Bei diesem Vorgehen sind den Richtern in Luxemburg kaum wirkliche Grenzen gesetzt. Die handverlesenen und hochbesoldeten Juristen des EuGH nutzen geschickt die Freiräume, die sich durch das ständige Machtgerangel zwischen EU-Kommission, Mitgliedsstaaten und EU-Parlament auftun. Sollte man im Einzelfall wirklich vorhaben, dem Gerichtshof auf die Finger zu klopfen, müssten sich sämtliche beteiligten Akteure einig sein – ein höchst unwahrscheinliches Szenario, zumal bei der EU-Kommission vollste Zufriedenheit mit dem Gerichtshof herrschen dürfte: Bei dem Vorhaben, unter dem Etikett „europäische Integration“ die Nationalstaaten vollständig zu entmachten, ist der EuGH der perfekte Partner für die EU-Kommission. Eines der Mittel, um noch mehr Kompetenzen nach Brüssel und Luxemburg zu holen, sind die Vertragsverletzungsverfahren. Bei vermeintlichen Verstößen gegen EU-Recht hat die EU-Kommission die Möglichkeit, Mitgliedsländer beim EuGH zu verklagen. Das ist vor allem, wenn es um unklare juristische Grauzonen geht, für Brüssel ein ideales Druckmittel. Aus Sicht des Gerichtshofs wahrscheinlich noch interessanter sind die Vorabentscheidungsverfahren. Sie erlauben es unteren nationalen Gerichten, Fälle direkt in Luxemburg zur Prüfung vorzulegen. Die Folge: Obere nationale Instanzen wie Verfassungsgerichte werden immer öfter umgangen, während der Gerichtshof in Luxemburg zunehmend Entscheidungsmacht an sich zieht.

> Bundesgerichtshof fördert seine eigene Entmachtung

Hoffnungen, dass diese Entwicklung etwa durch das Bundesverfassungsgericht gestoppt wird, kann man nach einem Karlsruher Urteil aus dem Jahr 2010 getrost ad acta legen. Damals hat das oberste deutsche Gericht die Hürde für eine Konfrontation mit dem EuGH so hoch gelegt, dass dieser damit de facto einen Freibrief erhalten hat. Lediglich, wenn EU-Institutionen ihre Kompetenzen „in schwerwiegender Weise“ überschreiten, komme eine Kontrolle von europäischen Entscheidungen durch Karlsruhe in Betracht, so der Kommentar der deutschen Verfassungsrichter zu ihrer faktischen Selbstentmachtung. Beanstandet werden sollen nur noch „offensichtlich kompetenzwidrige“ Urteile des EuGH. Angesichts des Drangs des Luxemburger Gerichtshofs, sich selbst zum Gesetzgeber aufzuschwingen und immer weitere Bereiche der bisherigen nationalen Rechtsprechung an sich zu ziehen, sind die Folgen dieser Zurückhaltung des obersten deutschen Gerichts leicht absehbar.

Norman Hanert

Die Decke wird zu kurz

Von Theo Maass

Zwei winterbedingte Meldungen bewegten am Wochenende die Berliner Gazetten: In einem Kreuzberger Hinterhof wurde der erste Kältetote des Jahres 2012 aufgefunden. Gleichzeitig haben die linksextremen Unterstützer des Protestmarsches von Asylbewerbern von Würzburg nach Berlin in Kreuzberg eine leer stehende Schule besetzt. An der Besetzung beteiligten sich nur linke „Unterstützer“ und keine Asylbewerber. Diese hatten unter Verletzung der geltenden Residenzpflicht ihre zugewiesenen Quartiere verlassen, um öffentlichkeitswirksam dagegen zu protestieren, dass sie den ihnen zugewiesenen Wohnort nicht ohne Genehmigung verlassen dürfen.

Zuspruch aus der Bevölkerung gab es hierfür keinen. Die Asylbewerber sind ja auch nicht in Not, denn sie haben zu Essen, ein Dach über dem Kopf und sind staatlichen Drangsalierungen nicht ausgesetzt. Interessanterweise fand in diesen Tagen auch in Österreich ein ähnliches Unternehmen statt. Die Beteiligung der „Betroffenen“ war auch dort denkbar gering.

In diesen Tagen wird deutlich, dass die finanziellen Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland, „alle zu beglücken“, erschöpft sind. Griechenlandhilfe, Euro-Rettung, EU-Beiträge, Beteiligung an fremden Kriegen, allerlei andere „internationale Verpflichtungen“ und natürlich hohe soziale Leitungen für Wirtschafts-„Flüchtlinge“ lassen zu wenig Raum für die eigentlichen staatlichen Aufgaben, nämlich sich um die hier ansässige Bevölkerung zu kümmern. Manchen Einheimischen geht es materiell schlechter als den hier alimentierten Ausländern. Hätte der Kreuzberger Kältetote eine „Residenz“ gehabt wie die protestierenden Wirtschaftszuwanderer – von Flüchtlingen zu sprechen ist hier wohl fehl am Platze – wäre er gewiss noch am Leben. Die Auflage, den Landkreis nicht zu verlassen, hätte er vermutlich auch gern erfüllt.

Beide Vorgänge zeigen aber, dass uns hierzulande die Maßstäbe abhanden gekommen sind. Eine Bevorzugung von Zuwanderern in unseren Sozialsystemen, und das womöglich auf Kosten hilfsbedürftiger Einheimischer? Nein danke, denken da die meisten – zu sagen traut sich ja das fast niemand mehr. Die politische Korrektheit hat das freie Wort für den Normalbürger zu einem Wagnis werden lassen. Übrigens: Auch im Landkreis Dessau starb an dem selben Wochenende eine Frau unter freiem Himmel an der Kälte. Und in Hamburg finden viele einheimische Obdachlose nicht einmal mehr Zugang zu den Notunterkünften der Winternothilfe, weil die Plätze mit hereinströmenden Osteuropäern überflutet sind.

Nur die Bürokratie aufgebläht

Ausländerpolitik: Berlins neues Integrationsgesetz erweist sich als teurer Fehlschlag



„Alles auch ohne das neue Gesetz möglich“: Türkische Lehrerin unterrichtet an einer Neuköllner Grundschule eine zweite Klasse in der türkischen Sprache

Bild: Sascha Schürmann/ddp

Mit seinem neuen „Integrationsgesetz“ wollte Berlin bundesweiter Vorreiter bei der Ausländer-Integration werden. Die erste Praxis-Prüfung zeigt, wie Multikulti-Phrasen an der rauen Wirklichkeit zerschellen.

Berlins Integrationsgesetz sollte nach dem Willen der Politik ein „Meilenstein“ sein. Doch das Partizipationspapier hat bisher kaum etwas erreicht. Das zeigt eine jetzt vorgestellte, 53 Seiten starke Untersuchung. Das Senatsziel, mehr Zuwanderer in den öffentlichen Dienst der Stadt zu bringen, machte sich Berlin demnach selbst mit wenig Neueinstellungen zunichte. In den für das Gesetz zuständigen Bezirken gibt es zudem massive Vorbehalte. Auch ließen sich konkrete Erfolge in der Bilanz nicht erkennen, sagt die Opposition.

„Chancengerechtigkeit und Teilhabe für alle“ seien Voraussetzung einer „gerechten Weiterentwicklung der Einwanderungsstadt Berlin“, schreibt der Senat im offiziellen Hauptstadtportal „Berlin.de“ über das Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz. Es trat Anfang 2011 in Kraft und ist die bundesweit erste Regelung ihrer Art.

Das Berliner Projekt diente im Februar Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen als Vorbild eines noch weitergehenden Integrationsgesetzes. Die Hauptstadt-SPD verweist im Senat daher gern auf Berlins föderale Vorreiterrolle mit seinen weit gesteckten Zielen, die konkret jedoch recht oberflächlich formuliert wurden. Auch die Berliner CDU erklärte mit Koalitionsbeginn die Integration zur „Chefsache“, obwohl Berlins CDU-Chef Frank Henkel das Gesetz 2011 noch als „völlig überflüssig“ bezeichnete.

Das ehrgeizige Papier macht inhaltlich nicht nur den „Bedarf“ Zugewanderter an Integration zum Maßstab verpflichtender staatlicher Bemühungen, es weist auch alle Berliner Einrichtungen an, für „gleichberechtigte Teilhabe und interkulturelle Öffnung zu sorgen“ und fordert die „interkulturelle Kompetenz“ behördlicher Entscheidungsträger. Die haben indes wenig Lust auf entsprechende staatliche Umschulung, wie die neue Untersuchung zeigt. Da der Senat sich selbst im Integrationsgesetz eine umfangreiche Erfolgsmessung auferlegte, wird nun das ganze Ausmaß der Wirkungslosigkeit der Vorschriften bekannt.

Die hochgesteckten „Zielvorgaben zur Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund“ wurden beispielsweise längst von Berlins politischem Sparkurs eingeholt. So verweist die aktuelle Bilanz nur auf Propagandamanöver wie die seit 2006 laufende Kampagne „Berlin braucht dich“. Die harten Zahlen ernüchtern indes: Statt der angestrebten 25 Prozent waren vergangenes Jahr nur 17,5 Prozent der Auszubildenden ausländischer Herkunft. Ein nennenswerter Anstieg bleibt aus.

Kritiker mahnten schon zum Gesetzestart die weitreichenden Ansprüche der Integrationslinie an. Die erste Auswertung zeigt nun: Das Gesetz schuf vor allem viel Bürokratie, so einen 18-köpfigen Landesbeirat, besetzt mit Vertretern vieler Organisationen von den Ausländervereinen bis hin zu Wirtschaftsvertretern, oder den Posten des „Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration“. Jede Landeseinrichtung muss ihn laut Gesetz unterstützen. Doch ob dieser Beauftragte seiner Rolle als Ansprechpartner der Zuwanderer überhaupt gerecht wird, bleibt auch nach dem aktuellen Bericht offen. „Bürokratisches Pillepalle, das uns nicht weiterbringt“, nannte Neuköllns für klare Worte bekannter SPD-Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky die Vorschrift schon vor der aktuellen Auswertung.

Kaum Interesse an »interkultureller Kompetenz«

Zahlreiche Gesetzesänderungen vom Sport- bis zum Landesgleichberechtigungsgesetz überarbeitete der Senat damals, um entsprechend seinem neuen Kurs das passende Vokabular des Integrationsgesetzes durchzupeitschen. Die Mühe hätte sich Rot-Schwarz sparen können: „Wenig Überraschendes“ sei nun in der Auswertung zu lesen, urteilte der integrationspolitische Sprecher der Berliner CDU, Burkhard Dregger. Er bejahte indes, dass mit dem Gesetz „systematisch an den Teilaspekten der Integration gearbeitet wird“. Dabei hatte auch Dregger das Gesetz einst infrage gestellt. Tatsächlich lässt der Bericht kaum erkennen, welche Maßnahmen auch ohne das Gesetz möglich wären. Eine „Analyse der Wirkung“ sei im Bericht nicht enthalten, bemängelte die Piratenpartei.

Bezirke und Senat machten „ebenso gut oder schlecht Integrationspolitik, wie sie es ... immer getan haben, ob mit oder ohne Integrationsgesetz“, urteilte die Grünen-Politikerin Susanne Kahlefeld. Der CDU-regierte Bezirk Reinickendorf gab den Gesetzesprüfern zur geforderten „interkulturellen Kompetenz“ kurz angebunden zu Protokoll: „In Einzelfällen haben sich Mitarbeiter sicherlich derartige Kompetenzen angeeignet.“ Einen laut Gesetz bezirklich anzusiedelnden Integrationsbeauftragten ernannte man dort erst nach gut zwei Jahren, empört sich die Opposition.

Doch auch andere Bezirke erkennen in dem Gesetz kaum Vorteile für ihre Arbeit mit Ausländern, was die schleppende Umsetzung dort erklärt. Unabhängig von aller Empörung bei der dunkelrot-grün-gelben Opposition, der das Gesetz freilich nicht weit genug geht, liefert der Bericht die Erkenntnis, dass dem Senat der Anschluss an die Herausforderungen der Integration in den Bezirken verlorengeht. Bisher ist der angeblich ureigensten Herzenssache einer „modernen Hauptstadtpartei“ droht SPD und CDU deshalb das Abseits.

Sverre Gutschmidt

Volksbegehren hatte Erfolg

BER: Mehr als 100 000 Brandenburger für strenges Nachtflugverbot

Mit 106 000 Stimmen haben rund 26 000 Brandenburger mehr als gesetzlich nötig das Volksbegehren für ein strengeres Nachtflugverbot am künftigen Flughafen BER zum Erfolg geführt. Während die Planer die Nachtruhe auf die Zeit von 0 bis 5 Uhr begrenzen wollen, fordert das Volksbegehren ein Verbot von 22 Uhr bis 6 Uhr.

Das Ergebnis ist ein Denkzettel für Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD). Er hat sich gegen ein derart umfassendes Verbot ausgesprochen. Doch so deutlich das Votum auch ist, für Brandenburgs Regierung hat das erfolgreiche Begehren keinerlei Bindekraft. Das Gesetz fordert lediglich eine nochmalige Vorlage der Thematik im Landtag. Der Ausgang einer nochmaligen Abstimmung scheint bereits festzustehen: In einer Krisensitzung haben sich die Koalitionsspitzen von SPD und Linkspartei darauf geeinigt, das Volksbegehren zu ignorieren.

Was stattdessen die Wogen glätten soll, kann man als bloßes Taktieren bezeichnen: Rot-Rot will sich für ein bundesweites, sogar europaweites Nachtflugverbot starkmachen, so zumindest die Ankündigung. Die unrealistische Maximalforderung ist die beste Garantie dafür, dass in der Angelegenheit BER nichts im Sinne des Volksbegehrens passieren wird. Platzeck begibt sich mit der Strategie allerdings in mehrfacher Hinsicht in eine Zwickmühle: Weniger als zwei Jahre vor der nächsten Landtagswahl droht bei der Bevölkerung in den Einflugschneisen des Hauptstadtflughafens die Zustimmung für die SPD einzubrechen. In Orten wie Kleinmachnow, Stahnsdorf und Zeuthen lag die Zustimmung zum Begehren bei rund 50 Prozent. Dazu kommen parteiinterne Konfrontationen: Massive Unterstützung für das strenge Nachtflugverbot kam gleich von mehreren SPD-Bürgermeistern.

Rot-Rot taktiert zwischen den Lagern hin und her

Eine noch stärkere Zerreißprobe droht der Linkspartei. Noch 2009 hatten sich die Linken in ihrem Wahlprogramm für ein weitreichendes Nachtflugverbot ausgesprochen – zugunsten einer Regierungsbeteiligung wurde die Forderung fallengelassen. Inzwischen wächst der Unmut der Linken-Basis so weit, dass erste Rücktritte von Funktionären auf Kreisebene gemeldet werden. Nochmals zuspitzen dürften sich die Spannungen in der SPD und der Linkspartei, wenn es im kommenden Jahr in der Frage des Nachtflugverbots zu einem landesweiten Volksentscheid kommen sollte, wie sich dies inzwischen abzeichnet. *N.H.*

Kohle für Öko

Brandenburg zahlt Schwedens Energiewende

Einen drastischen Kurswechsel in der Unternehmenspolitik hat Schwedens Energiekonzern Vattenfall beschlossen. Investitionen sollen bis zum Jahr 2020 nur noch in Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung fließen, so der Beschluss des staatseigenen Konzerns. Der Strategiewechsel hat Auswirkungen bis nach Brandenburg, wo Vattenfall über eine Tochtergesellschaft aktiv ist. „Wir bekennen uns nach wie vor zum deutschen Markt und zur Braunkohle. Mit den Erträgen aus der Braunkohle wollen wir unseren Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben“, so Vattenfall-Chef Øystein Løseth.

Hintergrund dieser Kalkulation: Die Braunkohlesparte gilt wegen geringer Erzeugungskosten für den Strom als sehr profitabel, während in Schweden mit dem Ausbau der regenerativen (erneuerbaren) Energiequellen erst einmal die Gewinne wegbleiben werden. Der Konzern betreibt auf der brandenburgischen Seite der Lausitz drei und in Sachsen zwei weitere Tagebaue, die drei konzerneigene Kraftwerke beliefern.

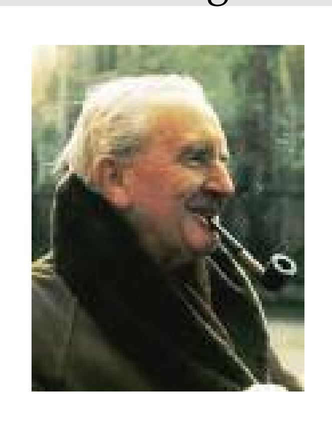
Tagebaue finanzieren grünen Strom

Auf Seiten der Braunkohlegegner grassieren Spekulationen, dass Vattenfalls neuer Öko-Kurs das Aus für neue Braunkohletagebaue in Südbrandenburg bedeute. Derartige Hoffnungen könnten allerdings trügerisch sein. Nimmt bei Vattenfall die Öko-Wende erst einmal Fahrt auf, dann dürfte die Braunkohleverstromung in Brandenburg und Sachsen eine der wenigen Konzernsparten sein, die noch Gewinn abwirft. Die Entwicklung der Fördermenge weist die Richtung: Mit 62 Millionen Tonnen wird der Konzern 2012 so viel Kohle in der Lausitz fördern wie zuletzt 1993. *N.H.*

Abstimmung über Treitschke

Bis Montag stimmen die Anwohner der Treitschkestraße im Südwesten Berlins darüber ab, ob ihre Straße umbenannt werden soll, wie es linke Gruppen und Politiker fordern. Der Historiker Heinrich von Treitschke, der sich nicht als Antisemit sah und lange vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten verstarb, wird von diesen als „Wegbereiter“ des NS angeklagt. Torsten Hippe, CDU-Fraktionschef in der Bezirksverordnetenversammlung Zehlendorf-Steglitz, kritisierte die Kampagne gegenüber der *PAZ*: „Treitschke hat sich antisemitisch geäußert; Luther, Marx, Wagner, Bismarck, Rathenau und Thomas Mann auch. Können und wollen wir deshalb die deutsche Geschichte, die sich auch in Straßenbenennungen vergangener Zeiten ausdrückt, ohne diese schreiben? Wenn Ernst Thälmann, ein aktiver gewaltsamer Kämpfer gegen die erste deutsche Republik, der dadurch Todesopfer auf dem Gewissen hat, Straßenpate sein darf, dann Treitschke erst recht.“ *H.L.*

Zeitzeugen



John Ronald Reuel Tolkien – Die väterliche Familie des 1892 in Südafrika geborenen Autors und Oxfordprofessors für mittelalterliche Literatur stammt ursprünglich aus Niedersachsen. Vielleicht war das mit ein Grund für seine Vorliebe für nordische Mythen, aus denen sich seine Werke „Der kleine Hobbit“ (1937) und „Der Herr der Ringe“ (1954/55) speisen. Er starb 1973 in Bournemouth, während er am „Silmarillion“ schrieb, das die Mythenwelt des „Hobbits“ schildert.



Peter Jackson – Die Leidenschaft des 51-jährigen Neuseeländers für die Werke Tolkiens geht so weit, dass er wie ein Hobbit stets barfuß unterwegs ist. Seiner kompromisslosen und detailbesessenen Regiearbeit ist es zu verdanken, dass Teil 3 von „Herr der Ringe“, „Die Wiederkehr des Königs“, als erster Fantasy-Film überhaupt den Oscar als bester Film erhielt. Seine „King Kong“-Neuverfilmung von 2005 war hingegen nicht der erwartete Coup.



Donald A. Wollheim – Ohne den US-Verleger wären Tolkiens Werke heute vielleicht vergessen und gäbe es keine Verfilmungen. Als Pionier des Taschenbuchs wollte er „Herr der Ringe“ in den 60er Jahren broschiert herausbringen. Da Tolkien ihm für diese „degenerierte“ Buchform die Erlaubnis verweigerte, stellte Wollheim davon Raubdrucke her. Die billigen Bände verbreiteten sich so schnell, dass Tolkien trotz seiner schwerfälligen Prosa rasch zum Kult unter Studenten wurde.



Der Berggeist – Bei einer Reise durchs Rheinland sah Tolkien dieses Bild des deutschen Malers Josef Madlener (1881–1967). Die Figur des bärtigen Mannes inspirierte ihn zu der Figur des Zauberes Gandalf im „Kleinen Hobbit“. Auch der von Ian McKellen verkörperte Film-Gandalf ähnelt dem „Berggeist“ verblüffend.

Herr des Leinwanddonners

Kleine Zwerge ganz groß: »Der Hobbit« ist das gewaltigste Kinoereignis seit Jahren

Die Kinobetreiber reiben sich bereits die Hände. Der erste Teil des neuen Fantasyspektakels „Der Hobbit“, das jetzt in den Filmhäusern gestartet ist, wird ihnen ein reiches Weihnachtsgeschäft bescheren. Nach zuletzt eher durchwachsenen Monaten läuft das Kinojahr 2012 kurz vor Schluss auf einen auch von Kinobesuchern lang ersehnten Höhepunkt zu.

Das Warten hat sich gelohnt, möchte man meinen, nachdem eines der teuersten Filmprojekte endlich in die Kinos kommt. Viele hatten schon gezweifelt, ob der neuseeländische Regisseur Peter Jackson nach seiner grandiosen Mittelerde-Saga „Herr der Ringe“ überhaupt noch deren Vorläufer-Geschichte „Der Hobbit“ des britischen Autoren J. R. R. Tolkien verwirklichen könnte. Zu hoch hatte er selbst die Latte gesetzt mit der „Ring“-Trilogie von 2001 bis 2003, die weltweit fast drei Milliarden US-Dollar eingespielt hat, die mit insgesamt 17 Oscars ausgezeichnet und weitere 13-mal dafür nominiert wurde.

Schon in den 90er Jahren hatte der Tolkien-Fan angekündigt, die 1937 ursprünglich für Kinder geschriebene Erzählung „Der kleine Hobbit“ zu verfilmen. Da die Filmrechte dafür schon vergeben waren, drehte Jackson zuerst „Herr der Ringe“. Als 2006 die Produktionsgesellschaft Metro-Goldwyn-Mayer (MGM) die Hand an den Rechten hatte, sollte Guillermo del Toro Regie führen. Nach einem Rechtestreit mit den Tolkien-Erben und finanziellen Problemen bei MGM gab del Toro entnervt auf und Jackson übernahm das Ruder. Er plante den „Hobbit“ als zweiteiligen Film, dessen erster Teil 2011 in die Kinos kommen sollte. Verzögert durch Arbeitskämpfe bei den Dreharbeiten in Neuseeland und durch den Einfall, mit einem dritten Teil zusätzliches Kapital aus dem Projekt zu schlagen, kommt Teil 1 als „Hobbit – Eine unerwartete Reise“ nach dreijährigen Dreharbeiten reichlich verspätet in die Kinos.

Mit dem »Hobbit« übertrifft sich Jackson selbst

Und Jackson hat sich in allem noch einmal übertroffen. Mit bis zu 300 Millionen US-Dollar Produktionskosten pro Teil übertrifft die „Hobbit“- die „Ring“-Trilogie um ein Vielfaches. Da ihm jetzt die 3-D-Technologie zur Verfügung stand, gelangen ihm spektakuläre Landschaftsszenen und Schlachtentableaus, bei denen sich der Zuschauer mitten im Getümmel wähnt.

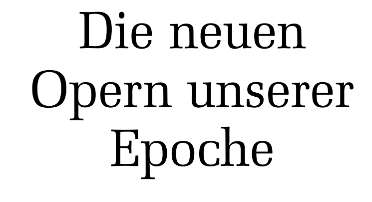
Nach der Premiere der fast dreistündigen Leinwandoper in Neuseeland spöttelte man, dass Jackson jeden Punkt und jedes Komma aus dem schmalen Tolkien-Buch verfilmt hätte. Tatsächlich ist der Beginn des Mammutabenteuers, bei dem sich 13 Zwerge und der Zauberer Gandalf im Hobbit-Heim Bilbo Beutlins versammeln, etwas langatmig geraten. Doch dies ist das komödiantische Entree zu einem grandiosen Epos, an dessen Ende der tragische Kampf um Macht und Freiheit steht. Wer „Herr der Ringe“ gesehen hat, wird viele Déjà-vu-Erlebnisse haben, gibt es doch ein Wiedersehen mit Elben, Orcs und Gollum. Als letzterer einen Ring verliert, schließt sich symbolhaft der Kreis zu „Herr der Ringe“.

Es ist ganz großes Monumentalkino, das hier aus dem kleinen Neuseeland kommt. Die immens hohen Produktionskosten wird es locker einspielen. Auch zum Gefallen der Kinobetreiber, für die der Blockbuster ein Weihnachtssegen ist. Zwar lief das erste Halbjahr auch dank der französischen Komödie „Ziemlich beste Freunde“, die sich 8,5 Millionen Besucher ansahen, besser als im Vorjahr, doch in der zweiten Jahreshälfte fehlte bislang der große Hit. „Der Hobbit“ wird das wohl ändern. Er dürfte Jacksons nächster Oscar-Kandidat werden und auf diese Weise wohl auch die Neugier bei solchen Zuschauern wecken, die bislang um das Fantasygenre einen weiten Bogen gemacht haben. *Harald Tews*



Bild: James Fisher/Warner Bros.

Der Kontrakt des Hobbits: Bilbo Beutlin (Martin Freeman) studiert das Kleingedruckte seines Schicksals-Vertrages



Die neuen Opern unserer Epoche

Genau genommen ist auch Wagners „Ring des Nibelungen“ ein einziges Fantasyspektakel. Ein Drache, der einen goldenen Hort beschützt, eine Tarnkappe, die unsichtbar macht, ein Ring, an dem das Schicksal ganzer Völker hängt – alle diese Anleihen aus dem nordischen Mythenschatz der Edda finden sich auch bei Tolkien wieder. Woran liegt es dann, dass viele Opernfreunde wahre Hasser von Fantasy-Filmen? Man schätzt das Nibelungenlied, schwelgt bei Wagner und lässt als Film höchstens Michael Endes „Unendliche Geschichte“ gelten. Doch sind „Harry Potter“, „Avatar“ oder „Herr der Ringe“ wirklich nur Kinderkram? Dabei sind sie die Monumentalepen, die auf den Spuren alter Hollywood-Klassiker gehen wie „Vom Winde verweht“, „Ben Hur“ oder „Kleopatra“.

Gesamtkunstwerke im Sinne Wagners

Hier wie dort wird gelacht und geweint, gefeiert und gemetzelt. Dass uns die neueren Werke gewalttätiger vorkommen – die meisten „Harry Potter“-Filme, in denen auch viel künstliches Blut fließt, sind wie der „Hobbit“ ab zwölf Jahren freigegeben –, liegt auch am unmittelbareren Kinoerlebnis mit großer Leinwand und Dolby-Surround-System, dass einem jede Schwertklinge scheinbar direkt am Ohr zischen lässt. Die 3-D-Technik, mit der viele Filme neuerdings in die Kinos kommen, tut dabei ein Übriges zum authentischen Erlebnis. Dabei ist die marktwirtschaftliche Rolle solcher Filme nicht zu unterschätzen: Sie sichern durch begleitende Merchandising-Produkte wie Videospiele, Spielzeug oder Kleidung tausende Arbeitsplätze – auch lange, nachdem sie abgedreht wurden. Filme wie „Star Wars“, „Herr der Ringe“ oder der „Hobbit“ sind die neuen Opern unserer Zeit, also Gesamtkunstwerke ganz im Sinne Richard Wagners. *tws*

Warten auf den Erlöser

Das Interesse an fantastischer Literatur hat auch religiöse Gründe

Das Prinzip ist einfach: Gut kämpft gegen Böse, und am Ende gewinnt immer das Gute. Auf diese simple Formel kann man auch den „Hobbit“ bringen, in dem 14 zwergenhafte Wesen immer gegen riesenhafte Trolle und andere zähnefletschende Monster die Oberhand behalten. Am Ende wird sogar ein gigantischer feuerspeiender Drache das Zeitliche segnen müssen.

So völlig fern jeder Realität das Grundmuster solcher fantastischer Welten auch sein mag, so sehr befriedigt es die Sehnsüchte der meisten Menschen. Wenn man schon dem tristen Alltag nicht wirklich entkommen kann, so stellen solche Heldenwelten ideale Fluchtorte wenigstens in der Fantasie dar. Und das Idealbild eines Mittelalters, in dem noch echte Recken um Ruhm und Ehre kämpften, kommt solchen Sehnsüchten sehr nahe.

Im „Hobbit“ finden sich denn auch viele Anklänge an das Mittelalter. Nicht von ungefähr spricht Tolkien vom Zeitalter der „Mittelerde“. Es liegt wie im Märchen irgendwie zwischen allen: alt und neu, gestern und heute, schon vorbei und nie gewesen. Das Personal ist eine entsprechende Melange mythischer Figuren: Zauberer, Elben (eigentlich „Elfen“), Riesen, Zwerge, Unholde und Zartbesaitete – alles passt in diesen Topf. Als Zutat gibt es eine Prise Gotik. Anklänge an mittelalterliche Kathedralen finden sich auch im „Hobbit“ zuhauf, etwa wenn die Protagonisten steile Stegen und hohe Gerüste überwinden müssen und den Abgrund dabei immer vor Augen haben.

Kraft Fantasie will man gottloser Welt entfliehen

Dass in letzter Sekunde oft ein Zauber das Leben rettet, entspricht dem Wunsch nach dem Wunder der Unsterblichkeit. Überhaupt darf die christliche Symbolik solcher fantastischer Werke nicht unterschätzt werden, steht doch das „Quest“-Motiv im Vordergrund, also die Suche nach etwas Heiligem. Parzival suchte im mittelalterlichen Epos nach dem Heiligen Gral. Im „Hobbit“ geht man auf die Suche nach einem Drachen, der die heilige Heimat besetzt hält. Den Goldhort, den er wie im Nibelungenlied hütet, entspricht dem Gral aus der Artus-Sage, den man zurückerobern will. Der Wunsch nach Erlösung, wenn die „Kreuzritter“ entkräftet am Ziel sind, entspricht der Sehnsucht, sich am Ende gottesfürchtig in die starken Arme eines neuen (An-)Führers fallen zu lassen, den viele in einer heutigen gottlosen Welt vermissen.

Um zum Ziel zu gelangen, muss eine Reihe meist blutiger Abenteuer bestanden werden. Sie sind das Salz in der Suppe, die eine Geschichte erst genießbar macht und für Spannung sorgt. Schon eines der ersten literarischen Werke der abendländischen Kultur war im Grunde ein Fantasy-Abenteuer: Odysseus kämpfte gegen Zyklopen und ließ sich von einer Zauberin, die seine Gefährten in Schweine verwandelt hat, be„circen“. Und ist nicht selbst die Bibel ein fantastisches Märchenbuch über Figuren, die zur Salzsäure erstarren und über Wasser wandeln? Im Vergleich dazu nimmt sich der „Hobbit“ trotz reicher Fantasie geradezu bescheiden aus. *Harald Tews*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **6412**

Selbstständig arbeitslos

Immer mehr Kleinstunternehmer beziehen als »Aufstocker« staatliche Transferleistungen

Rund 1,4 Millionen Erwerbstätige verdienen in Deutschland zu wenig, um davon leben zu können. Sie stocken mit Leistungen vom Arbeitsamt (Arbeitslosengeld II/ALG II) auf. Besonders die Zahl der Selbstständigen unter diesen Aufstockern hat zugenommen. Sie hat sich laut aktuellem Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) seit 2007 von 67000 auf 126000 im Jahre 2010 fast verdoppelt.



Anstehen für das Notwendige: Auch Selbständige sind immer häufiger gezwungen, beim Arbeitsamt um Hilfe zu bitten Bild: pa

Viele von diesen Selbstständigen arbeiten demnach besonders in Gastronomie und Gesundheitssektor in Vollzeit und haben doch zu wenig zum Leben. Die deutsche Arbeitslosenstatistik weist trotz Winter und Konjunkturschwäche Positives aus: 2,751 Millionen Menschen waren im November offiziell arbeitslos, 2000 weniger als im Oktober. Die Quote liegt auf einem europaweit niedrigen Niveau von 6,5 Prozent. Große Gruppen arbeitsfähiger Menschen tauchen aber nicht in dieser Zählung auf, was die Bilanz schönt. Wer in Arbeitslosigkeit krankgeschrieben ist, fällt ebenso aus der Erhebung wie alle, die weniger als 15 Stunden pro Woche arbeiten können. Somit ist es möglich, offiziell selbständig zu sein und faktisch kaum Arbeit zu haben. Sogar eine Existenzgründung in Arbeitslosigkeit ist möglich. Wer in Arbeitsfördermaßnahmen „geparkt“ ist, fällt auch aus dem Raster. Und auch wer einen Ein-Euro-Job ausübt, gilt nicht als arbeitslos. Ab einem Alter von 58 Jahren kommt selbst ein aktiv Arbeit Suchender nicht mehr offiziell als solcher in Betracht, wenn er bereits zwölf Monate oder länger Arbeitslosengeld II bezogen hat und während dieser Zeit keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten bekam. Viele Menschen werden schon vorher dauerhaft aus der Arbeitsstatistik und allen entsprechenden Bemühungen entfernt. Die Selbstständigkeit ist dann oft die Endstation vor einer Rente mit Abstrichen.

Das IAB-Institut der Bundesagentur für Arbeit hat nun den Bericht „Viel Geld für wenig Arbeit. Selbstständige in der Grundsicherung“ vorgelegt. Das Institut untersuchte den Trend, da die Zahl der selbstständigen Aufstokker in den letzten Jahren stetig zugenommen hat. Besonders die sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigten Aufstocker sind 2011 mehr geworden. Nur gut jeder zehnte Aufstocker sucht demnach als Selbstständiger sein Auskommen, doch unauskömmliche Arbeit nimmt hier besonders zu. „Zudem ist bekannt, dass der größte Teil der Aufstocker geringfügig oder in Teilzeit beschäftigt ist und ihre Bruttostundenlöhne mit durchschnittlich sechs bis sieben Euro pro Stunde relativ gering sind“, so das Papier. Viele Selbstständige beziehen die Leistung immer länger, schaffen den Absprung nicht. Selbstständigkeit trifft heute viele: Wer eine Festanstellung verliert und nichts Neues findet, dem bietet die Arbeitsverwaltung oft diesen letzten Ausweg an. Die Bundesagentur für Arbeit hat dabei grundsätzlich Probleme,

Geschönte Statistik zu Lasten der Betroffenen

Daten zu Selbstständigen zu liefern, weil sie nur auf Akten von Existenzgründern und Anträge auf Grundsicherung zurückgreifen kann, so die Autoren der Studie.

Eine hohe Dunkelziffer kaum profitabler selbstständiger Tätigkeiten ist zu erwarten. Vor allem Männern im Alter von 25 bis 61 Jahren droht dieses Aufstockerdasein, während jüngere sofort zu vermitteln sind. Ausländer sind indes mit 20 Prozent als Aufstokker „leicht unterrepräsentiert“. Selbstständige Aufstocker sind statistisch vor allem alleinstehende Männer oder solche mit Familie, Behördendeutsch „Bedarfsgemeinschaft“, ansonsten gebe es in Sachen Alter und Geschlecht kaum Unterschiede zu abhängig beschäftigten Aufstockern. Ein Drittel der derart Selbstständigen verdient weniger als 100 Euro im Monat.

Die allgemeine Ausweitung von Niedriglöhnen und Aufstockern trägt landesweit zu schwindender Kaufkraft bei: 2007 betrug laut dem gewerkschaftsnahen WSI-Institut der Anteil der Arbeitenden am Volkseinkommen noch 38 Prozent, Anfang Dezember dagegen waren es nur noch 36,6 Prozent, Tendenz sinkend. Mit mangelnder Qualifikation der selbstständigen Aufstocker ist das nicht zu erklären, denn rund 16 Prozent von ihnen sind Akademiker, mehr als bei den abhängig Beschäftigten, so das IAB. Eine Studie des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn aus dem vergangenen Jahr zeigt, dass von allen Selbstständigen die Aufstocker 2010 bereits 2,9 Prozent ausmachten. Im Jahre 2007 waren es noch 1,7 Prozent. Gleichzeitig sank demnach die Zahl Selbstständiger mit geringem Haushaltsnettoeinkommen (unter 1100 Euro) sogar. Die geförderte Selbstständigkeit nützt somit vor allem der Vermittlungs- und Weiterbildungsbranche: Jeder vom Arbeitsamt in Selbstständigkeit Komplimentierte wird zu privatwirtschaftlich organisierten Vorbereitungskursen geschickt.

Sverre Gutschmidt

MELDUNGEN

Segen für Vertriebene

Regensburg – Papst Benedikt XVI. hat den 53-jährigen Theologieprofessor Rudolf Voderholzer zum neuen Bischof von Regensburg ernannt. Voraussichtlich wird Voderholzer Ende Januar 2013 zum Bischof geweiht. Seit 1993 gehört der neue Bischof der Sudetendeutschen Landsmannschaft in der Ortsgruppe Haar und damit der Kreisgruppe München an. Außerdem ist er seit 2010 Ordentliches Mitglied der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaft und Künste. Er war in den Städten Traunreut, Zornedig und Haar tätig, in denen viele Vertriebene leben, ist mit der Problematik von Flucht und Vertreibung demnach vertraut. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft begrüßte die Ernennung eines ihrer Mitglieder zum Bischof. *M.H.*

Polizei immer öfter angegriffen

Hamburg – Polizeibeamte sehen sich mehr als je zuvor gewalttätigen Übergriffen, Provokationen und Beleidigungen aus der Bevölkerung ausgesetzt. Dies geht aus einer internen Untersuchung der Hamburger Polizeibehörde hervor. Dabei wurden 106 Beamte verschiedener Altersgruppen in Einzel- und Gruppeninterviews befragt. Hauptproblemgruppe sind demnach junge Männer zwischen 13 und 25 Jahren mit südländischer oder südosteuropäischer Herkunft. Zunehmend zeigten aber auch „Normalbürger“, von denen man es nicht erwartet hätte, polizeifeindliches Verhalten. Von der Justiz fühlen sich die Beamten alleingelassen. So würde Fehlverhalten von Beamten zwar hart geahndet. Übergriffe auf die Ordnungshüter würden jedoch kaum verfolgt. Viele von ihnen verzichteten daher von vornherein auf eine Anzeige, so einer der befragten Polizisten. *H.H.*

Basis muckt auf

CDU lehnt Staatsvertrag mit Muslimen ab

Mit einer eindeutigen Mehrheit von 66 zu 49 Stimmen haben die Delegierten des Landesparteitages der Hamburger CDU gegen ihre Parteiführung aufgemuckt. Es ging darum, wie die Unionsfraktion bei der Bürgerschaftsabstimmung über den zwischen dem SPD-Senat und den Muslimen ausgehandelten Vertrag votieren soll. Die CDU-Führung war auf SPD-Linie. Die nun beschlossene CDU-Linie besagt indes, dass solch zuvorkommende Vereinbarungen nicht für muslimische Verbände in Kraft treten sollen, die aus verfassungsfeindlichen Vereinen bestehen.

Bereits im August hatte der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz den Vertrag mit dem DITIB-Landesverband Hamburg, der Schura, dem Verband der Islamischen Kulturzentren und der alevitischen Gemeinde unterzeichnet. In dem Abkommen wird den Muslimen unter anderem das Anrecht auf berufliche Freistellung an religiösen Feiertagen gewährt. Diese Freistellung soll, vergleichbar mit dem Buß- und Bettag, durch Lohnverzicht optional sein. Außerdem soll es einen mit dem bisherigen christlichen Religions- vergleichbaren Islamunterricht mit islamischen Lehrern geben. Um zu verschleiern, dass der Vertrag ein einziges Entgegenkommen auf Kosten der deutschen Kultur ist, sind die Moslems durch den Staatsvertrag an die Anerkennung des demokratischen Rechtsstaates gebunden.

Hamburger Partei durch Votum gespalten

Auf Kritik unter den CDU-Delegierten stieß die Auswahl von Scholz' Vertragspartnern. Im Verband der Schura ist der Verein Mili Görüs organisiert, der wegen verfassungsfeindlicher Tendenzen unter Beobachtung steht. Die Mehrheit des CDU-Parteitages ist nun der Meinung, dass derartige Vereine aus dem Vertrag ausgeschlossen werden sollen. Es ist jetzt an der Fraktionsführung, in der Bürgerschaftsabstimmung einen geeigneten Kompromiss zu finden. Auffallend ist, dass hier ein CDU-Landesparteitag einmal der Merkelschen Umwandlung der Union in eine „tolerante und weltoffene Großstadtpartei“ Widerstand entgegengesetzt hat und sich in dieser Hinsicht auf einmal wieder in alter Gewohnheit kritisch zeigt. *M.H.*

Ältere zahlen deutlich mehr

Kfz-Versicherungen erhöhen ihre Prämien drastisch trotz hoher Schadensfreiheitsklasse

Ende November haben die Autoversicherer ihre Beitragsrechnungen für das neue Jahr an ihre Kunden verschickt. Wie in jedem Jahr gab es auch diesmal einige Veränderungen mit zum Teil saftigen Preiserhöhungen.

Die musste auch Frau Schmidt aus Lübeck erfahren. Sie glaubte ihren Augen nicht zu trauen, als sie die Beitragsrechnung ihrer Kfz-Versicherung für 2013 in den Händen hielt. Gleich 200 Euro soll sie mehr zahlen, obwohl sich an ihrem Vertrag nichts geändert hat: weder bei den jährlich gefahrenen Kilometern noch in den sonstigen Beitragsmerkmalen. Einen Unfall hatte sie auch nicht verursacht. Im Gegenteil: Seit 40 Jahren hatte sie ihr Auto unfallfrei gesteuert. Eine Nachfrage bei ihrem Versicherer führte zu der wenig erfreulichen Antwort, es liege wohl an ihrem Alter, da die Versicherungen Altersstufen für Fahrzeughalter eingeführt hätten.

Erhöhungen liegen in einer Spanne von 59 bis 103 Prozent

Eine „Umstufung innerhalb der geltenden Altersstaffel“ nennen das die Gesellschaften. Da die meisten Versicherer höhere Prämien für Ältere verlangen, dürfte es für Frau Schmidt schwer sein, eine günstigere Versicherung zu finden. Denn bei einem Wechsel würde ihr Vertrag als Neuvertrag nach neuen, schlechteren Bedingungen eingestuft.

Es ist eine seit einigen Jahren branchenweit gängige Praxis, ältere Versicherungsnehmer stärker zur Kasse zu bitten. Zur Begründung heißt es, Senioren seien ein schlechtes Risiko, weil sie bei Unfällen überdurchschnittlich häufig die Alleinschuld trügen. Eine Höhereinstufung erfolge aber meistens nur, wenn ein neuer Vertrag abgeschlossen wird, etwa bei einem Fahrzeugwechsel

Es gibt Fälle, bei denen Unfallopfer regelrecht abkassiert wurden, wie das Beispiel eines 73-jährigen Rentners zeigt, dem ein anderer die Vorfahrt genommen hatte. Den Totalschaden an seinem Fahrzeug zahlte die gegnerische Versicherung. Ein Fahrzeugwechsel war ohne sein Verschulden notwendig geworden. Umso größer war die Überraschung, als er die neue Beitragsrechnung erhielt: Statt 364 Euro sollte er im kommenden Jahr 695 Euro zahlen, fast eine Verdopplung, obwohl er selbst seit Jahren keinen Schaden verursacht hatte.

So drastisch wie in diesem Jahr waren die Altersaufschläge bisher nicht. Sie liegen in einer Spanne zwischen 59 und 103 Prozent ab einem Alter von 60 Jahren, wobei sie ab 80 Jahren am höchsten ausfallen. Im Schnitt sind es 60 Prozent.

Keine Transparenz bei Berechnung der neuen SF-Klassen

Gelten Senioren in der Autoversicherung als unerwünschtes Risiko, so sind sie den Gesellschaften für andere „Sachverträge“ als beitragsstarke Zahler willkommen. In Gebäude-, Hausrat-, Haftpflicht-, Rechtsschutz-, Lebens- oder Unfallversicherungen sorgt diese Altersgruppe jährlich für ein hohes Prämienaufkommen. Es liegt der Verdacht nahe, dass die Konzerne ihre leistungsstarke Kundschaft per Altersstaffel zusätzlich abkassieren wollen.

Der Bund der Versicherten sieht in erhöhten Prämien für Senioren einen klare Form von Altersdiskriminierung. Doch etwas dagegen unternehmen kann der Interessenverband nicht. Denn die Versicherungsgesellschaften bewegen sich im Rahmen des Gesetzes. Laut Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz (AGG) liegt keine Altersdiskriminierung vor, wenn die Gesellschaften versicherungsmathematische Berechnungen vorlegen können, dass die höheren Beiträge für bestimmte Altersgruppen durch höhere Kosten begründet sind. Das dürfte kein Problem sein, da jede Gesellschaft ihre eigenen Statistiken führt, auf die sie sich berufen kann.

Ein weiterer Trick, der die Vergleichbarkeit erschwert, ist die Einführung neuer Schadensfreiheitsklassen (SF-Klassen). Da hier jede Gesellschaft inzwischen ihr eigenes System hat, kann der Kunde bei einem Wechsel nicht einfach seine bisherige SF-Klasse bei einem Angebot vergleichen. Galt bislang der Grundsatz, SF 3 (= drei Jahre unfallfreies Fahren) entsprechen 70 Prozent, können die Prozente jetzt zwischen 52 und 55 Prozent variieren. Das bedeutet aber nicht automatisch, dass dadurch der Beitrag sinkt. Im Gegenteil: Vielfach entsprechen weniger Prozente bei einer niedrigen Schadensfreiheitsklasse sogar einer höheren Prämie. Von Transparenz und Kundenfreundlichkeit fehlt jede Spur. *M. Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Burmas Frauen in China gefragt

Naypyidaw – Mehr als 3500 Dollar werden burmesischen Frauen versprochen, wenn sie einen Chinesen heiraten und einem gesunden Kind das Leben schenken. Der Menschenhandel boomt, obwohl Burma seit 2005 per Gesetz solche Transaktionen untersagt. In China indes sind sie legal. Spezielle „Heiratsvermittler" reisen durch das Land und versprechen sogar, dass nach erfolgter Geburt eine Rückkehr ins Heimatland möglich sei. Hintergrund für das boomende Geschäft ist ein akuter Frauenmangel in China, dessen Ein-Kind-Politik dazu geführt hat, dass es zu einem fast dramatischen Männerüberschuss gekommen ist. *J.F.*

Kein Vertrauen zu Politikern

Hamburg – Das Vertrauen der Europäer in die Politiker hat einen neuen Tiefpunkt erreicht. Waren es 2010 immerhin noch 14 Prozent und 2011 noch 13 Prozent, die darauf vertrauten, dass die Politiker gut auf die Zukunft vorbereiten würden, sind aktuell nur noch zwölf Prozent dieser Meinung. Das ist das Ergebnis einer Studie der BAT-Stiftung für Zukunftsfragen. Vor allem in Polen, Griechenland, Deutschland und Großbritannien baut nur noch eine verschwindende Anzahl von Bürgern auf die Zukunftsfähigkeit der Politiker. „Das Vertrauen in die Politik ist fast gänzlich aufgebraucht. Die Bevölkerung hat das Gefühl, ständig neue Hiobsbotschaften zu erhalten und dabei doch nicht die ganze Wahrheit über das Ausmaß der Krise zu erfahren. Auch sehen die Bürger die Politiker zunehmend als Getriebene an, die nur noch reagieren statt zu agieren und selber den Überblick verloren haben", so Ulrich Reinhardt, Wissenschaftlicher Leiter der BAT-Stiftung. *J.H.*

Für den Islamismus, gegen die Kurden

Mit ihrer offenen Unterstützung der Regimegegner in Syrien wird die Türkei zum Akteur im Bürgerkrieg

Die Entscheidung der Nato, Einheiten mit dem Raketenflugabwehrsystem „Patriot" in die Türkei zu entsenden, wirft ein Schlaglicht auf das Nato-Mitgliedsland und seine Rolle als Akteur im syrischen Bürgerkrieg. Angesichts der zunehmenden Stärke der kurdischen Milizen in Nordsyrien fühlt sich Ankara berechtigt, wie im Nordirak so auch im Norden des Nachbarlands Syrien militärisch zu intervenieren.



Müssen sich gegen Angriffe von Islamisten wehren, die von der Türkei unterstützt werden: Kurden im Norden Syriens Bild: pa

Anfang November wurde die syrische Kreisstadt Ras Al Ain an der türkisch-syrischen Grenze als erste Stadt der Provinz Hassake von syrischen Rebellen erobert. Die Rebellen unter Führung der islamistischen Al-Nusra-Front waren von der Türkei aus in die Grenzstadt eingedrungen und hatten im Handstreich die syrischen Regierungssoldaten vertrieben. Ähnliches berichteten christliche Augenzeugen aus der Grenzstadt Derbasieh, wo die Bewohner bereits von oppositionellen Gruppen, die sich auf der türkischen Seite der Grenze befanden, aufgefordert worden waren, die Stadt zu verlassen. In Derbasieh konnten kurdische Milizen jedoch, anders als in Ras Al Ain, die Eroberung der Stadt durch die Islamisten verhindern.

Nach der Eroberung von Ras Al Ain war es erstmals zu blutigen Gefechten zwischen kurdischen Milizen und den Milizen der islamistischen Al-Nusra-Front gekommen, die sich bislang weigern, dem in Doha geschmiedeten syrischen Oppositionsbündnis beizutreten. Sie fordern offen einen islamischen Staat selbst in den Regionen Syriens, in denen weder die Araber eine Mehrheit bilden noch die Sunniten. Die Kämpfer der Al-Nusra-Front werden nach wie vor aus der Türkei mit Nachschub an Personal und Munition versorgt, damit sie weiter gewaltsam gegen Kurden und Christen vorgehen können. In dieser Situation haben die Bischöfe des syrischen Teils Mesopotamiens einen dramatischen Appell an die Weltgemeinschaft gerichtet, um die Städte Hassaké

> Al-Nusra-Front kämpft gegen Assad, Kurden und die Christen

und Kamishly, die beiden größten der Provinz, von Gewalt und Terror zu verschonen. Dort halten sich bereits mehr als eine halbe Million Binnenflüchtlinge auf, die nicht mehr wissen, wohin sie im Falle eines Angriffs der Islamisten flüchten sollen.

Alle Verbindungswege der Region Mesopotamien mit Damaskus, Homs und Aleppo sind bereits in der Hand der Rebellen. Angesichts der ungewissen Situation bildeten die Einheimischen Volkskomitees, die die Sicherheit und die Versorgung in den Stadtvierteln und für die Flüchtlinge gewährleisten sollen.

Die Provinz Al-Hasaka im Nordosten Syriens hat mit 15 Prozent den höchsten Anteil an Christen in ganz Syrien. Die größte Bevölkerungsgruppe in der Provinz stellen mit 50 Prozent die Kurden. Sunnitische Araber, die die Rebellion gegen das Assad Regime in Syrien anführen, bilden dagegen nur ein Drittel der Bevölkerung. Ein Machtvakuum, das in vielen anderen Regionen Syriens die Bevölkerung willkürlich agierenden Verbrecherbanden ausgesetzt hat, gab es hier bislang noch nicht. Die islamistische Al-Nusra-Front, die in der syrischen Provinz Aleppo zu den

> Ohne Unterstützung aus Ankara kein Erfolg für die Rebellen

militärisch stärksten Rebellengruppen zählt, lehnt übrigens auch den auf Druck des Westens in Katar geschaffenen neuen Dachverband der syrischen Opposition ab, sie wollen ganz offen einen islamischen Staat in Syrien errichten.

Ohne die Unterstützung durch die Türkei hätten die Rebellen der sogenannten Freien Syrischen Armee die Stadt Ras Al Ain nie erobern können. Die Türkei kämpft im eigenen Land selbst einen Bürgerkrieg gegen die kurdische PKK, dem seit 1980 bereits 40000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Jetzt ist man in Ankara in großer Sorge, dass an der türkischen Südgrenze nach dem Fall des Assad-Regimes, wie im Irak, ein neuer Kurdenstaat entstehen könnte, der sich mit dem bereits existierenden Kurdenstaat im Nordirak vereinen könnte und der für die Türkei weitaus gefährlicher wäre als das Assad-Regime, mit dem sich die Türkei lange die Bekämpfung der PKK geteilt hatte. *Bodo Bost*

Verschwiegene Niederlage

Israel in der Uno bei Nuklearwaffenfrage weitgehend isoliert

In ungewöhnlich gereizter Stimmung ist der jüngste Besuch des israelischen Regierungschefs Benjamin Netanjahu bei Bundeskanzlerin Angela Merkel verlaufen. Die Aufwertung Palästinas zu einem Beobachterstaat bei den Vereinten Nationen habe den Friedensprozess „zurückgeworfen", so Netanjahu. Bei der entsprechenden Abstimmung hatte Deutschland sich der Stimme enthalten – in Tel Aviv hatte man indes eine „Nein"-Stimme erwartet. Merkel zeigte sich im Gegenzug deutlich verstimmt, was die neuesten Siedlungspläne in der Nähe von Jerusalem angeht.

Tatsächlich hat die Gereiztheit der diesjährigen deutsch-israelischen Regierungskonsultation noch einen weiteren Grund, der sich den meisten Medienkonsumenten in Deutschland und Österreich mangels Information kaum erschlossen haben dürfte. Außer in der Frage der Aufwertung Palästinas hatte Israel Anfang Dezember vor der UN-Generalversammlung noch eine weitere Niederlage erlitten. In der deutschsprachigen Medienlandschaft fast durchgehend mit Schweigen übergangen, wurde Israel von einer breiten Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten in einer Resolution aufgefordert, „ohne weitere Verzögerungen" dem Vertrag über die Nichtverbreitung von nuklearen Waffen beizutreten und Beobachtern der Internationalen Atomenergiebehörde Zugang zu den israelischen Nukleareinrichtungen zu ermöglichen. Einem Bericht des britischen „Guardian" zufolge stimmten – bei sechs Enthaltungen – lediglich sechs Staaten gegen die Resolution: neben Israel selbst die USA, Kanada, Mikronesien, die Marshallinseln und Palau. Bei einer separaten Abstimmung, in der allgemein dazu aufgefordert wurde, dass diejenigen Länder, die noch nicht dem Nichtweiterverbreitungsvertrag für Atomwaffen beigetreten sind, dies zum „frühestmöglichen Zeitpunkt" nachholen sollen, war die Isolierung Israels in der Uno noch weitgehender. Selbst die USA stimmten für die abgeschwächte Formulierung – lediglich Israel und Indien waren dagegen.

> Abstimmungsergebnis in deutschen Medien kaum erwähnt

Der Abstimmung vorausgegangen war eine Entwicklung, die viel zu der diplomatischen Schlappe Israels bei der Uno beigetragen hat. Organisiert von Russland, Großbritannien und den USA, sollte in Helsinki Mitte Dezember eigentlich ein Treffen hochrangiger Regierungsvertreter stattfinden, bei dem die Frage der Nuklearwaffen im Nahen Osten erörtert werden sollte. Während alle arabischen Staaten und vor allem der Iran eine Teilnahme zugesagt hatten, scheinen sich die Organisatoren von Israel eine Absage eingehandelt zu haben. Am 23. November wurde das Treffen von einem US-Vertreter abgesagt. Die offizielle Begründung: politischen Unruhen in der Region und die feindliche Haltung des Iran in der Frage der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Der Iran selbst und einige arabische Regierungen nennen allerdings einen anderen Grund für die Absage, nämlich Israels Weigerung, an den Gesprächen überhaupt teilzunehmen. Gefehlt hätte damit ausgerechnet die bisher einzige Nuklearmacht in der Region. Während Israel weder den Besitz von Nuklearwaffen bestätigt noch dementiert, wird von internationalen Experten die Anzahl der nuklearen Gefechtsköpfe Israels auf rund 200 geschätzt. Sollte die Zahl zutreffen, dann hätte Israel nach den USA, Russland und Frankreich das viertstärkste Nuklearарsenal weltweit. Die Bestände wären damit sogar größer als die Großbritanniens, Chinas und Indiens, die ihre Bestände an Kernwaffen seit 2000 leicht abgebaut haben. *Norman Hanert*

»Eine Million Märtyrer«

Bruderschaftsmilizen greifen in Machtkampf in Ägypten ein

Zum ersten Mal seit Beginn des Machtkampfes in Ägypten sind jetzt Islamisten-Milizen in Erscheinung getreten. Die Mitglieder der Muslimbruderschaft sind neben dem Militär die am besten organisierte Gruppe im Lande, auf Knopfdruck sind sie einsatz- und abrufbereit. Die Islamisten warnen, sie könnten „eine Million Märtyrer" in den Kampf schicken. Die Bruderschaftsmilizen werden schon seit Monaten in verschiedenen entlegenen Landesteilen trainiert, manchmal sogar in getarnten „Sportclubs" in den Großstädten. Seit dem Ausbruch der Revolution in Libyen kamen gewaltige Mengen von Waffen über die Grenze, aus denen sie sich versorgt haben. Die Muslimbruderschaft hat immer ihren „Gihaz sirri" (Geheimer Apparat), eine getarnte Untergrundorganisation, beibehalten, die in den 1990er Jahren straff reorganisiert wurde. Diese könnte zum Anführer eines „Heiligen Krieges" gegen die liberale Opposition werden. Dass die Muslimbruderschaft jetzt dazu übergeht, mehr auf ihre eigenen Milizen zu bauen, als auf die staatlichen Sicherheitsorgane, obwohl sie ja eigentlich an der Regierung ist, lässt darauf schließen, dass sie eigentlich nicht an die Spielregeln der Demokratie glaubt, die eine Machtteilung voraussetzt.

Die Islamisten sind sich sicher, dass sie genügend Menschen zur Zustimmung zur neuen Verfassung treiben können. In den Moscheen lassen sie bereits predigen, dass eine Ablehnung das Paradies kosten könne. Die Opposition ist zerstritten. Obwohl es jetzt Anzeichen eines gemeinsamen Oppositionsbündnisses gibt, ge-

> Ziel ist eine islamistische Verfassung

nügt die Zeit nicht mehr, um das Volk gegen die islamistische Verfassung zu organisieren. Es gibt eine Absprache zwischen der Bruderschaft und der Armeeführung, die besagt, dass die Bruderschaft freie Hand bekommt und ihr die Truppe nicht in den Arm fällt. Die Armee könnte auch das Verfassungsreferendum überwachen, nicht die zerstrittenen Richter, wie es das Gesetz vorsieht. Die Islamisten haben in ihr Grundgesetz zwar viel über Tugend und Moral geschrieben, aber wenig über die Kontrolle der Armee: Diese Rücksicht soll sich nun auszahlen. Es ist nicht das erste Mal, dass die Islamisten versuchen, das Militär auszutricksen, das Ägypten fast 60 Jahre lang beherrscht hat. Durch seine wirtschaftliche Macht bildet das Militär einen Staat im Staate und könnte so auch eine Diktatur von Präsident Mohammed Mursi längere Zeit unbeschadet überstehen.

Den Muslimbrüdern genügt die Macht in der Regierung nicht mehr, sie wollen – schneller als erwartet – die Macht im Staate. In dem neuen Verfassungsentwurf heißt es, dass die obersten Religionsgelehrten des Al-Azhar-Instituts zu hören sind, wenn es um Fragen des islamischen Rechts, der Scharia, geht. Die Scharia wiederum wird in der neuen Verfassung als „wichtigste Quelle der Gesetzgebung" bezeichnet. Der Al-Azhar soll also im neuen Ägypten eine ähnliche Rolle zufallen wie im Iran dem Obersten Wächterrat. Von einer Trennung zwischen Religion und Staat ist keine Rede mehr. Die Islamisten der Muslimbruderschaft wollen durchsetzen, dass der Islam das Land am Nil künftig auch auf der Verwaltungsebene stärker prägt. Die Verankerung einer islamischen Instanz in der Verfassung muss auf säkulare Ägypter sowie Angehörige anderer Religionen höchst bedrohlich wirken. *B.B.*

Geschenkpaket für Nehmerländer

Rechnungshof: EU-Agrarhilfen landen immer häufiger in den Staatshaushalten der Neumitglieder

Haarsträubende Zustände bei der EU-Agrarförderung für Osteuropa hat ein Sonderbericht des EU-Rechnungshofs aufgedeckt. Statt bei den Landwirten landen die Hilfen immer öfter in den Staatshaushalten der EU-Neumitglieder.

Es war schon ein erstaunlicher „Kompromissvorschlag“, mit dem EU-Ratspräsident Herman van Rompuy das Scheitern der EU-Budgetverhandlungen noch in letzter Minute verhindern wollte. Während vor allem Großbritanniens Premier David Cameron forderte, den EU-Haushalt drastisch zusammenzustreichen, präsentierte der Belgier ein wahres Geschenkpaket an die Nehmerländer im Süden und Osten der EU. Zur Freude Polens und Frankreichs hatte van Rompuy etwa das Versprechen im Angebot, die EU-Agrarpolitik von vornherein von Kürzungen zu verschonen. Griechenland, Spanien, Portugal, Malta und Zypern wurden nicht nur höhere Zahlungen aus den Strukturfonds allgemein in Aussicht gestellt, sondern auch noch „spezielle Zuweisungen“.

Nur kurz, nachdem van Rompuy mit seinem kostspieligen Versuch abgeblitzt war, sich eine Mehrheit für den EU-Haushalt zu Lasten der wenigen Zahlerländer regelrecht zusammenzukaufen, sorgte der EU-Rechnungshof für eine andere Überraschung. Er präsentierte einen aufschlussreichen Sonderbericht über einen Teilbereich der Brüsseler Agrarförderung, der in der Öffentlichkeit wenig beachtet wird, das sogenannte System für einheitliche Flächenprämien (SAPS). Hinter dem sperrigen Begriff verbirgt sich der Versuch, den Landwirten der jüngsten EU-Beitrittsländer den Übergang in das etablierte Brüsseler System der Agrarförderung zu erleichtern. Unabhängig von dem,

> Zahlungsempfänger haben oft nichts mit Landwirtschaft zu tun

was sie anbauen, sollen Landwirte für eine befristete Zeit durch direkte Zahlungen auf ihre Agrarflächen ein Zusatzeinkommen erhalten – so zumindest die Vorstellung.

Der Versuch kann gleich in mehrfacher Hinsicht als gescheitert angesehen werden. Das Provisorium, gedacht vor allem für die osteuropäischen EU-Länder, scheint sich mittlerweile als Dauereinrichtung etabliert zu haben. Sollte die Übergangslösung eigentlich Ende 2009 auslaufen, ist sie inzwischen bis 2014 verlängert. Falsch liegt man ebenso mit der Annahme, dass diese Subventionen allmählich heruntergefahren würden, weil die osteuropäischen Landwirte auf dem gemeinsamen Agrarmarkt inzwischen besser zurechtkommen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Kosten steigen. Betrugen die Zahlungen im Jahr 2011 rund fünf Milliarden Euro, so werden 2014 schon 7,5 Milliarden Euro für die „Übergangslösung“ fällig. Insgesamt haben Polen, die Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien seit ihrem EU-Beitritt im Jahr 2004 beziehungsweise 2007 insgesamt 21 Milliarden Euro von Brüssel an Flächenprämien überwiesen bekommen. Eine Ahnung, warum das System immer kostspieliger wird, liefert ein Blick auf die Empfänger. Neben Landwirten halten Akteure die Hand auf, die nicht das Geringste mit der Agrarwirtschaft zu tun haben, wie beispielsweise polnische Baulöwen mit gepachtetem Ödland. Wie der EU-

> Transferunion im Agrarbereich längst Realität

Rechnungshof festgestellt hat, kassieren in Polen sowohl Flughäfen und Immobiliengesellschaften als auch 1345 Jagdvereinigungen großzügige Agrarhilfen. Ski-und Anglervereine können sich gleich in mehreren Länder über die Direkthilfen für Landwirte freuen.

Noch absurder erscheint das System der direkten Flächenzahlungen, wenn man sieht, wer noch auf der Empfängerliste steht: in Ungarn niemand anders als der Staat selbst als der größte Profiteur. Im Jahr 2010 flossen 14 Millionen Euro aus dem EU-Agrarhaushalt für 82 000 Hektar in Staatsbesitz direkt in die ungarische Staatskasse. Sogar 25 000 Hektar Manövergelände der ungarischen Armee wurden mit den Brüsseler Hilfen für Landwirte bedacht. In Bulgarien deckten die Rechnungsprüfer die weitverbreitete Praxis auf, dass extra juristische Personen gegründet wurden, um für Gemeindeland die EU-Zahlungen zu kassieren. Nicht viel anders sieht es in Polen aus. Für diejenigen Flächen aus den zwei Millionen Hektar in Staatsbesitz, für die sich keine privaten Pächter gefunden haben, kassieren polnische Kreisämter mittlerweile jährlich eine Milliarde Euro an EU-Flächenhilfen. Im Klartext: Aus dem EU-Agrarbudget werden mittlerweile wie selbstverständlich Leistungen finanziert, für die eigentlich der Staatshaushalt der jeweiligen Länder aufkommen müsste. Unter dem Vorwand der Hilfen für Landwirte ist so die Transferunion längst zur Realität geworden.

Wenig ermutigend ist auch ein anderer Befund. Selbst wenn die Gelder wirklich an Landwirtschaftsbetriebe gezahlt werden, häufig kassieren Empfänger, die eigentlich keine Hilfe nötig hätten. In Bulgarien vereinnahmten zwei Prozent der Empfänger rund 50 Prozent der gesamten Flächenprämien – mit anderen Worten, Großbetriebe werden mit Brüsseler Subventionen noch weiter gemästet. Bei der Interessenslage bleibt wenig Hoffnung, dass Reformempfehlungen des EU-Rechnungshofs, wie etwa die Beschränkung der Zahlungen auf wirklich aktive Landwirte, jemals Realität werden. *Norman Hanert*



Nicht nur Schweine werden durch EU-Agrarsubventionen fett: In vielen Fällen kassiert der Staat Bild: imago

KURZ NOTIERT

Umsatzeinbruch im Einzelhandel: Die Umsätze des Einzelhandels im Euro-Raum sind im Oktober im Vergleich zum September um 1,2 Prozent gefallen, berichtet Eurostat. Damit sind die Oktober-Umsätze um 3,6 Prozent niedriger ausgefallen als im Vorjahresmonat. Erwartet worden war lediglich ein Umsatzrückgang von 0,8 Prozent. Doch der tatsächliche Umsatzrückgang im Euroraum ist nun so hoch wie seit Mai 2009 nicht mehr. In Deutschland lagen die Umsätze im Einzelhandel sogar um 3,8 Prozent unter denen vor einem Jahr. Sie sind gegenüber September um 2,8 Prozent zurückgegangen. *J.H.*

Mallorca-Urlaub wird teurer: Die balearische Regierung will der Haushaltskrise mit einer „grünen Steuerreform“ Herr werden. Das Steuer- und Abgabenpaket beinhaltet unter anderem eine Mietwagensteuer von zwei bis fünf Euro pro Tag, eine Wassersteuer für Vielverbraucher, eine Kompensationsabgabe für den Ausstoß von Schadstoffen und eine Steuer auf Einwegverpackungen. Die Tourismusbranche und der Handel auf der beliebtesten Urlaubsinsel der Deutschen protestieren vehement gegen diese Pläne. *J.H.*

„Museum“ der Markenpiraterie: Thailand-Urlauber können sich schlau machen, ob die angebotene Markenware echt ist oder eine Fälschung. Die Bangkoker Kanzlei Tilleke & Gibbins trug etwa 4000 echte und gefälschte Produkte zusammen und stellt sie zum Vergleich aus. *J.F.*

Schiff der Zukunft: Ein von Robotern betriebenes Seeschiff hat bei einer Testfahrt von San Francisco nach Australien rund 16 700 Kilometer zurückgelegt. Das von der US-amerikanischen Firma Liquid Robotics entwickelte Fahrzeug kommt ohne Öl, Sonnenenergie oder sonstige Antriebskraft aus, da es Wellen in Energie umwandelt. Die Weiten der Weltmeere seien ideal zum Einsatz dieser Technik, so Jeremy Wyatt von der Universität Birmingham. Die Technik gilt als zukunftsweisend, da sie die Kosten im internationalen Seeverkehr deutlich senken und der Werftindustrie Auftrieb geben könnte. *M.H.*

Knapp und teuer

Preise für Wohnraum steigen weiter

Mieten und Wohnungspreise werden in den meisten deutschen Städten weiter steigen. In Berlin, Hamburg, München und Frankfurt sind die Kaufpreise noch kräftiger angestiegen als die Mieten, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mitteilte. Daraus könnten leicht spekulative Blasen entstehen, wenn die Mieten nicht noch aufholten. Durchschnittlich legten die Wohnungspreise in den vergangenen fünf Jahren jährlich um 6,5 Prozent zu. Für das kommende Jahr erwarten die Experten in den meisten Großstädten einen weiteren Anstieg um teilweise mehr als zehn Prozent. Auch die Mieten werden der DIW-Studie zufolge zulegen, wenn auch weniger stark als die Kaufpreise. Nach Angaben des Deutschen Mieterbundes müssten Mieter mit 34,1 Prozent schon jetzt mehr als ein Drittel ihres Haushaltsnettoeinkommens für Miete und Nebenkosten aufwenden – so viel wie noch nie. Als möglichen Grund für die steigenden Kaufpreise nennt das DIW die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank seit 2008, die niedrige Zinsen für Immobilienfinanzierungen ermögliche. Auch die Unsicherheit über die Entwicklung im Euro-Raum begünstige die Flucht in Sachwerte. Zudem werde in immer mehr Großstädten der Wohnraum knapp.

> Immobilienblase nicht ausgeschlossen

Der Deutsche Mieterbund geht davon aus, dass in Deutschland rund 250 000 Mietwohnungen fehlen. Am stärksten seien die Großstädte vom Wohnungsmangel betroffen. Nach Angaben des Mieterbundes fehlen allein in den zehn deutschen Städten mit dem stärksten Wohnungsmangel insgesamt 100 000 Mietwohnungen – davon 31 000 in München, 17 500 in Frankfurt und 15 000 in Hamburg. Die Zahl der Sozialwohnungen sei zwischen 2002 und 2010 um rund ein Drittel von knapp 2,5 Millionen auf unter 1,7 Millionen zurückgegangen. Der Mieterbund fordert von der Bundesregierung die Bereitstellung von mehr Fördermitteln für den Wohnungsneubau. *Jan Heitmann*

Feigenblatt Bankenaufsicht

EU will marode Banken mit fremdem Steuergeld sanieren

Je näher der geplante Starttermin für die neue EU-Bankenaufsicht rückt, desto mehr wird der eigentliche Zweck der Einrichtung deutlich: Im Zusammenspiel mit dem Rettungsfonds ESM soll die Aufsicht das Feigenblatt abgeben, um marode Banken mit fremden Steuergeldern zu sanieren. Es ist ein aktuelles Strategiepapier des EU-Ratspräsidenten Herman van Rompuy das in seiner unverblümten Art klar macht, worum es bei dem Vorhaben EU-Bankenaufsicht wirklich geht. Erst zum 1. Januar 2014 soll die Bankenaufsicht unter dem Dach der EZB voll arbeitsfähig sein. Bereits ab März 2013 sollen strauchelnden Banken aber schon direkte Hilfen aus dem Rettungsfonds ESM ausgezahlt werden können, so die Vorstellung des Belgiers. Wird der Vorschlag Realität, ist erneut Angela Merkel die Düpierte. Eine Bankenaufsicht, die zeitlich vor dem Anzapfen des ESM durch marode Banken kommt, war die Bedingung, mit der die Bundeskanzlerin ihre Niederlage auf dem Brüsseler EU-Gipfel im Juni dieses Jahres kaschiert hatte. Vorangegangen war ein dreister Erpressungsversuch durch ihren italienischen Amtskollegen Mario Monti, dem vom spanischen Regierungschef Matiano Rajoy assistiert wurde. Eine der damaligen Forderungen der beiden: Die Rekapitalisierung von Banken durch den ESM, ohne den Umweg über die Nationalstaaten und damit letztendlich ohne eine weitere Erhöhung der Staatsverschuldung – zumindest was die Empfängerländer angeht. De facto also die Rettung der eigenen Banken mit Hilfe fremder Steuergelder, notdürftig kaschiert mit einer gemeinsamen Bankenaufsicht.

Was sich mit der Bankenrettung per ESM anbahnt, wurde unterdessen von Werner Sinn vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in der „Wirtschaftswoche“ deutlich gemacht. Sinn erkennt einen „grotesken Sinneswandel“ im Zusammenhang mit den Plänen für den ESM. So soll der Rettungsschirm etwa die Möglichkeit erhalten, angeschlagenen Banken kostenlose Kreditausfallversicherungen anzubieten. Bei dieser sogenannten Gewährträgerhaftung müssten die Geldgeber der Banken nicht mehr befürchten, auf ihren Forderungen an die Kreditinstitute sitzen zu bleiben, falls diese in Zahlungsschwierigkeiten geraten sollten. Dankenswerterweise hat Sinn darauf aufmerksam gemacht, dass es nicht lange her ist, dass die EU-Kommission gegen eine derartige Gewährträgerhaftung regelrecht Sturm gelaufen ist. Sie stufte das Instrument als illegitime Subvention von Banken ein und schritt zum Verbot. Konkret waren der deutsche Staat beziehungsweise die Bundesländer betroffen. Ihnen wurde untersagt, für ihre Landesbanken Garantien zu übernehmen. Der Untergang der nordrhein-westfälischen WestLB war nur eine der Folgen, als sich die EU-Kommission als Hüterin des freien Wettbewerbs aufgespielt hat. Eigenen Staatsbanken habe der deutsche Staat die Garantien entziehen müssen, aber den kaputten Privatbanken Südeuropas solle er sie nun gewähren, fasst Sinn den erstaunlichen Schwenk Brüssels zusammen. Sollte es tatsächlich zu den Garantien für die Kreditinstitute in Südeuropa unter dem Dach des ESM kommen, dann befürchtet der Chef des IfO-Instituts eine verhängnisvolle Entwicklung: Angelockt durch höhere Renditen und ausgestattet mit „dem Schutz der Steuerzahler dieser Länder“, würde das Sparkapital der Nordländer in die Südländer gelenkt.

> Gewährträgerhaftung gilt eigentlich als »illegitime Subvention«

Doch ohne den aktuellen Vorstoß van Rompuys, die gemeinsame Bankenaufsicht erst einmal um ein Jahr zu verschieben, wird das Projekt heikel genug bleiben. Bereits im September warnte etwa Bundesbankpräsident Jens Weidmann vor einem Interessenkonflikt, der sich mit einer Bankenaufsicht unter dem Dach der EZB anbahnt: „Die Tatsache, dass in Zukunft Bankenaufsicht und Geldpolitik unter einem Dach vereint sein sollen, führt zu potenziellen Interessenskonflikten – zu Konflikten mit dem Hauptziel Preisstabilität, aber auch mit der Unabhängigkeit der Notenbank.“ Die Sorge ist nicht unbegründet. Die EZB könnte als Bankenaufsicht in der Situation geraten, eine Bank eigentlich abwickeln zu müssen, dadurch aber gleichzeitig in der eigenen EZB-Bilanz Verluste verbuchen zu müssen. *N.H.*

Augen zu

Von Harald Tews

Der alte Ribbeck hat kein Glück mit den Nachfahren. Nach seinem Tod ging sein Sohn laut Fontanes Gedicht geizig mit den Früchten seines Birnbaums um. Heute zeigt man sich auf Schloss Ribbeck knausrig, was die Kultur angeht (siehe Seite 9). So wurde zum dritten Mal der Geschäftsführer gefeuert. Diesmal weil er ein Defizit von 45 000 Euro hinterlassen hat. Peanuts, möchte man meinen. Solch einen Betrag hätte der Landkreis aus der Portokasse begleichen können, hatte man zuvor doch Fördergelder von 5,6 Millionen Euro in die Sanierung des Schlosses geschleudert.

Ribbeck ist mal wieder ein Beispiel für eine eklatante Fehlplanung. Kaum kriegt man Geld aus Fördertöpfen, wird es ohne Blick auf die Zukunft in den märkischen Sand gesetzt. Es fehlt an Weitsicht, um Strukturen zu schaffen, damit das Haus für die Zukunft finanziell abgesichert ist. Man hat sich nicht die Frage gestellt: Soll das Schloss über das Havelland hinaus strahlen oder soll es provinziell bleiben? Im ersten Fall braucht man dauerhafte Zuschüsse. Die nächste Förder-Tranche kommt bestimmt. Dann heißt es: Hauptsache schnell ausgeben, Augen zu und nicht sehen, was passiert.

Korrupt

Von Manuel Ruoff

Zu den drei korruptesten Ländern der Welt gehört ausgerechnet Afghanistan, dessen Regime von den USA installiert wurde und mit deutschen Steuergeldern und deutschen Soldaten stabilisiert wird. Wenn etwas am Hindukusch verteidigt wird, dann ist es weniger Deutschlands Sicherheit als die Korruption. Da darf man sich nicht wundern, wenn die Auslandsmissionen der Bundeswehr statt zum Ansehensgewinn Deutschlands in der Welt zum Gegenteil beitragen.

Und ausgerechnet für das korrupteste Land Europas wird auf Kosten des deutschen Steuerzahlers ein Rettungspaket nach dem nächsten geschnürt. Es mag ja sein, dass sich die Altparteien der Bundesrepublik den korrupten Administrationen in Kabul und Athen in Solidarität verbunden fühlen. Aber warum muss gerade der deutsche Steuerzahler für diese Solidarität aufkommen?

Preußen-Deutschland, um einmal diesen Kampfbegriff zu verwenden, ist auch nicht mehr das, was es einmal war. Der von Preußen geprägte kleindeutsche Nationalstaat, der einst als Vorbild für Korrektheit, Anstand und selbstlosen Dienst am Staate stand, ist im Vergleich mit den Nachbarn nur noch gutes Mittelmaß. Die Umerzieher, deren Streben der Beendigung des nicht zuletzt von Preußen geprägten „deutschen Sonderweges" gilt, sowie die EU-Euphoriker, die einen Abbau der nationalen Unterschiede und eine Angleichung der Lebensverhältnisse in der Union anstreben, können zufrieden sein. Vorbildcharakter bei der Sauberkeit haben mittlerweile andere, vor allem die Skandinavier, die sich wohlweislich bei der Vertiefung der europäischen Integration zurückhalten.

Peer Grotewohl

Von Hans Heckel

Wer Peer Steinbrück immer noch für einen „Mann der Mitte" hält, der hat seine Rede zur Kanzlerkandidaten-Kür nicht gehört. Neben allerlei Verneigungen vor linkem Populismus machte der Sozialdemokrat beim Thema „Kampf gegen Rechts" reinen Tisch.

Die Bunderegierung erschwere diesen „Kampf", weil sie von linken Anti-Rechts-Initiativen ein Bekenntnis zum Grundgesetz verlange, ehe diese mit Steuermitteln unterstützt würden. Diese „Extremismusklausel" werde die SPD abschaffen. Denn es sei eine Verharmlosung rechter Gewalt, wenn diese mit linker Gewalt gleichgesetzt werde.

Aufs moralische Ganze gehend verwies Steinbrück auf das Versagen der bürgerlichen Parteien gegenüber den Nationalsozialisten, als sie 1933 dem „Ermächtigungsgesetz" zugestimmt haben. Damit will er jeden, der nicht dem linken und linksextremen Konzept des „antifaschistischen Kampfes" folgt, in die Rolle des „Steigbügelhalters der Nazis" drängen. Die Sozialdemokraten hingegen hätten ein reines Gewissen.

> Kurt Schumacher hätte einem Steinbrück allerhand zu sagen

Neben dieser pseudomoralischen Anmaßung sondergleichen macht die Geschichtsvergessenheit sprachlos, die aus den Worten Steinbrücks hervorschießt. Ja, die Bürgerlichen haben sich tragisch geirrt, als sie glaubten, mit der Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz" könnten sie Hitlers Leute „einbinden". Der NS-Führer hat sie mit dem Gesetz in der Hand alle hinfortgespült.

Doch 1946 irrte ebenfalls der Sozialdemokrat Otto Grotewohl, als er meinte, nach dem gemeinsamen Widerstand gegen Hitler sei der Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten unbedeutend. So führte er die SPD in der Sowjetzone in die SED. Millionen Deutsche haben das mit dem abermaligen Verlust ihrer Freiheit bezahlt, Zigtausende wurden in den roten Konzentrationslagern und Gefängnissen zugrunde gerichtet oder an der Grenze erschossen, darunter auch Sozialdemokraten.

Wenn Peer Steinbrück nun meint, nein, sogar in hochmoralischer Pose darauf besteht, dass linksextreme Feinde von Demokratie, Freiheit und Bürgerrechten unbesehen als Verbündete im Kampf gegen echte oder vermeintliche „Faschisten" zu unterstützen seien, dann zeigt er nur eines: Außer einer unsäglichen Überheblichkeit hat er aus der Geschichte gar nichts „gelernt".

Steinbrück begeht den gleichen Fehler wie Grotewohl und packelt mit den Epigonen jener Kräfte, welche der SPD-Nachkriegsvorsitzende Kurt Schumacher als „rotlackierte Nazis" entlarvte. Der 1952 an den Folgen seiner KZ-Haft verstorbene Schumacher hätte einem Peer Steinbrück allerhand zu sagen gehabt. Aber hätte der zugehört? Kaum, er hätte Schumacher vermutlich eher vorgeworfen, er „erschwere" den „Kampf gegen Rechts".



Anmaßung ersetzte historischen Hintergrund: Peer Steinbrück mit großer Geste bei der Kür zum SPD-Kanzlerkandidaten in Hannover

Bild: Nigel Treblin/dapd

Moment mal!



Weihnachten oder X-mas, oder was?

Von Klaus Rainer Röhl

Früher war mehr Lametta. Beklagte Loriot schon 1960. Aber heute? Finden Sie auch diesen ganzen Weihnachtsrummel blöd? Mit Jingle Bells in jedem Supermarkt und Werbefernsehen und dem hektischen Einkaufen von Geschenken und Delikatessen und dem Sofa-Surfen im Internet? Das finden Sie auch? Dann sind Sie nicht allein. Jeder findet das. Jeder meckert über die miese Geschäftemacherei mit dem Weihnachtsrummel! Und anschließend stürzt er sich rein. Noch n' paar Kleinigkeiten für die Putzfrau. Und deren Tochter. Und Kerzen, die nicht tropfen und ökologisch gedreht sind. Ohne Kinderarbeit und selbstverständlich fair gehandelt (Fair Trade). Und schon sind wir mit drin. Nun klingeln sie wieder, die Jingle Bells und die Kassen. Die Schokoweihnachtsmänner sind gut aufgestellt, wie eine Fußballmannschaft. Viele von ihnen kommen, wie die Adventskalender, aus China. Die Süßwarenindustrie ist trotzdem zufrieden. Sie liefert die feinere Schokolade. Mit Kakao aus den Hochanden. Das Feine darf auch ein bisschen teurer sein. Die Produktion von Osterhasen und Ostereiern ist im Wesentlichen abgeschlossen.

Die Deutschen sind in diesem Jahr so kauffreudig wie noch nie. Die brauchen keine Weihnachtsglocken mehr, die wissen auch ohnedies, was die Uhr geschlagen hat: Das Geld muss raus. Auf dem Sparbuch schmilzt es wie Butter an der Sonne. Scharen von Rentnern lösen ihre Lebensversicherung auf und konsumieren, was das Zeug hält. Euro frisst Seele auf. Rettungsschirm bringt Inflation, Geldentwertung. Fragt sich, ob die Bundesregierung die Abwertung bis zur nächsten Wahl hinziehen kann. Das Geld muss raus. Meint auch die gerade mit dem gleichen „überwältigenden" Ergebnis wie ihr früherer Staatschef Honecker mit 97,94 Prozent zur Parteivorsitzenden wiedegewählte Mutti Merkel. Also verteilt sie Geschenke. Kost' ja nicht ihr Geld. Jeder kriegt was ab von der Bescherung. Schön abgestuft, nach der zu erwartenden Stimmenzahl bei der nächsten Wahl. Für die Alten, die Treuesten der Treuen, die genug miterlebt haben, um nicht kommunistische oder sozialistische Parteien zu wählen und denen die Grünen zu grün sind, eine Rentenerhöhung, wenig und kaum ausreichend, um die, nach dem ausufernden Gelddrucken in Europa, mit Sicherheit kommenden Preissteigerungen auszugleichen – die große Rentenerhöhung soll erst im Jahr 2015 folgen, nach der Bundestagswahl. So sicher ist sich die Kanzlerin, dass sie in der nächsten Regierung sitzen wird. Und dass die Rentner sie wählen.

> Motto der Deutschen zum Jahresende: Das Geld muss raus

Vielleicht bekommen auch die Heimatvertriebenen etwas zu Weihnachten? Es muss ja nichts kosten. Kleine Erwähnung in der nächsten Weihnachtsansprache oder zu Silvester. Warme Worte des Danks, dass einige von ihnen immer noch leben und immer noch nicht radikal gewählt haben. Sollten sie dennoch auf die Idee kommen, einmal rechtsrum zu wählen, steht das Parteiverbot schon bereit, fertig formuliert. Vorher gibt es noch eine Streicheleinheit für die Ostpreußen, die Pommern und die Sudetendeutschen. Mitgefühl mit ihrem schweren Schicksal bei Flucht und Vertreibung und den Millionen Toten, natürlich mit dem obligatorischen Hinweis auf Hitler. Selber schuld. Pech, wer zufällig im Osten Deutschlands wohnte und, womöglich als Frau, den Russen in die Hände fiel. „Wer hat vollbracht all die Taten, die uns befreit von der Fron? Das waren die Sowjet-Soldaten, die Helden der Sowjetunion." Lied der FDJ. Schon vergessen?

Weiter mit der Bescherung. Betreuungsgeld – und neue Kitas (macht schlappe paar Milliarden), Renten für Mütter, die Kinder vor 1992 aufgezogen haben (nochmal Milliarden). Zahlbar erst nach der nächsten Wahl, wo der nächste Finanzminister wahrscheinlich Steinbrück heißt, auch wenn er heute noch ablehnt. Aber, kommt Zeit, kommt Rat. Abwarten.

Die größeren Geschenke kommen nicht warten bis zur Niedersachsenwahl: 750 Millionen müssen 2013 direkt nach Griechenland, diesmal ist es keine fiktive Garantiesumme, sondern Bares. Wir haben Geld, und die brauchen es. Die griechischen Banken. Nicht die 57 Prozent arbeitslosen jungen Leute in Griechenland und die 55,9 Prozent in Spanien. Aber auch die werden nicht vergessen, die stellt die Kanzlerin sich immerhin vor. „Stellen Sie sich mal vor", rief sie neulich vor den Fernsehkameras, „wenn das bei uns wäre ...". Stell dir vor, es ist Elend, und niemand sieht hin. Aber wir sehen ja hin.

Dafür haben wir die Spenden-Galas. Gleich am Nikolaustag die erste Benefizgala mit Carmen Nebel und David Garrett für „Misereor" und „Brot für die Welt". Prominente sitzen an den Spendentelefonen und alle, alle spenden. Jedes Mal werden die Spender eingeblendet. Jede Schulklasse, jedes Kind gibt sein Taschengeld für einen Monat, sein letztes Hemd, wie das Mädchen in den „Sterntalern". Und zum Schluss ist es denn auch wie bei den Sterntalern im Märchen. Aller Segen kommt von oben. Ein netter Herr im grauen Anzug legt noch 100000 drauf. Meine Güte. Dafür muss eine alte Frau lange stricken, und selbst Peer Steinbrück muss dafür mindestens vier Vorträge bei einer Großbank halten. Fair verdient und - transparent.

> Die Rechnung kommt erst nach dem Fest

An diesem Wochenende kommt dann die ganz große Gala „Ein Herz für Kinder!" von „Bild" und ZDF. Und so eine Gala heißt ja nicht umsonst Gala. Also sind die Kameras immer da, wo am meisten Blut fließt, die Toten in Haufen daliegen oder die Babies gerade verhungern.

Welche Wirkungen haben die Bilder der Verhungernden und Toten aus Afrika auf unsere Kauflust? Wie reagiert das „kauflustige" deutsche Publikum auf die Flut des Elends, die in unsere Wohnstuben flimmert? Erst mal überrascht. Wie ein großer Dichter es einmal formuliert hat: „Das Elend der Welt ist größer als angenommen – und köstlicher der Wind!" O Gott, die armen Menschen! Gut, dass es die Galas gibt. Also, kurze Erschütterung und dann – zahlen! Auf das angegebene Konto, am einfachsten mit Telebanking.

Die Kanzlerin aber hat schon gespendet. Auf unsere Kosten. Und bleibt die populärste Politikerin, auch in Griechenland und Portugal. Obwohl sie da oft mit Nazi-Armbinde und Hitlergruß dargestellt wird. Oder im letzten „Spiegel" im Kampfanzug, als graue Marionette der Rüstungsindustrie . Doch der durchsichtige Versuch des „Spiegel", von Steinbrücks Nebeneinnahmen abzulenken durch die vielen Fotos von Panzern, Flugzeugen und U-Booten, die Deutschland verkauft hat mit Merkels Segen, verpufft – sie bleibt die Mutti. Die Mutter einer seit dem Beginn der re-education an sich zweifelnden Nation. Wie „Bild"-Kolumnist Wagner der Kanzlerin schrieb: "Sie tragen vernünftige Schuhe, keine High Heels. Ihre Handtaschen kann sich jede Frau leisten. Niemand kann sich vorstellen, dass jemand einen Nerz um Ihre Schultern legt. Niemand kann sich vorstellen, dass Sie Stökkelschuhe tragen oder in eine Hotelsuite eingeladen werden. Ich glaube, das macht Ihre Beliebtheit. Es ist Ihre Unbestechlichkeit."

Wenigstens das. Ist ja schon viel heutzutage. Mehr war nicht drin für das deutsche Volk. Die Deutschen – einschließlich ihrer rund sieben Millionen Gäste aus dem Morgenland und anderen Regionen – haben die Kanzlerin, die sie verdienen. Mit ihr und einer kleinen Spende können wir mit ruhigem Gewissen Weihnachten feiern. Die Rechnung kommt erst nach dem Fest.

Einfach märchenhaft

Ein Bestseller bis heute: Vor 200 Jahren erschien der erste Band der Kinder- und Hausmärchen der Brüder Grimm

Schneewittchen, Hänsel und Gretel, Dornröschen oder Rotkäppchen sind in der ganzen Welt bekannt. Kaum ein anderes Werk deutscher Literatur ist international so erfolgreich geworden wie Grimms Märchen. Vor 200 Jahren, am 20. Dezember 1812, erschien in Berlin der erste Band.



Bilder: Mauritius/Archiv

Rotkäppchen und ihre beiden „Väter" Grimm (rechts oben): Als es noch Wälder und böse Wölfe gab, florierte die Märchenwelt

Zu der weltweit am meisten übersetzten deutschsprachigen Literatur gehören die Märchen von Jacob (1785–1863) und Wilhelm Grimm (1786–1859). Sie sind das bekannteste Vermächtnis der beiden Hanauer Brüder, während ihre grundlegenden sprach- und literaturwissenschaftlichen Werke naturgemäß keine vergleichbare Breitenwirkung erzielten. Am 20. Dezember 1812 erschien in der Berliner Realschulbuchhandlung der erste Band der von ihnen gesammelten „Kinder- und Hausmärchen". Er enthält 86 Märchen, Scherz-, Lügen- und Gruselgeschichten mit Erläuterungen im Anhang. 1815 kam ein zweiter Band mit weiteren 70 Märchen hinzu, ebenfalls mit einem Anhang.

Bereits 1819 folgte die zweite Ausgabe. Der Verkauf verlief zunächst schleppend, erst die kleine Ausgabe von 1825 brachte den Durchbruch. Seitdem sind Grimms Märchen, von denen übrigens nicht einmal die Hälfte mit „Es war einmal" beginnt, eine beispiellose Erfolgsgeschichte.

Das Aufzeichnen volksmündlicher Überlieferungen gehörte zu den Bestrebungen der deutschen Romantiker, die diese „Töne der Poesie" vor dem Untergang bewahren und sie von dem Verdacht des Trivialen befreien wollten. Zwar waren die unzertrennlichen Brüder Jacob und Wilhelm Grimm, die nach Abschluss ihres Studiums seit 1806 in Kassel lebten, keine Romantiker, sondern Forschernaturen. Doch auch sie erkannten die Notwendigkeit, die überlieferten Lieder und Märchen aufzuschreiben. Sie wollten darin uralte, wenn auch zerbröckelte „altnordische Mythen" erkennen, die es zu rekonstruieren galt.

Inspiriert durch die viel beachtete, ab 1805 veröffentlichte Liedersammlung „Des Knaben Wunderhorn" von Achim von Arnim und Clemens Brentano begannen sie 1806 mit dem Sammeln von Märchen. Freunde und Förderer unterstützten sie dabei. Die Märchen „Von dem Machandelboom" und „Von den Fischer un sine Fru"

Eine Frau steuerte die meisten Märchen bei

in vorpommerscher Mundart steuerte der Maler Philipp Otto Runge bei. Die Herausgabe der Märchen plante ursprünglich Clemens Brentano. Da das Vorhaben nicht umgesetzt wurde, beabsichtigten die Brüder stattdessen die jährliche Herausgabe eines „Altdeutschen Sammlers". Als auch dieser Plan scheiterte, ermunterten Achim und Bettine von Arnim die Grimms, wenigstens das Vorhandene zu publizieren.

Den größten Teil der Märchen, die den zweiten Band füllen, teilte ihnen die 1755 geborene Dorothea Viehmann aus Niederzwehren bei Kassel ab 1813 mit. Die „Viehmännin" war eine Schneidersfrau hugenottischer Abstammung und keineswegs eine „alte Bäuerin", wie es in der Vorrede hieß. Als Tochter eines Gastwirts hatte sie seit ihrer Kindheit den Märchen und Geschichten der durchreisenden Händler, Fuhrleute und Handwerksburschen zugehört. Einige dieser Märchen sind der 1697 veröffentlichten Anthologie von Charles Perrault entlehnt. Sämtliche Aufzeichnungen wurden von den Grimms vor der Veröffentlichung überarbeitet, da ihre eigene Forderung nach getreuer Wiedergabe nur bedingt galt. Diese Aufgabe übernahm später hauptsächlich Wilhelm Grimm, der wegen seiner schwachen Gesundheit keine feste Arbeitsstelle bekleidete.

Die Ansichten darüber, was die Kunstform des Märchens sei, gingen damals weit auseinander; die Auffassung der Brüder Grimm sollte sich durchsetzen. So entstand der bekannte Grimmsche Märchenton. 1816 und 1818 veröffentlichten die Brüder außerdem zwei Bände „Deutsche Sagen", die allerdings nicht den gleichen Erfolg hatten wie die Märchen und auch nicht wieder aufgelegt

Grimms Märchen sind Unesco-Welterbe

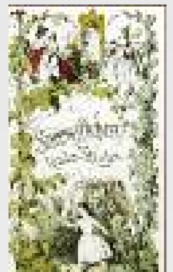
wurden. Die zweite Auflage der Kinder- und Hausmärchen von 1819 gilt als die wichtigste in der Editionsgeschichte. Dafür wurden die Texte mit Rücksicht auf die Kritik von Freunden und Rezensenten nochmals überarbeitet. Pädagogische Absichten setzen sich durch. So erklärt es sich, dass die Märchensammlung als „Erziehungsbuch" deklariert wurde. Mehrere Texte kamen neu hinzu, von denen seitdem einige zum Grundbestand der Kinder- und Hausmärchen zählen wie „Die Bremer Stadtmusikanten" und „Tischlein deck dich". Andere, die aus Frankreich in den deutschen Sprachraum gelangt waren, wurden wieder entfernt, allerdings nicht konsequent, da zum Beispiel für „Rotkäppchen" eine deutsche und eine französische Version existierten.

Heute ist durch die Märchenforschung bekannt, dass es für einige Märchen europaweit und darüber hinaus lange mündliche und schriftliche Erzähltraditionen gibt wie im Fall von „Schneewittchen". Insgesamt sieben Gesamtausgaben erschienen zu Lebzeiten der Brüder Grimm bis 1857 ab der dritten Ausgabe in der Dieterichschen Verlagsbuchhandlung Berlin. Seit 2005 gehört das Grimmsche Handexemplar der Kinder- und Hausmärchen von 1812/15 im Brüder-Grimm-Museum Kassel zum Weltdokumentenerbe der Unesco. *Dagmar Jestrzemski*

Als der Berliner Verleger Georg Andreas Reimer mitten in den schweren Jahren der napoleonischen Besatzung das Wagnis auf sich nahm, Grimms Märchen herauszubringen, war der Verkauf nur schleppend angelaufen. Aber als 1825 der jüngere Bruder Emil Ludwig Grimm erstmals Illustrationen beisteuerte, kam der Erfolg fast über Nacht.

Jetzt zeigt eine Ausstellung in der Berliner Staatsbibliothek nicht nur Erstausgaben und frühe Nachdrucke sowie Briefe der Brüder mit ihrem Verleger. Der „Clou" der Ausstellung (bis 5. Januar 2013, täglich außer Sonntag, Eintritt frei) sind Hunderte von Illustrationen bis in die jüngste Zeit. Viele Künstler wurden von den Geschichten über böse und gute Könige, Prinzen, Prinzessinnen und Hexen animiert, diese zeichnerisch nachzuempfinden. Letztlich ist das kein Wunder, ist doch mit Riesen und Zwergen, Zauberinnen und Hexen, mit aggressiven und freundlichen Tieren die ganze Phantasiewelt der Menschen eingefangen.

Die Illustrationen reichen von hochromantischen Zeichnungen über herb expressionistische Blätter eines Max Slevogt bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, als Künstler wie Joseph Hegenbarth, Werner Klemke oder Lea Grundig teils phantasievoll-versponnene, teils krass realistische, teils spöttische, teils sarkastische Bebilderungen schufen – den Kindern zur Freude und den Erwachsenen zum Gefallen. *Dirk Klose*



Schneewittchen-Cover (1867) von Theodor Hosemann.

Bild: Staatsbibliothek zu Berlin

Havellands Schlossgespenster

Gut Ribbeck sollte als Museum und Konzert-Ort glänzen. Jetzt legt die Kultur dort Zwangspause ein

Dank eines Gedichts von Theodor Fontane ist Schloss Ribbeck bis weit über die Grenzen Brandenburgs bekannt. Wohl kaum einer, der nicht den Herrn Ribbeck zu Ribbeck im Havelland kennt, der laut Ballade die Kinder noch über seinen Tod hinaus mit den Früchten seines Birnenbaums beschenkte.

Seitdem das Schloss vor drei Jahren saniert wurde, sollte es die Landeskinder auch reichlich mit Kultur beschenken. Ein „kultureller Leuchtturm" sollte es als Museums- und Konzertbetrieb werden. Doch statt Künstlern und Besuchern geistert dort jetzt nur das Schlossgespenst herum. Aufgrund drohender Zahlungsunfähigkeit hat die Betreibergesellschaft den Kulturbereich mit sofortiger Wirkung eingestellt.

Schon Ende November wurden der bisherige Geschäftsführer, der Konzertpianist Friedrich Höricke, sowie alle Kultur- und Museumsmitarbeiter inklusive Hausmeister entlassen. Höricke war bereits der dritte Geschäftsführer der Schloss GmbH seit 2006, der mit einem anspruchsvollen Programm ein überregionales Publikum gewinnen wollte. „Das Problem lag im Spannungsfeld zwischen der Kul-



Kulturjuwel ohne richtigen Rahmen: Schloss Ribbeck Bild: pa

tur und der Gastronomie, die als finanzielle Basis für den Konzertbereich dienen sollte", erklärt Höricke. Trotz gehobener Küche gelang es nicht, genügend Restaurantgäste in die strukturschwache Landregion zu locken.

Da es an einer guten Bus- und Bahnanbindung mangelt, kamen nur an Wochenenden genügend Gäste. Wegen eines 30-prozentigen Umsatzrückgangs in der Gastronomie landete man bis Oktober bei einem Defizit von 45 000 Euro. Dabei hatte Höricke in seiner kurzen Amtszeit alle Hebel in Gang gesetzt, um mit einem ansehnlichen Kulturprogramm auch genügend Restaurantgäste nach Ribbeck zu holen. Zum Tag der Deutschen Einheit wurde am Schloss ein Volksfest mit rund 4000 Besuchern gefeiert. Und zu den Kammerkonzerten, zu denen in den Veranstaltungssaal im ersten Stock des Schlosses bis zu 200 Zuhörer kamen, traten namhafte Künstler auf. Hörickes Kontakten im Musikgeschäft war es zu verdanken, dass beispielweise das Streichquartett der Wiener Philharmoniker als Freundschaftsdienst nur eine Mini-Gage verlangte.

Fürs nächste Jahr hatte Höricke bereits zwei hochkarätige Sinfonie-, sechs Kammerkonzerte und vier Ausstellungen geplant. Die entfallen jetzt ersatzlos. Der Landkreis Havelland, der 2005 beschlossen hatte, das während der DDR-Zeit als Pflegeheim genutzte Schloss in Eigenregie für rund 5,6 Millionen Euro auszubauen – unter anderem wurde ein Außenfahrstuhl entfernt und so das 1893 nach einem Brand wiederaufgebaute Schloss seiner ursprünglichen Form angepasst –, hat mit Robert Cardeneo jetzt den Kreisjustiziar aus den eigenen Reihen zum Geschäftsführer bestellt. Ob ein Verwaltungsbeamter tatsächlich der bessere Kulturmanager ist, wird von vielen bezweifelt.

Vorerst sind keine Veranstaltungen auf Schloss Ribbeck geplant. Im Internet findet sich auf der Homepage des Schlosses kein Hinweis auf ein Kulturprogramm. Außer Cardeneo sind im Schloss noch sechs Restaurantmitarbeiter und eine Buchhalterin beschäftigt. Offenbar sollen die 40 000 Euro, die für das Kulturbudget zur Verfügung stehen, auch 2013 vom Landkreis weitergezahlt werden. Fraglich ist nur, wofür. Höricke hatte das Geld in erster Linie für den Kulturbetrieb verwendet. Künftig soll davon die Konzertorganisation durch auswärtige Agenturen finanziert werden.

Angesichts anhaltender Probleme, das Schloss aus seiner finanziellen Schieflage zu holen – schon vor einem Jahr gab es ähnliche Querelen – sieht sich Höricke als Bauernopfer in einem konzeptlosen politischen Spiel, ein museales Gebäude marktwirtschaftlich erfolgreich betreiben zu wollen. „Indem man die Kultur hier politisch zerstört hat, ist dem Haus ein dauerhafter Schaden zugefügt worden", so Höricke.

Derweil sieht der in einem Nebengebäude lebende Carl Friedrich von Ribbeck, ein Nachfahre des früheren Gutsherren aus dem Fontane-Gedicht, wie die Frucht der zarten Pflanze Kultur von politischer Hand zerquetscht wird. Im nächsten Jahr werden an den 16 Birnbäumen auf Schloss Ribbeck – für jedes Bundesland ist einer gepflanzt worden – wieder Früchte reifen. Mag das ein wenig Hoffnung auf eine bessere Zukunft für Schloss Ribbeck im Havelland geben. *Harald Tews*

MELDUNGEN

Es lebe das Leben!

Berlin – Die Berliner Regisseure Lilly Engel und Philipp Fleischmann haben 99 Personen befragt, was das Leben lebenswert macht. Ihr Film „99 Gründe, warum die Welt nicht untergehen darf" wird am vermeintlichen Weltuntergangstag (siehe Seite 21), dem 21. Dezember, um 15.55 und 23.35 Uhr im TV-Sender Arte gezeigt. Zu Wort kommen Prominente wie Roland Emmerich oder Stéphane Hessel („Empört euch"). *tws*

»Schwanensee«-Gewinner

Hamburg – In der *PAZ*-Ausgabe vom 10. November haben wir ein Gewinnspiel veröffentlicht, bei dem Karten für das Ballett „Schwanensee" am 15. Dezember in Hamburg zur Verlosung bereitstanden. Jetzt stehen die Gewinner fest, die die Preisfrage richtig mit „Odile" beantwortet haben: **Elvire Mnich** aus Essen, die aus Königsberg stammende **Karola Sielmann** aus Hamburg sowie **Bernd Mewitz** aus Stollberg im Harz. Herzlichen Glückwunsch! Die Gewinner wurden von uns bereits benachrichtigt. *PAZ*

Zum Studieren ins Reich

Wie Berlin dem Akademikermangel im Protektorat Böhmen und Mähren entgegenzuwirken versuchte

Während deutsche junge Männer an den Fronten des Zweiten Weltkrieges Kriegsdienst leisten mussten, studierten gleichaltrige Tschechen aus dem Reichsprotektorat Böhmen und Mähren an deutschen Universitäten. Details zu dieser heute selten thematisierten Tatsache hat jetzt das Prager zeitgeschichtliche Portal „Nas smer" (Unsere Richtung, http://nassmer.blogspot.de/) in einer akribischen Studie dargelegt.

Gegen die Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren war es im Spätherbst 1939 zu studentischen Protestdemonstrationen gekommen, worauf der deutsche Reichsprotektor Konstantin von Neurath die Schließung aller tschechischen Hochschulen im Protektorat verfügte, nicht aber der deutschen. Zwar konnte mancher im slowakischen Bratislava weiterstudieren, aber trotzdem drohte dem kriegswichtigen Protektorat ein Akademikermangel. Mit Datum vom 6. November 1940 verlangte Neurath vom Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, die Befreiung des Protektorats dadurch zu fördern, dass man Tschechen ein Studium im Reich erlaubte. Neuraths Staatssekretär, Karl Hermann Frank, arbeitete dazu die Details aus: Die Tschechen sollten nicht in grenznahen Hochschulen wie Aachen, Breslau oder Königsberg studieren, ihnen standen nur bestimmte Studiengänge offen wie Technik, Bergbau und Geschichte, nicht aber Jura und Volkswirtschaft. Mit dem Geschichtsstudium hoffte man der tschechischen Tradition entgegenzuwirken, aus der nationalen Historie einen nationalen Auftrag herauszulesen. Deshalb sollten die Tschechen auch keine „nationalen" Gruppen bilden und möglichst nur Deutsch sprechen, was alles der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) überwachen sollte.

Selbst Adolf Hitler war nicht abgeneigt, wollte eine „definitive Entscheidung" aber bis nach dem Kriegsende vertagen. Immerhin wurde Ende November 1940 beschlossen, ab dem Sommersemester 1941 50 Tschechen an fünf deutschen Universitäten Medizin und Technik studieren zu lassen. Die Auswahl der Kandidaten, die „arischer Herkunft und absolut gesund" sein mussten, trafen anfänglich Frank und Robert Howorka vom NSDStB, bis sie im Juni 1941 den Protektoratsbehörden weggenommen und der NSDAP-Leitung übergeben wurde.

Am 2. März 1941 verkündeten tschechische Blätter die Neuigkeit, die anfänglich positive Aufnahme fand. Zwar gab es einige Flüsterpropaganda über „Germanisierung", auch wetterte Edvard Beneschs Exilregierung über den Londoner Rundfunk, aber das hatte bloß kurzfristige Wirkung.

Zum Semesterbeginn 1941 traten statt 50 nur 36 Studenten an, die das sehr strenge Auswahlverfahren überstanden hatten. 20 studierten Medizin in Heidelberg und Würzburg, zwölf Technik in Stuttgart, drei Forstwesen in Tharandt und einer Bergbau im erzgebirgischen Freiberg. Bis auf einen Studienabbrecher zeigten die Tschechen beste Studienerfolge und gaben sich betont unpolitisch – weil sie einander nicht trauten, wie der deutsche Sicherheitsdienst vermutete.

Zum 70. Geburtstag Emil Háchas, des Staatspräsidenten des Protektorats Böhmen und Mähren, am 12. Juni 1942 wurde eine Stiftung ins Leben gerufen, die an begabte junge Tschechen Stipendien für ein Studium im Reich vergab.

Frank verkündete im Oktober 1942, dass die tschechischsprachigen Hochschulen im Protektorat auf Dauer geschlossen blieben, da Tschechen in fast unbegrenzter Zahl in Deutschland studieren könnten. Das war ein hoher Anspruch, denn jährlich legten 14 000 Jugendliche das Abitur (Matura) ab und vor ihrer Schließung hatte es allein an den technischen und naturwissenschaftlichen Hochschulen der Protektorats über 7000 Studenten gegeben. Selbst eine partielle Realisierung dieses Anspruchs musste Ärger unter den Deutschen auslösen. Es brodelte ohnehin. Im Dezember 1942 beschwerte sich Wilhelm Stukkart, Heinrich Himmlers rechte Hand im Reichsinnenministerium, dass „deutsche Volksgenossen" in der Armee dienen müssten, während „Tschechen einen Vorsprung eingeräumt" bekämen.

1942 wurden von 3500 Bewerbern 380 ausgewählt. Frank hätte gern mindestens 800 Tschechen studieren lassen und diese Zahl 1943 auf 1000 oder gar 2800 erhöht, denn seine Protektoratsverwaltung spürte den Fachkräftemangel, der laufend zunahm. Ende 1943 studierten im Reich bereits 600 Tschechen, darunter auch einige in Königsberg, das ursprünglich keine Ausländer aufnehmen sollte.


Obwohl eigentlich keine Tschechen in grenznahen Hochschulen studieren sollten, war auch sie tschechischen Studenten aus dem Reichsprotektorat eine Alma Mater: Die Albertina in Königsberg Bild: Archiv

Disziplin und Studienerfolge der Tschechen waren tadellos, wie Berichte aus Frankfurt am Main, Göttingen, Hannover, Greifswald und anderen Universitätsstädten bestätigten. Frank und der Reichsstudentenführer Gustav Adolf Scheel waren des Lobes voll: „Die politischen Folgen des Studiums von Tschechen im Reich erweisen sich in Böhmen und Mähren als höchst segensreich und beruhigend für die innenpolitische Lage." Zufrieden war auch Rüstungsminister Albert Speer, der Internate für Tschechen bauen ließ.

Ab Ende 1944 wurde die Lage komplizierter: Der totale Krieg verhinderte die geplante Immatrikulation von 2000 Tschechen, aber noch gab es 499 Studenten und 32 Studentinnen. Ihr Studienerfolg übertraf deutschen

Prager Internetportal liefert Details in akribischer Studie

Durchschnitt; Nachhilfeunterricht im sogenannten Langemarck-Studium, das Arbeiter, Handwerker und Bauern ohne Abitur binnen drei Semestern auf ein Universitätsstudium vorbereiten sollte, brauchten sie nie; in Städten wie München, Karlsruhe oder Leipzig halfen sie nach Bombardements mit deutschen Kommilitonen bei Aufräumarbeiten.

Das Kriegsende überstanden sie unbeschadet, wobei die tschechische Bürokratie hilfreich war. Obwohl die zwei, drei Jahre an deutschen Universitäten den Studenten meist nicht ausgereicht hatten, einen Studienabschluss zu erringen, wechselte die tschechische Bürokratie die deutsche Bezeichnung Facharzt erst im April 1946 gegen die tschechische MUDr. (Medicinae universalis doctor) aus. *Wolf Oschlies*

Die rastlose Schönheit

Sisis ganzes Leben war eine Reise auf der Suche nach Glück

Kaum eine Kaiserin war so berühmt wie sie. Sie galt als Schönheitsideal einer Epoche, und ihr rastloses Leben wird auch heute noch in Filmen und Kindersendungen wiedergespiegelt. Am Heiligabend diesen Jahres ist Sisi vor 175 Jahren geboren.

Geboren wurde Sisi, deren voller Geburtsname Elisabeth Amalie Eugenie lautete, als zweite Tochter des Herzogs Max in Bayern. Untypisch für eine Familie hohen Standes verbrachte Sisi ihre Kindheit nicht in Zucht und Manier, sondern erlebte unbeschwerte erste Jahre auf dem Schloss Possenhofen, wo sie sich den Großteil ihrer Zeit ihren liebsten Freizeitaktivitäten wie dem Reiten oder Dichten widmete. Sie galt als temperamentvolles, unruhiges Kind.

Sisis Cousin, der damalige österreichische Kaiser Franz Joseph, sollte ursprünglich mit ihrer älteren Schwester Helene vermählt werden, verliebte sich jedoch unerwartet in Sisi selbst bei einem Treffen im Jahre 1853. Mit gerade einmal 16 Jahren wurde Sisi im folgenden Jahr zur österreichischen Kaiserin und dem ungestümen Mädchen wurde die Rolle der feinen Dame aufgezwungen. Dies behagte ihr jedoch gar nicht. Äußerlich passte sie zwar perfekt in das Leben am kaiserlichen Hof: Eine umwerfende Schönheit wird ihr bis heute nachgesagt und dieser soll sie sich auch bewusst gewesen sein. Besonders stolz war sie auf ihre Haarpracht, die bis heute auf Bildern und Fotos wie ein Erkennungszeichen wirkt. Durch ihre innere Unruhe trieb sie täglich stundenlang Sport und erhielt sich ihrer Zeit voraus durch enge Korsetts eine „Wespentaille", die noch bis in die 1950er Jahre hinein als Schönheitsideal galt.

Trotzdem fühlte sie sich gefangen und deplatziert am Hofe. Ihre


Die schöne Kaiserin Sisi Bild: privat

Schwiegermutter, die Erzherzogin Sophie, untersagte ihr sogar die Erziehung ihrer Kinder, da sie mit nicht einmal 20 Jahren noch zu jung dazu sei. Sisi war gezeichnet von Wehmut und verbrachte viel Zeit zur Ablenkung auf weiten Reisen. Sie interessierte und engagierte sich besonders für Ungarn und setzte sich auch für die Doppelmonarchie von Österreich und Ungarn ein. In diesem Zusammenhang ließen sie und der Kaiser sich im Jahre 1867 zusätzlich zum ungarischen Königspaar krönen.

Sisis Rastlosigkeit durchzog ihr ganzes Leben. Weder konnte sie lange an einem Ort verweilen, noch konnte sie lange still bleiben. Ständig fühlte sie sich unausgelastet. Was erst als jugendliches Gemüt abgestempelt wurde, legte sich aber auch im Alter nicht. Inzwischen bezeichnet man einen übermäßigen Tatendrang und Selbstdisziplin als „Sisi-Syndrom".

Mit zunehmendem Alter wurde Sisi immer frustrierter über ihre naturgemäß schwindende Schönheit. Als sich 1889 ihr einziger Sohn Rudolf das Leben nahm, versank die Kaiserin in einer Trauer, die sie in sich zurückziehen ließ und die sie bis an ihr Lebensende zusätzlich begleitete.

1898 befand sich Sisi auf einer Kurreise nach Genf, da sie durch ihren Sportwahn geschwächt und von Herzleiden geplagt war. Dort wurde sie vom Anarchisten Luigi Lucheni überfallen und durch einen Stich ins Herz mit einer gespitzten Feile ermordet. Das Attentat zielte ursprünglich auf den Prinzen von Orléans, dieser hatte jedoch seine Reisepläne unerwartet geändert. Sisis rastloses Leben aus Wehmut und Unruhe ging damit zwar zu Ende, die Legenden um die schöne Kaiserin lebten jedoch auf und bis heute weiter. *Melinda Heitmann*

Der Mann, der nie aufgab

Vor 30 Jahren starb der höchstdekorierte Soldat der Wehrmacht

Einst war sein Name Synonym für Tapferkeit, dann wurde er zum Reizwort und schließlich für alle links der politischen Mitte buchstäblich zum braunen Tuch. Erregt hat der vor 30 Jahren verstorbene Fliegeroffizier Hans-Ulrich Rudel die Gemüter fast immer – mal im Positiven, mal im Negativen. Der Pfarrerssohn wurde am 2. Juli 1916 im schlesischen Konradswaldau geboren. Nach dem Abitur trat er Ende 1936 in die Luftwaffe ein, wo er zum Sturzkampfflieger und Beobachter ausgebildet wurde. Nach dem Fronteinsatz in Polen und im Westen kam er an die Ostfront, wo er schnell bemerkenswerte Erfolge erzielte. So versenkte er in rascher Folge ein sowjetisches Schlachtschiff, einen Kreuzer und einen Zerstörer. Er zerstörte Bunker und Brücken, vernichtete Geschützstellungen, zerschlug Nachschubkolonnen und versenkte 70 Landungsboote. Außerdem erzielte er neun Siege im Luftkampf. Unerschrocken stürzte er sich auf feindliche Panzer, von denen er insgesamt 519 zerstörte. Mit 2530 Feindflügen stellte Rudel einen Rekord auf, der bis heute weltweit unerreicht ist. Sein Mut und seine Kaltblütigkeit waren legendär. Er rettete sechs Stukabesatzungen vor der Gefangennahme und floh selbst einmal aus sowjetischer Gefangenschaft. 30-mal wurde er abgeschossen, wobei er im Februar 1945 ein Bein verlor. Wenige Wochen später saß er, mit einer Spezialprothese und umgebauten Pedalen, wieder am Steuerknüppel. In den Augen Adolf Hitlers war er „der größte und tapferste Soldat, den das deutsche Volk hat und je gehabt hat". Der Lohn für Rudels herausragende Leistungen waren die Beförderung zum Oberst und die einmalige Verleihung der höchsten deutschen Tapferkeitsauszeichnung, des Goldenen Eichenlaubs mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz.


Hans-Ulrich Rudel Bild: privat

Nach Kriegsende trat Rudel als Berater in die Dienste der argentinischen Luftwaffe, da er im zerstörten Deutschland keine Perspektive mehr für sich sah. In der Fremde engagierte er sich in der deutschen Emigrantenkolonie und gründete das „Kameradenwerk", eine Organisation, die sich um geflüchtete oder als Kriegsverbrecher verurteilte Personen kümmerte. Weltweit beeindruckte der schwer kriegsversehrte Rudel durch eiserne Willenskraft und überdurchschnittliche sportliche Leistungen. So bestieg er als erster Mensch den höchsten Vulkan der Welt und holte als einbeiniger Skiabfahrtsläufer unzählige Preise. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland Anfang der 50er Jahre trat er der Sozialistischen Reichspartei bei, was ihm unwiderruflich das Stigma des „ewiggestrigen und unbelehrbaren Nazi-Offiziers" einbrachte. Im westlichen Ausland dagegen begegnete man dem tapferen Flieger mit großer Hochachtung. Aus der Politik hielt er sich fortan heraus, setzte sich aber unermüdlich gegen die Verunglimpfung des deutschen Soldaten ein. Im Oktober 1976 geriet er letztmalig in den Blick der Öffentlichkeit. Nachdem der ehemalige Jagdflieger Walter Krupinski und ein weiterer Luftwaffengeneral Rudels Teilnahme an einem Stuka-Traditionstreffen auf einem Bundeswehr-Fliegerhorst gerechtfertigt und seine NS-Vergangenheit mit der kommunistischen Vita des SPD-Politikers Herbert Wehner verglichen hatten, mussten beide ihren Abschied nehmen.

Hans-Ulrich Rudel starb am 18. Dezember 1982 in Rosenheim. Seinem Motto, „Nur wer sich selbst aufgibt, der ist verloren", blieb er bis an sein Lebensende treu. *J.H.*

»Ungezwungen im bürgerlichen Leben«

Friedrich der Große machte die von seinem Großvater geschaffene Königliche Residenz Berlin zur Großstadtmetropole

„Arm, aber sexy", hat ihr amtierender Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit Berlin genannt. Eine Stadt der Gegensätze war die Spreemetropole auch schon im 18. Jahrhundert, in dem Friedrich I. durch Zusammenlegung der Städte Berlin, Cölln, Friedrichswerder, Dorotheenstadt und Friedrichstadt die Königliche Residenz Berlin bildete und dessen Enkel sie zur Großmachtmetropole machte.

Die aufblühende Metropole der neuen Großmacht Preußen zog viele Besucher an. Nicht nur Voltaire reiste in die Stadt, die Friedrich der Große sein Spree-Athen nannte. Der gebildete und gutbetuchte Reisende der damaligen Zeit kannte Paris, Rom und Dresden, aber Berlin galt es noch zu entdecken. Die Fahrt dorthin führte über die sandigen Wege Brandenburgs, das Knirschen unter den Rädern der Postkutsche war die ständige Begleitmusik. Im Sommer verfolgten Schwärme von Stechmücken den Reisenden, die vielen Seen boten den Plagegeistern ideale Brutstätten. Von Dresden kommend benötigte die Kutsche acht bis zehn Stunden auf ihrem Weg durch tiefe Wälder und Moore.

Am Ziel erfüllten sich hohe Erwartungen nicht immer. „Überall, wo nicht gepflastert ist, watet man im Sande, der Sand macht die ganze Umgebung zur Wüste ... Wie konnte bloß jemand auf die Idee kommen, mitten in all dem Sand eine Stadt zu gründen", fragte (sich) der Dichter Stendhal.

Trotz einer Reihe imposanter Bauwerke wie dem Königlichen Opernhaus, der St. Hedwigskathedrale, deren Kuppel dem Pantheon in Rom nachgebildet war, dem Palais des Prinzen Heinrich, dem Schauspielhaus – alles Neubauten – konnte Berlin nicht mit dem Glanz der übrigen europäischen Hauptstädte mithalten. Die breiten, modernen, im rechten Winkel aufeinander zulaufenden Straßen beeindruckten zwar, strahlten aber keinen Charme aus. Befremdlich erschien der Kontrast zwischen den Prunkbauten und bröckelnden Fassaden, der jedem Besucher sofort ins Auge fiel. Wie viele andere Berlin-Touristen beklagte auch Friedrich Schiller das Fehlen der Historie, attestierte den Bewohnern immerhin „eine Ungezwungenheit im bürgerlichen Leben".

Nicht so gut kamen die Berliner bei anderen prominenten Gästen weg. Iwan Turgenjew, einer der Ersten in der russischen Literatur, die die alltäglichen Nöte und Ängste der russischen Gesellschaft thematisierten, schrieb: „Sie wollen von mir einige Berliner Neuigkeiten hören ... Was soll man über eine Stadt berichten, in der man um 6 Uhr in der Früh aufsteht, um 2 Uhr Mittag isst und noch lange vor den Hühnern schlafen geht: über eine Stadt, in der um 10 Uhr abends bloß die melancholischen und bierbeladenen Nachtwächter in den leeren Straßen herumirren ..."

Die feine Lebensart, vornehme Clubs wie in London oder erlesene Gaumenfreuden wie in Paris, suchte der Tourist in Berlin vergebens. Der Volksmund dichtete, bezeichnenderweise: „Voulez-vous Kartoffelsupp avec verbrannte Klöße? Non, monsieur, ich danke vous, je n'ai pas appétit dazu."

Die ungewohnte Kost war nicht die einzige Attacke auf Fremde. Johann Peter Willebrandt, Advokat und Chronist aus Lübeck, sah sich genötigt, in seinem 1758 erschienenen Berliner Reiseführer vor Gefahren der „Pariser Art" zu warnen. Auch sollten Besucher sich auf keinen Fall zum „Weinsaufen" in den Kneipen verleiten lassen. Denn der gewaltsamen Rekrutierung für das preußische Heer, offiziell verboten, fielen oft junge, alkoholisierte Männer zum Opfer. Ungefährlich waren dagegen Besuche in den Festzelten, wo sich das Volk bei Kaffee, Kuchen und sauer eingelegten Gurken in Gottes Natur vergnügte, mit Segen des Königs, der in einer Ordre den Ausschank in Zelten gnädigst gestattet hatte. Ein Spaziergang vom Stadtschloss durch einen Park zum Ufer der Spree und weiter zum Schloss Charlottenburg gehörte zu einer Sightseeing-Tour unbedingt dazu. Hier atmete der Fremde in vollen Zügen die gute Berliner Luft, die in Reiseberichten der damaligen Zeit gerühmt wurde.



Der Gendarmenmarkt 1845: Darstellung von Ludwig Eduard Lütke (1801–50) Bild: Agentur Bridgemail

Berlin war und ist eine junge Stadt. Während die europäischen Metropolen seit Jahrhunderten das Weltgeschehen bestimmten, tauchte Berlin erst spät in der Geschichte auf. Durch Erlass des ersten preußischen Königs wurde die Hauptstadt des neuen Königreichs Preußen 1709 aus den bisherigen Residenzstädten Berlin und Cölln sowie den dörflichen Bezirken Friedrichswerder, Dorotheenstadt und Friedrichstadt vereinigt. Das Konglomerat wuchs schnell. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts kamen Orangeois, Wallonen, Welschschweizer, Pfälzer und böhmische Protestanten nach Berlin. Sie waren gebildeter und weltoffener als die einheimische Bevölkerung. Ein frischer Wind wehte von den 15 Toren bis zum Stadtschloss im Zentrum. Von 1700 bis 1800 stieg die Einwohnerzahl von 29 000 auf 172 000 an. Berlin avancierte im Rekordtempo nach Wien zur zweitgrößten Stadt des Heiligen Römischen Reichs.

Das öffentliche Bild auf der Prachtstraße Unter den Linden und in den neu entstandenen Parkanlagen prägte das Militär. Berlin war in erster Linie Garnison, mehr als ein Drittel der Einwohner diente im Heer. Im prächtigen, vom Großen Kurfürsten errichteten Zeughaus Unter den Linden, wurden Waffen, Geschütze und Trommeln aufbewahrt. Sie sollen bis an die Decke gestapelt und so gut instand gewesen sein, dass sie jederzeit einsatzbereit waren.

Besonderes Interesse der Besucher fanden die Denkmäler auf dem Wilhelmplatz, die Friedrich für seine gefallenen Feldherren Seydlitz, Keith, Winterfeldt und Schwerin hatte aufstellen lassen, letzteren im Augenblick seines Todes in der Schlacht vor Prag. Die Denkmäler, so hieß es in der Bevölkerung, wären ein Zeichen der Treue und Hochachtung, die Friedrich für seine alten Kampfgefährten empfand.

Eine bürgerliche Kultur als Gegengewicht zum Militär entwickelte sich nur langsam. Berlin war mehr Stadt der Arbeiter als

Prunkbauten und bröckelnde Fassaden

der Bourgeois. Allein 20 000 Menschen verdienten Mitte des 18. Jahrhunderts in der Produktion von Textilien, Metallwaren und Porzellan ihr Brot. Nippes der Königlichen Porzellan-Manufaktur Berlin (KPM) waren beliebte Souvenirs. Auf Anordnung des Alten Fritz durfte das Porzellan nur Blümchendekors tragen. Wer Glück hatte, kehrte nicht nur mit solch einem Andenken nach Hause zurück. Der größte Wunsch jedes friderizianischen Touristen ging manchmal in Erfüllung: einen Blick vom ruhmreichen, schon zu Lebzeiten legendären Alten Fritz in der vorbeirollenden königlichen Kutsche zu erhaschen, der mit seinem Windspiel auf dem Weg ins Stadtschloss oder zurück in sein Refugium Sanssouci war. Allein das war die Berliner Reise wert. *Gisela Groth*

Wilhelms II. letzte Ehefrau

Am 17. Dezember des Jahres 1887 wurde Hermine Reuß, die Frau des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II., im thüringischen Greiz als Prinzessin von Schönauch-Carolath geboren. Mit dem Tod ihres ersten Gatten wurde sie 1920 nach 13 Jahren Ehe zur Witwe. Nur zwei Jahre später ehelichte die ehrgeizige Hermine den ebenfalls verwitweten Wilhelm II. und übernahm die Verwaltung des kaiserlichen Exilanwesens Haus Doorn in den Niederlanden. Sie verfolgte die politischen Bewegungen in Deutschland mit und hoffte auf das Wiederauferstehen der Monarchie. Nach Wilhelms Tod 1941 kehrte Hermine nach Deutschland zurück, geriet aber 1945 in russisches Gewahrsam und lebte unter strenger Bewachung in Frankfurt an der Oder, wo sie bis zu ihrem Tod 1947 blieb. *M.H.*

Bild: Archiv

Prinzessin Hermine Reuß

Der letzte Sieg des »Alten Dessauer«

Die Schlacht bei Kesselsdorf entschied den Zweiten Schlesischen Krieg

Vor 267 Jahren fand bei Kesselsdorf in der Nähe von Dresden die letzte Schlacht des Zweiten Schlesischen Krieges statt. Friedrich der Großen suchte in ihr die Kriegsentscheidung. Sein Plan lautete, das mit dem Hauptgegner Österreich verbündete Sachsen so schwer zu schlagen, dass die Gegner zum Frieden bereit waren, bevor ein Kriegseintritt Russlands die Entscheidung gegen Preußen bedeuten konnte.

So erhielt der „Alte Dessauer", Fürst Leopold I. von Anhalt-Dessau, den Befehl mit seinen Heimatregimentern gegen Sachsen vorzugehen. Doch der 76-Jährige Befehlshaber wollte erst Brot für seine Soldaten backen lassen. Friedrich, der einen russischen Kriegseintritt vor der Entscheidungsschlacht fürchtete, äußerte sich entsprechend grob gegenüber dem Fürsten. In einem Schreiben ließ er ihn wissen: „... mein Feldmarschall ist der einzige, der meine deutlichen Befehle nicht verstehen kann oder will ... Was glauben Sie eigentlich, bin ich der Fürst von Zerbst?"

Noch vor dem von Friedrich befürchteten russischen Kriegseintritt trafen am 15. Dezember 1745 bei dem westlich von Sachsens Hauptstadt Dresden gelegenen Dorf Kesselsdorf, heute ein Ortsteil der Stadt Wilsdruff, Dessaus 30 000 Preußen auf 31 000 Sachsen und Verbündete unter dem Befehl des sächsischen Feldmarschalls Friedrich August Graf Rutowski. Kesselsdorf selber bildete die linke Flanke der Sachsen. Rutowski nahm an, dass die Preußen als erstes hier angreifen würden und ließ deshalb sieben Grenadierbataillone den westlichen Dorfrand besetzen. Die Stimmung der sächsischen Offiziere und Mannschaften war schlecht. Übernächtigt, durchfroren und unzureichend verpflegt, die Uniformen zerrissen und abgetragen, warteten Sie auf den Gegner.

Um 7.30 Uhr brach das preußische Heer in vier Marschkolonnen auf, und um 14 Uhr begann der preußische Angriff durch die drei Grenadierbataillone Kleist, Plotho und Münchow sowie das Infanterieregiment Anhalt den glatten Hang hinauf unter dem Feuer der feindlichen Artillerie. Der Tod hielt auf diesem Teil des Schlachtfeldes reichlich Ernte. Der Alte Dessauer betete: „Herr hilf mich – und wenn Du mich nich helfen willst, dann hilf wenigstens die anderen nich. Dann wirste schon sehen ..."

Kurz vor dem Erreichen der großen Batterie am Rande des Dorfes, wurden die Preußen durch einen erfolgreichen Gegenangriff der sächsischen Grenadiere zurückgeschlagen. Durch diesen Gegenangriff gerieten die Sachsen aber auch in das Schussfeld ihrer eigenen Artillerie, das dadurch zur Untätigkeit verdammt war.



Schlacht bei Kesselsdorf: Der „Alte Dessauer" bittet um göttlichen Beistand Bild: Mauritius

Das nutzte der preußische General Hans von Lehwald sofort aus. Mit den Infanterieregimentern 30, 9, 22 und 20 stieß er den Sachsen in die Flanke. Die Kürassierregimenter 3, 11 und 7 und die Dragonerregimenter 9 und 10 schlossen sich dem an. Kesselsdorf fiel einschließlich der dortigen sächsischen Artillerie in die Hände der Preußen. Nun rückte auch der linke Flügel der preußischen Armee unter Prinz Moritz von Anhalt, dem Sohn des Alten Dessauers, vor. Die Sachsen waren in Auflösung und flohen. Die alte Poststraße von Kesselsdorf nach Dresden war von allen Waffengattungen verstopft. Munitionswagen und Protzen standen quer oder lagen umgestürzt auf der Straße. Unter dem Kampf hatten außer Kesselsdorf auch die umliegenden sächsischen Dörfer gelitten. Von einigen Häusern standen nur noch die Grundmauern, aus vielen anderen wurde alles Holz von den siegreichen Preußen am Lagerfeuer verbrannt.

Abgeschreckt vom Ausgang der Schlacht wollte Zarin Elisabeth von Russland nun nichts mehr von einem Kriegseintritt wissen. Am 17. Dezember erreichte Friedrich der Große das Schlachtfeld und noch am selben Tag zogen die Preußen in Dresden ein. Die Reste der sächsischen Armee zogen demoralisiert und hungernd am 22. Dezember über Pirna und Dippoldiswalde nach Böhmen ab. In diesen Tagen sprach man in Frankreich erstmals von „Frederic le Grand" und in England von „the Great". Schon am ersten Weihnachtsfeiertag 1745 hatte Friedrich sein Ziel erreicht. Österreich und Sachsen schlossen mit Preußen in Dresden Frieden. Aber bereits elf Jahre später versuchte Maria Theresia ein weiteres, ein letztes Mal, Schlesien mit Gewalt zurückzuerobern. Dieser Krieg dauerte dann sieben lange Jahre. *Hans Lody*

Undank des Vaterlandes gegenüber Müttern

Zu: „Wenn Kinder als Last erscheinen" (Nr. 45)

Im Gastkommentar weist Herr Bues auf den Skandal hin, dass einer Mutter im Alter keine drei Prozent der Beträge verbleiben, die ihren Kindern für Altersversorgung abgenommen werden. Der Skandal ist aber noch größer, wenn man nicht nur die monatlichen Zahlungen vergleicht, sondern auch die Zahlungszeiträume berücksichtigt: Die 35-jährige Berufszeit (der Kinder) führt bei einer mittleren Beitragszahlung von 2750 Euro (das war das Beispiel) zu einer gesamten Altersrücklage von 1155000 Euro. Die Mutter erhält davon bei einer Rentendauer von zwölf Jahren (bei einer Lebenserwartung von 77 Jahren) eine Summe von 11664 Euro, also gerade mal ein Prozent. Auf den Vater entfallen von der Gesamtsumme maximal (wenn er denn noch lebt und den Rentenhöchstsatz erhält) nach dem gleichen Schlüssel weitere 272736 Euro, also knapp 24 Prozent. Die restlichen mindestens 75 Prozent entfallen dann auf die Umverteilung, politisch korrekt mit „Solidarität" umschrieben. Wertet man die Rente der Mutter als materiellen Erdrutsch für ihre Aufzuchtleistung, so entspricht das bei nur acht Stunden pro Tag in nur 20 Jahren (auch später ist sie ja noch für sie da) einem Stundenlohn von knapp 20 Cent. Das ist dann der „Dank des Vaterlandes"!

Unser Staat ist ein Parasit an den Familien und insbesondere den Müttern. Das belegt die ganze Diskriminierung elterlicher Fürsorge und Erziehung und die dafür vermeintliche Alleinzuständigkeit der Sozialisten (im weitesten Sinne). Für diese ist es ein Horror, wenn ihr politischer Anspruch, Kinder ausnahmslos in die mit ihrer Weltanschauung eng verknüpften „Kinder-Indoktrinations- und Trennungsanstalten" (KITAs) zu outsourcen, durch elterlichen Erziehungswillen zu hintertreiben versucht wird.

Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

Sich selbst für unzurechnungsfähig erklären

Zu: „Verleumdeter Lehrer wehrt sich" (Nr. 48)

Kollege Schmick ist nicht der erste und wird auch nicht der letzte bleiben, über den die rote Rotte der Tugendwächter und Denunzianten herfällt. Vor 16 Jahren hing man mir zum Beispiel Rechtsextremismus an, nur weil ich im Niederländischunterricht den Satz „Ik hou van mijn land" (Ich liebe mein Land) verwendet hatte. Klüger wäre gewesen zu sagen: „Ich hasse mein Land".

Hätte Schmick doch nur an die Tafel geschrieben „Tod dem deutschen Volk" oder „Deutschland verrecke". Dann hätte er den vollen Beifall aller Gutmenschen erfahren und wäre sicher bereits befördert worden. So aber stürzten sich Staatsschutz und Staatsanwaltschaft nach den albernen Anschuldigungen einer Minderjährigen hin auf einen unbescholtenen Bürger und erprobten Schulmann. Die Feigheit der willigen Helfer bei der Verfolgung eines Unschuldigen war widerlich: Der Schulleiter schickte den Kollegen gleich nach Hause, die vorgesetzte Schulbehörde suspendierte ihn wegen eines mehr als windigen Verdachts, die Polizei vernahm geflissentlich die ganze Klasse, wobei die Aussage von drei oder vier Schülern zur Wahrheitsfindung völlig gereicht hätte. Schmick, Opfer der politischen Unkultur, ist zwar unschuldig, sein gutes Recht und Wiedergutmachung werden ihm dennoch verweigert.

Ob seine Klagen gegen die Verleumder seine Lage tatsächlich verbessern, wage ich nach eigenen Erfahrungen zu bezweifeln. Für ihn gibt es nur den aus totalitären Systemen bekannten Ausweg: Er muss sich von seinem Arzt für unzurechnungsfähig erklären lassen. So entgeht er weitere Anschuldigungen – denn falsche Belastungszeugen finden sich bei Bedarf allemal – und erreicht nach zwei Jahren ausgeruht den wohlverdienten Ruhestand.

Adolf Frerk, Geldern

Sprache ist Heimat

Zu: „Habe die Ehr'" (Nr. 49)

Die Sprache ist nicht nur bloßes Verständigungsmittel, sondern sie ist gleichermaßen Denkwerkzeug und Träger von Wertvorstellungen. Die Sprache ist neben der Religion das Kernelement einer Kultur. Der jüdische Universitätsprofessor Joseph Rovan (1918–2004) schreibt in seinem Buch „Geschichte der Deutschen": „Mit und dank Martin Luther machte das deutsche Volk den entscheidenden Schritt zur Schriftsprache, der unverzichtbaren Voraussetzung dafür, dass ein Volk zu Bewusstheit und zum Ausdruck seines Wesens gelangt."

Die Sprache ist, füge ich als Neuphilologe hinzu, die Seele eines Volkes. Der deutsche Dichter Heinrich Heine geht noch weiter, wenn er in einem Brief schreibt: „Und unsere Sprache ist das Beste, was wir Deutschen besitzen. Sie ist das Vaterland selbst." Verraten wir das nicht!

Helmut Schrickel, Coburg



Hat Israel über das Ziel hinausgeschossen? Bei den Luftangriffen auf das Gaza-Gebiet kamen auch Zivilisten ums Leben. Ein Kriegsverbrechen, meinen Beobachter Bild: pa

»Gebt mir mein Geld zurück«

Zu: Rente und *PAZ*

Ich möchte Ihnen für Ihre Zeitung danken, die sich so wohltuend von der sonstigen Einheitspresse abhebt. Dazu braucht man heutzutage sicherlich sehr viel Rückgrat und Standhaftigkeit, um sich all den Anfeindungen, die Sie bestimmt zu ertragen haben, zu erwehren.

Ein klein wenig möchte ich mich bei Ihnen vorstellen. Ich bin gelernter Schriftsetzermeister, Jahrgang 1942 und durfte kürzlich meinen 70. Geburtstag feiern. Meine Frau und ich lebten noch ganz bewusst das traditionelle Familienbild und das hat unser Leben sehr bereichert. Unsere drei Söhne studierten, der älteste ist Chirurg und Oberarzt, der zweite Studienrat an einem Oberstufengymnasium und der jüngste promovierter Molekularbiologe in der Schweiz. Alle drei sind für ihre Erziehung und Wertevermittlung sehr dankbar, und ihnen ist bewusst, dass all dies auch mit Opfern und Verzicht ihrer Eltern einherging.

Wir konnten ein kleines Häuschen abbezahlen, in welchem wir unseren Ruhestand verbringen und müssen jetzt aber erleben, wie sehr der Kaufkraftverlust der Rente uns mehr und mehr einschränkt. Jahr für Jahr geht es weiter so. Und wenn man jetzt hören muss, wie die eventuell kommenden „Rentenanpassung" für das kommende Jahr aussieht, macht sich mehr und mehr Verbitterung in uns breit. Was hier geschieht, das ist nicht mehr unser Land, manchmal könnte ich aufschreien und rufen „Gebt mir mein Land zurück!"

Abschließend möchte ich noch anmerken, dass ich Ihre *PAZ* leider nicht abonnieren kann, das Rentenbudget gibt das nicht her. Umso dankbarer bin ich, dass es das Internet gibt, in welchem man sich glücklicherweise unabhängig von der gleichgeschalteten Presse und dem Staatsfernsehen informieren kann.

Peter Schumacher, Melsungen

Auch Israel ist an Kriegsverbrechen schuldig

Zu: „Befreit Gaza von der Hamas" (Nr. 47)

Jedem bleibt es unbenommen, für die eine oder andere Partei einzutreten. Ich befürchte aber, dass die von Frau Lengsfeld beschriebenen Dinge doch etwas schwieriger sind, als sie sie mit leichter Hand zu Papier gebracht hat. Ich erinnere an den Bericht der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen (Version A/HRC/12/48 vom 25. September 2009). In diesem Bericht geht es um die Aktion „Gegossenes Blei" von Ende 2008/Anfang 2009! Ich glaube nicht, dass Frau Lengsfeld dann noch unbeschwert über „menschliche Schutzschilde von den Hamas-Terroristen" schreiben würde, wenn sie sich den UN-Bericht sorgfältig durchlesen würde.

Zum Beispiel Seite 448, Abschnitt 1147: „ ... begannen die (israelischen) Soldaten, einige der Gefangenen als menschliche Schutzschilde zu benutzen." Weiter auf Seite 362, Abschnitt 888: Weißer Phosphor eingesetzt als Sprengmunition in Mörsergranaten von Bodentruppen und der Marine. Weiter Seite 362, Abschnitt 886: Einsatz sogenannter DIME-Munitionen (Dense Inert Metal Explosive Munitions – explosive Munitionen aus dichtem reaktionsträgem Metall) und der Einsatz angereicherten Urans. Und auf Seite 446/447, Abschnitt 1145: „Israelische Soldaten schössen auch auf die Frauen und Kinder, die weiße Flaggen trugen, als sie versuchten, das Haus seines Vetters (Zeuge AD/03) zu verlassen. Die Frau seines Vaters erlitt eine Schussverletzung am Bein ..."

Palästinensische Kriegsverbrechen (Ausschnitt) auf Seite 754, Abschnitte 1900/1901: „Seit April 2001 haben bewaffnete palästinensische Gruppen Tausende von Raketen und Mörsergranaten auf Israel abgeschossen. Diese haben in der Zivilbevölkerung Schrekken ausgelöst ...; In dem von der Kommission untersuchten Zeitraum haben diese Angriffe vier Menschen getötet und Hunderte verletzt..." Auf der Rückseite des 816 Seiten starken Berichts steht abschließend, dass sich sowohl Israel wie auch bewaffnete palästinensische Gruppen Kriegsverbrechen schuldig gemacht (haben).

Die Beurteilung israelischer Verstöße gegen internationales Recht fällt weit drastischer aus. Von kollektiver Bestrafung ist hier die Rede, von unangemessener Gewaltanwendung gegenüber der Zivilbevölkerung bis hin zur Bombardierung von Gebäuden, in die die Bevölkerung vorab von israelischen Soldaten getrieben wurde.

Zudem hat Israel im Gegensatz zu den palästinensischen Behörden die Zusammenarbeit mit der Kommission bislang verweigert und ist seiner Verpflichtung, die begangenen Verbrechen selbst zu untersuchen, nicht nachgekommen. Übrigens wurde der Bericht der Vereinten Nationen vom Human Rights Council herausgegeben.

Manfred Krause, Isernhagen

Wer stoppt Griechenland?

Zu: „Griechisches Märchen", (Nr. 48)

Rettungsprogramme müssen greifen, so heißt es, dann ist der Schuldenschnitt kein Problem. Zur Beruhigung der Steuerzahler wird beiläufig erwähnt, dass die Steuereinnahmen weiter steigen. Uns geht es somit gut und das Heer der Millionen Arbeitslosen ist es selber schuld. Das Maastrichtdefizit verringert sich. Alles kein Problem, bleiben wir ganz ruhig. Tatsache ist: Der Konkurs der Griechen ist ein Milliardenloch zu Lasten der EU und der deutschen Steuerzahler.

Wer denkt da nicht an den bevorstehenden Offenbarungseid, der spätestens nach der Bundestagswahl erfolgen wird und das Dilemma weiter offenbart, das sich die EU mit der Aufnahme Griechenlands geleistet hat. Nebenbei, die Aufnahme der Türkei in die EU wäre im Verhältnis dazu eine gigantische Überforderung mit ganz neuen Spielregeln.

Aalglatte Grüne und die SPD leisten Schützenhilfe und der Bürger erfährt die Entscheidungen ganz zum Schluss. Bewährte finanzpolitische Regeln werden außer Kraft gesetzt und Milliarden „versenkt", zum Wohle einer verbleibenden Mitgliedschaft der Griechen in der EU. Zu welchem Preis? Es gibt keine Partei, die bürgerliche und auch deutsche Interessen durchsetzt. Abgenickt wird ganz zum Schluss ohne direkte Demokratie. Griechenland und seine Altschulden? Da gibt es dann den Schuldennachlass: Griechenland erhält also weitere Milliarden „geliehen", um abgewertete Altschulden zurückzukaufen. Ich leihe dir einen Euro und bin mir sicher, dass ich ihn nie zurück bekomme. Somit sage ich dir, das deine Schulden nur noch einen Wert von 0,50 Euro haben und leihe dir weitere 0,50 Euro, damit du einen Teil deiner Schulden bezahlst. Die Schulden haben sich für dich reduziert, ohne dass du viel geleistet hast.

Steuerflüchtlinge, die rechtzeitig Griechenland verlassen haben, werden nicht verfolgt und eine CD wird nicht auf dem dunklen Markt angeboten. Verrückte Welt! Dagegen steht der immer mehr zur Kasse gebetene Steuerzahler, der als Spielraum für sein Leben mittlerweile nur noch die Leere seines Portemonnaies fühlt. Ein Fass ohne Boden! Eine innerdeutsche Entwicklung, die Millionen Menschen zugleich entwürdigt und entehrt.

Griechenland ist ein Partner, der langfristig nicht wettbewerbsfähig ist und Kontrollmechanismen auf breiter Front ablehnt. Zugeständnisse finden meist nur auf dem Rücken der griechischen Bürger statt. Und in Deutschland? Diener der Hochfinanz regieren, aber für wen und zu welchem Zweck? Was machen die echten Volksvertreter, wo sind sie? Was erwartet die Bürger in Europa und besonders in Deutschland im „neuen Jahr"?

Udo Heinz Barendt, Alsdorf

Klimakatastrophe fällt aus

Zu: „Mit eigenen Augen" (Nr. 48)

Wetterberichte reichen für fünf Tage mit abnehmender Genauigkeit. Nun erlauben sich Propheten, das Wetter beeinflussen und die angebliche drohende Erderwärmung um zwei Grad verhindern zu können. Die tollsten Wetterpurzelbäume werden dabei vorausgesagt.

Unsere Erde hat seit undenklichen Zeiten ein vielmaliges Auf und Ab des Klimas erlebt (zum Beispiel bei den Eiszeiten). Die Luft enthält 78 Prozent Stickstoff, 21 Prozent Sauerstoff, 0,9 Prozent Edelgase, Stickstoff und Ozon. Alle diese Gase, dazu 70 Prozent Wasserdampf in der Luft, beeinflussen die Sonneneinstrahlung.

Als Hauptfeind zur angeblichen Welterwärmung wird nun das Kohlendioxyd CO_2 verteufelt. CO_2 ist mit 0,03 Prozent in der Luft enthalten. Wie soll diese winzige Menge für die Welterwärmung verantwortlich sein? Eine reine Utopie! Gäbe es kein CO_2, gäbe es keine Assimilation, kein Chlorophyll, kein Blattgrün, keine Pflanzen und somit kein tierisches und menschliches Leben. Allein der Sonne verdanken wir unser Klima, unser Wetter und damit unser Leben.

Reinhard Gierse, Herzebrock-Clarholz

Absurde Politik

Zu: „Mit der Energiewende in den Atom-Gau" (Nr. 46)

Die Konzeption der Stromnetze ist älter. Damals wurde großer Wert darauf gelegt, die Übertragungsverluste zu minimieren. Heute – bei viel teurerem Strom – scheint jedoch die Maximierung dieser Verluste das Ziel zu sein. Der von der Politik als Zahlmeister auserkorene kleine Mann soll ruhig alles bezahlen – auch wenn er gar nicht mehr kann und deshalb Sozialhilfe braucht! Eine absurdere Politik ist kaum noch vorstellbar.

Otto Wildgruber, Dormitz

Karl der Befreier

Zu: „Besatzer und Befreier" (Nr. 44)

Eine kleine Anmerkung zu Generalleutnant Karl Karlowitsch Graf Sievers (1772–1856): Er war Teilnehmer der russischen Waffengänge von 1807 in Preußisch-Eylau und Friedland gegen Napoleon. 1812 kommandierte er in der Armee „Bagration" das 4. Kavalleriekorps. Sein Porträt befindet sich übrigens in der 333 Gemälde umfassenden Militärgalerie des ehemaligen Kaiserlichen Winterpalastes (Eremitage) in St. Petersburg.

Vincenz Oertle, Gais/Schweiz

Wisent mutierte zum Auerochs

Zu: „Geburtstag in traurigem Zustand" (Nr. 46)

Der deutsche Bildhauer August Gaul, der diese beeindruckend naturnahe Skulptur der beiden kämpfenden Stiere schuf und dem wir vermutlich auch die Bezeichnung „Kämpfende Auerochsen" verdanken, hat sich zum Vorbild seiner Arbeit allerdings nicht den Auerochsen, sondern den Wisent gewählt. „Kämpfende Wisentstiere" wäre also zoologisch passender. Der Auerochse oder Ur und der Wisent hatten in Osteuropa ihre letzten Rückzugsgebiete. Interessante Informationen zum Schicksal der beiden eindrucksvollen Spezies finden sich in dem Buch „Wildbahn und Jagd Altpreußens" von Friedrich Mager (1885–1974). August Gaul kann man es aber zugutehalten, dass auch der Wisent im deutschsprachigen Osteuropa gelegentlich, aber irrtümlich als Auer oder Auerochs tituliert wurde.

Horst Mauer, Hofheim am Taunus

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 50 – 15. Dezember 2012

Zunehmender Grenzverkehr

Allenstein/Königsberg – Der Verkehr an der innerostpreußischen Grenze zwischen dem polnischen und dem russischen Teil hat Rekordniveau erreicht. An Werktagen überschreiten etwa 15000 und an Wochenenden sogar 20000 Personen diese Staatsgrenze. Vor einem Jahr hat die Zahl der täglichen Grenzwechsel noch bei 8000, im Jahre 2010 gar nur bei höchstens 4000 gelegen. Und Oberst Jaroslaw Kowalkowski, der Kommandeur der Ermländisch-Masurischen Abteilung der Grenzpolizei schätzt, dass der Grenzverkehr zukünftig noch weiter zunehmen wird. Viele dieser



Bild: Archiv

Oberst Jaroslaw Kowalkowski

Grenzübertritte sind ein Resultat der Preisunterschiede zwischen Polen und Russland. Viele seiner Landsleute, so Oberst Kowalkowski, führen wegen des billigeren Benzins in die Russische Föderation, während umgekehrt die Russen vor allem wegen der besseren, billigeren und attraktiven Lebensmittelartikel in sein Land kämen. Gefördert wird diese Entwicklung durch den diesen Sommer zwischen Russland und Polen eingerichteten Kleinen Grenzverkehr, in dessen Genuss ein Teil der Bewohner des südlichen Ostpreußen und die Bevölkerung des Königsberger Gebietes kommt. *PAZ*

Rüge für Königsberger Denkmalschutz

Staatsanwaltschaft deckt Nachlässigkeit der Behörde auf – Zuständigkeit für Kant-Grab soll geregelt werden

Obwohl sich in den vergangenen Jahren im Königsberger Gebiet immer mehr Menschen für den Erhalt des kulturellen Erbes stark gemacht haben, wurden zahlreiche deutsche Denkmäler arg vernachlässigt, ihnen droht der Verfall. Dies zu verhindern, bemühen sich in letzter Zeit nun auch Behörden. Die Staatsanwaltschaft hat aufgedeckt, dass die Eigentumsverhältnisse am Kann-Grab seit über 20 Jahren ungeklärt sind und dass bei der Denkmalschutzbehörde geschlampt wurde.

Das Grab des großen Philosophen Immanuel Kant ist eine der Sehenswürdigkeiten Königsbergs. Für jeden Besucher der Pregelmetropole ist eine Besichtigung obligatorisch.

Beamte reden sich heraus

Wie verwundert wären die Touristen wohl, wenn sie wüssten, dass das Denkmal niemandem gehört. Wie viele andere Denkmäler und Monumente im Königsberger Gebiet auch, die aufgrund ungeklärter Eigentumsverhältnisse eine komplizierte Gegenwart und eine ungewisse Zukunft haben.

Nun reiht sich auch das Grab Kants in die Reihe der vernachlässigten Denkmäler ein. Dabei gilt das Grab als Objekt des kulturellen Erbes, aber das Eigentumsrecht wurde nie geklärt. Die Staatsanwaltschaft des Gebiets hat nun die Arbeit der regionalen Denkmalschutzbehörde untersucht und dabei eine Vielzahl von Verstößen festgestellt. Dazu gehört auch die Untätigkeit in Bezug auf das Kant-Grab. Bei der Überprüfung der Staatsanwaltschaft stellte sich auch heraus, dass das Eigentumsverhältnis am Grab seit über 20 Jahren ungeklärt ist. Zur Zeit ist es gar nicht im Besitz der Oblast, obwohl es auf der Liste der Objekte des kulturellen Erbes mit föderaler Bedeutung steht.

Dabei verfügte die russische Regierung in Moskau bereits im Dezember 1991, dass die Gebietsregierung sich um die Klärung des Eigentumsrechts kümmern soll. Seine Untätigkeit begründete das zuständige Grundbuchamt der Regionalregierung damit, dass das Grab kein eigenständiges Gebäude sei. Weil das Philosophengrab an den Dom angebaut ist, könne es nicht als eigenständiges Objekt des kulturellen Erbes betrachtet werden. Und die Gebietsregierung habe damals entschieden, nur das Grab, nicht aber den Dom der Stadt zu übergeben. Damit sei eine Überschneidung der Zuständigkeiten schon programmiert gewesen, verteidigten sich die Beamten der Gebietsregierung.



Beliebte Sehenswürdigkeit: Grab des deutschen Philosophen Immanuel Kant Bild: J.T.

Die Staatsanwaltschaft hat darüber hinaus festgestellt, dass die Denkmalschutzbehörde die Überprüfung von Unternehmen, die mit der Bewirtschaftung von Architekturdenkmälern beauftragt sind, vernachlässigt hat. Zu den formalen Fehlern gehört zum Beispiel, dass die Überprüfung Firmen überlassen werde, die gar nicht gemeldet sind.

Neben dem stellvertretenden Leiter der Denkmalschutzbehörde wurden zwei weitere staatliche Inspektoren mit Disziplinarmaßnahmen wegen der Missachtung der Gesetze zur Verantwortung gezogen. Das Wichtigste ist jedoch, dass nun das Grundbuchamt des Königsberger Gebiets beantragt hat, eine Inventarisierung aller Denkmäler vorzunehmen und das Kant-Grab ins Kataster aufzunehmen. Bleibt nur zu hoffen, dass das Grab des großen Philosophen Immanuel Kant bald einen sorgsamen Eigentümer erhält.

Jurij Tschenyschew

Kontroverse über den Umgang mit deutschen Spuren

Allensteins lokale Monatszeitschrift »Debata« hatte aus gegebenen Anlass zu einer hochkarätig besetzten Gesprächsrunde gebeten

„Unser oder nicht unser" – unter diesem Motto stand eine von der lokalen Monatszeitschrift „Debata" organisierte Gesprächsrunde in Allenstein. Ein unmittelbarer Auslöser dafür war eine im Allensteiner Rathaus aufgefundene Gedenktafel, die an die im Ersten Weltkrieg gefallenen Rathausbeamten erinnert. Als eine Art Bodenmosaik wurde sie dort 1935 im Haupttreppenhaus dieses Gebäudes angebracht. Nach Kriegsende wurde sie, wie die Verzierung des Russen-Erkers, nicht entfernt, sondern vorläufig mit einem schlichten Fußbodenbelag zugedeckt. Neulich wurde die Tafel für eine kurze Zeit freigelegt, so dass ihr Bestehen vielleicht zum ersten Mal in aller Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen werden konnte. Dabei entstand eine Kontroverse darum, ob man sie renovieren oder schnellstens beseitigen soll. In einer diesbezüglichen Zeitungsumfrage plädierten die meisten Stadtbewohner dafür, dass die deutschsprachige Platte, ein Teilstück des deutschen Allenstein, restauriert und keinesfalls aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt werden darf.

Aktueller Auslöser der Diskussion ist ein wiederentdecktes Mosaik von 1935

Diese neue Verfahrensweise würde einer langjährigen undurchdachten Politik gegenüber dem deutschen Nachlass, als man völlig willkürlich die alteingesessenen Ortsnamen verändert hatte, widersprechen. Hierfür stehen ja unzählige Beispiele wie das von Johannisburg, Lötzen, Rastenburg oder Wartenburg. Diesen Städten wurden einst ganz unpassende Namen oktroyiert, obwohl sie eine klangmäßig ähnliche Entsprechung im Polnischen besaßen. Die Willkür jener Beamten veranschaulichte in einwandfreiem Deutsch die unter den Gästen anwesende gebürtige Schönfelderin Maria Anielska. Ihr Geburtsort bekam, im Unterschied zu den umliegenden Dörfern Deuthen, Schönbrück und Dietrichswalde, damals einen ortsfremden und traditionswidrigen Namen: Unieszewo.

Die Hauptteilnehmer einer gut angelaufenen Podiumsdiskussion waren: Bohdan Bachmura, Rafał Betkowski, Henryk Falkowski und Adam Kowalczyk von der Redaktion der „Debata" sowie Edward Cyfus und Jan Chłosta. Sie alle gelten gemeinhin als unbestritten verdiente und zugleich gediegene Kenner der (ost-)preußischen, beziehungsweise masurischen oder ermländischen Regionalgeschichte und Kultur. In einem bislang in Allenstein seltenen Einvernehmen betonten sie die Bedeutsamkeit des deutschen Kulturguts für die heute erneut entbrannte Auseinandersetzung um die Frage nach einer nationalen, gegebenenfalls regionalen, Identität. Das Zeitalter eines totalen Verwerfens jeder deutschen Spur rund um Allenstein sei glücklicherweise schon längst passé.

Das bedeutet allerdings noch lange nicht, dass eine Nachvollziehung des Vergangenen völlig reibungslos verläuft. Ein lehrreiches Beispiel für diese schwierige Vergangenheitsbewältigung lieferte unlängst der vor etlichen Jahrzehnten auf eine staatliche Anordnung hin tief vergrabene Bismarck-Stein in Eichmedien unweit Sensburg. Dessen plötzliches Auftauchen löste heftige Kritik aus. Ein Versuch, ihn auf seinem früheren Platz aufzustellen, scheiterte vollends an dem Unbehagen aller Diskussionsteilnehmer, die das Polentum durch dieses Vorhaben gefährdet sehen.

Eine rein polnischorientierte Denkweise bestimme nach wie vor die Aufnahme vieler Tatsachen aus der Geschichte Polens und seiner Anrainerstaaten, so Betkowski. Dies verzerrt das wahre Bild eines Ereignisses und macht eine sachkundige Diskussion darüber unmöglich. Betkowski führte dafür ein sehr prägnantes Beispiel an. Es gebe ortsansässige Historiker und Volkskundler, welche die deutsche Sprache völlig verkannt hätten. Daher benutzen sie in ihrer Forschung ausschließlich die polnischsprachigen Quellen, die oft entweder parteiisch oder einfach unzureichend seien. Chłosta verwies dabei auf eine im kommunistischen Zeitalter oft betriebene Zwangspolitisierung rund um die sogenannten wiedergewonnenen Gebiete.

Die Forderungen der Befürworter einer vollständigen Aneignung des bis 1945 vorherrschenden deutschen Elements stießen bei den Versammelten auf allgemeine Zustimmung. Dies darf aber nicht zu dem Fehlschluss führen, dass die zuständigen Behörden diesen Forderungen künftig widerspruchslos entsprechen würden.

Skepsis, ob die Zeit schon reif ist für eine offene Diskussion

Ein häufig stereotypes Deutschland-Bild, das nicht selten mit Ressentiments behaftet ist, sei in der Republik Polen, somit also auch in Allenstein, nicht vollständig verblasst. Einen Hauch davon hat man auch bei der diesmaligen Diskussionsrunde zu spüren bekommen. So zog Izabela Lewandowska, eine akademisch gebildete Herausgeberin eines in diesem Frühjahr erschienen Lehrbuchs für die Regionalgeschichte das Fazit, es sei noch zu früh, ehrlich und unvoreingenommen über die gemeinsame, deutsch-polnische Vergangenheit und deren ständige Präsenz in der Öffentlichkeit zu reden.

Die Übrigen äußerten jedoch einen hoffnungsvolleren Standpunkt. Sie unterstrichen die unumgängliche Notwendigkeit einer Akzeptanz für die vorgefundenen, mitunter überraschenden und oft Aufsehen erregenden Zeugen der deutschen Vergangenheit. Sie lasse sich nicht ausradieren und solle sinnvoll ins Bewusstsein der heutigen Stadtbewohner mit integriert werden. Dies sei eine Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in Europa. Diese Forderung formulierte Kowalczyk in seinem persönlichen Bekenntnis, er selbst halte sich für einen Polen, Ermländer, Preußen und Ostpreußen zugleich. Dies ermögliche ihm ferner, eine andersartige Sonderstellung im ganzen Land einzunehmen.

Zu den weniger optimistischen Statements der Anwesenden passte ein von Chłosta angeführtes Memento, auf das sich viele Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Auseinandersetzung mit den Polen berufen: „Ihr habt das Ermland und Masuren und wir haben die Ermländer und Masuren."

Grzegorz Supady



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

das Jahr neigt sich so langsam seinem Ende zu, und es ist Zeit, Spätlese zu halten. Es hat sich so allerhand in unserem Familienkrepsch angesammelt, was bisher noch nicht zur Veröffentlichung kam, Suchwünsche nach Personen haben nun einmal Vorrang. Auch heute müssen wir mit einer Suchbitte beginnen, denn die möchte ich nicht auf die lange Bank schieben, weil Herr **Günther Büttner** aus Güstrow fast alle Möglichkeiten zu einer Klärung der bisher ungelösten Frage genutzt hat. Eben fast – denn jetzt sind wir dran, und können nur mit ihm hoffen, dass sich irgendwelche Hinweise auf das Schicksal seines vermissten Bruders ergeben. Es handelt sich um **Bruno** Büttner, *5. April 1930 in Barten, Kreis Rastenburg. Bis Oktober 1944 lebte der Oberschüler in Jorken, Kreis Angerburg. Dann begann die Flucht der kinderreichen Familie Büttner mit einem Pferdewagen über Barten und weiter bis kurz vor Landsberg, wo die Flüchtlinge im Gutshaus Weskeim von der Roten Armee eingeholt wurden. Die Familie wurde auseinander gerissen: Bruno wurde zusammen mit dem Vater und dessen Bruder **Fritz** von den russischen Soldaten abgeführt, die Mutter und acht Kinder kehrten nach Jorken zurück. Vater Büttner wurde bereits 1946 aus russischer Gefangenschaft entlassen, Mutter und Kinder durften erst Anfang 1947 in die damalige sowjetische Besatzungszone ausreisen. 1948 wurde Frau Büttner in die Russische Kommandantur in Güstrow beordert und dort zum Verbleib ihres Sohnes Bruno befragt, aber sie konnte keine Angaben machen. Einige Hinweise auf die erste Zeit nach der Verschleppung von Bruno gab dann ein Mitgefangener, **Walter Tiedemann**, dem es im März 1948 gelang, aus dem Lager Traussen zu fliehen. Bis dahin lässt sich das Schicksal des Vermissten verfolgen. Bruno Büttner war zuerst in das Sammellager Preußisch Eylau gekommen, in dem sich etwa 12000 Menschen befanden. Von dort aus wurden sie später in das Dorf Traussen im Kreis Gerdauen gebracht. Es handelte sich um eine Kolchose, in der jeweils rund 300 Männer und Frauen zusammengepfercht waren. Bruno musste dort im Wald arbeiten. Ab 1948 wurde die Lage etwas besser, als die Unterbringung der Gefangenen in kleinen Häusern mit je fünf bis acht Personen erfolgte, die sich selbst versorgen mussten. Im März 1948 gelang dann Walter Tiedemann die Flucht aus dem Lager. Auch Bruno hatte einen Fluchtversuch unternommen, er wurde aber von den russischen Bewachern dabei entdeckt und dafür schwer bestraft. Walter Tiedemann, der heute in Hagen/Westfalen lebt, konnte leider nicht aussagen, wie lange das Lager Traussen noch bestand. Es soll einer anderen Information zu Folge im Herbst 1948 zusammen mit den anderen Lagern aufgelöst worden sein. Ob Bruno Büttner noch bis zu diesem Zeitpunkt in Traussen war, konnte bisher nicht geklärt werden, auch nicht, wohin er nach der Auflösung kam. Die Familie hat somit keine Hinweise auf den weiteren Verbleib des Vermissten. So setzt Günther Büttner alle Hoffnung auf unsere Leserschaft, vor allem auf ehemalige Mitgefangene aus dem Lager Traussen. Schon einige Angaben, wohin die noch bis Herbst 1948 in dem Lager verbliebenen und noch nicht entlassenen Gefangenen gebracht wurden, könnten weiter führen. Bruno Büttner war bei der Lagerauflösung 18 Jahre alt. Wenn er in Traussen mit etwa Gleichaltrigen Kontakt hatte, ist es auch möglich, dass sich jemand von diesen damals jungen Mitgefangenen an Bruno Büttner erinnert. Wir hoffen jedenfalls für seinen Bruder, dass die lange Suche doch noch zum Erfolg führt. (Günther Büttner, Pustekowstrasse 29 in 18273 Güstrow, Telefon 03843/334053.)



Der vereiste Cranzer Seesteg Bild: Archiv

Einen lieben Adventsgruß sandte mir ein alter, treuer Leser, Herr **Gerhard Thal** aus Ulm. Vor langer Zeit erschien im damaligen *Ostpreußenblatt* sein Suchwunsch nach Familienangehörigen, leider blieb er unerfüllt. Ob wir ihn noch einmal wiederholen könnten? Das wollen wir heute tun und hoffen, dass sich vielleicht jetzt ein Hinweis ergibt. Herr Thal sucht Nachkommen seines Großvaters **Gustav Siebert** aus Königsberg. Die Großeltern wohnten am Beydritter Weg 5-7, nur einige Häuser entfernt in Nr. 9 wohnte Sohn **Walter** mit seinem 1928/29 geborenen Sohn **Günter**, der nach der Vertreibung ab 1948 etwa zehn Jahre lang in der DDR bei der Volkspolizei war. Im Haus der Großeltern wohnte auch ein weiterer Onkel von Herrn Thal, **Erich** Siebert, der im Krieg gefallen ist. Mit Sicherheit gibt es Nachkommen der Genannten aus der mütterlichen Linie von Gerhard Thal – seine Mutter **Charlotte** ist eine geborene Siebert, von denen einige in der ehemaligen DDR leben dürften. Vielleicht meldet sich jetzt jemand aus dieser Königsberger Familie bei Herrn Thal, der sehr an seiner Vaterstadt hängt, wo er vor 81 Jahren am Fischmarkt – in dem Haus Holzstraße Nr. 5, in dem sich das Gasthaus Pflug befand – geboren wurde. 16-mal ist er schon nach der Vertreibung dort gewesen, im nächsten Jahr möchte er noch einmal hin, „um Heimatboden betreten zu können, den Heimathimmel über sich zu haben und in Gedanken am Ort die alten Straßen zu gehen“. (Gerhard Thal, Stifterweg 38 in 89075 Ulm, Telefon 0731/9508330.)

Das Hauptthema unserer Kolumne „Familiengeschichte“ könnte fast jede Ausgabe füllen – auch diese, und sie tut es. Unser aufmerksamer Leser **Uwe Lapsien** aus Beelitz wurde stutzig, als er in Folge 27 den Bericht von der Kirchenruine Lappienen/Rauterskirch las. Den alten Ortsnamen brachte er sofort mit seinem Familiennamen in Verbindung, über den er schon seit längerer Zeit forschte. Vor einigen Jahren besuchte er den Sohn eines samländischen Gutsbesitzers, bei dem sein Vater in Dienst gestanden hatte. Die für Herrn Lapsien sehr informative Unterhaltung über das Leben auf einem ostpreußischen Rittergut intensivierte sich noch in späteren Telefongesprächen. Dabei erzählte ihm sein Gesprächspartner, dass er auf einer alten ostpreußischen Landkarte ein Vorwerk mit dem Namen „Lapsienenhof“ gefunden habe. Jedoch wusste er nicht mehr genau, wo es gelegen habe. Auf jeden Fall im nördlichen Ostpreußen, vermutlich in der Elchniederung oder im Memelland. Nun meint Herr Lapsien, dieses Vorwerk könnte in der Nähe von Lappienen gelegen haben und wandte sich deshalb an uns. Ich konnte in meinen Güterverzeichnissen allerdings kein Vorwerk „Lapsienenhof“ finden. Wenn es überhaupt existiert hat, dürfte es schon vor längerer Zeit den Namen gewechselt haben. Sein Informant sprach ja auch von einer „alten“ ostpreußischen Landkarte. Es gibt mehrere Ortsnamen im nördlichen Ostpreußen mit „Laps“, was nicht verwunderlich ist, denn die Bezeichnung geht auf das prussische Wort „lape“ für Fuchs zurück. Soweit kann ich zur Klärung von Herrn Lapsiens Familiennamen beitragen. Die Frage, ob es früher ein Vorwerk „Lapsienenhof“ gegeben hat, muss ich allerdings an unsere Leserschaft weitergeben. (Uwe Lapsien, Trebbiner Straße 46 in 14547 Beelitz, OT Zauchwitz, Telefon 033204/63690, Fax 033204/63699.)

Wer allerdings mit Familiennamen „Fuchs“ heißt und aus Ostpreußen stammt, könnte bei seiner Familienforschung auf eine ganz andere Namensquelle stoßen, nämlich auf die französische Bezeichnung „Renard“ für den Meister Reinecke. Diese Auslegung kann ich einem Schreiben von Herrn **Herbert Skroblin** aus Wächtersbach entnehmen, der sich vor allem zu der Herkunft des Familiennamens „Schawaller“ äußerte. Nach meinen Unterlagen sollte dieser früher „Chevalier“ gelautet haben und hugenottischen Ursprungs sein. Weder noch – sagt Herr Skroblin und beweist es. Um 1712 wanderte ein Schawalder aus dem St. Galler Rheintal in die Gumbinner Gegend ein. Später wurde daraus Schawaller, und alle heutigen Namensträger sind Abkömmlinge dieses Siedlers. Zu ihnen gehört auch Herr **Hans-Peter Schawaller** aus Müllrose, auf den sich Herr Skroblin bezieht. Dieser hat mit viel Fleiß die Familiengeschichte der Schawallers erforscht und ist in Schweizer Archiven fündig geworden. Er konnte ihren Ursprung bis in das Jahr 1566 zurückverfolgen und auch zur Klärung des Namens beitragen: Er lautete ursprünglich Schonwalder nach dem Wald, der wegen Lawinengefahr „geschont“, also gepflegt wurde. Aber was haben die Schawallers mit dem Familiennamen Fuchs zu tun? Es geht um die vermeintliche Abstammung von den Hugenotten. Da mir schon öfters ähnliche Fragen gestellt wurden, bringe ich hier die kurze, aber sehr informative Stellungnahme von Herrn Skroblin zu diesem Thema: „Die Hugenotten kamen nach 1685 ins Land, also noch vor der Pest. Von ihnen wurden wenige in Altpreußen angesiedelt, sie waren zumeist nicht bäuerlicher Herkunft. Die meisten Zuwanderer mit französischem Namen wanderten ab 1710 aus der französischen Schweiz ein und siedelten in dem von der Pest ‚wüst‘ gewordenen Land. Begünstigt wurde diese Siedlerwelle noch dadurch, dass die Bewohner von Neuchatel nach dem Tod ihres Fürsten 1707 den preußischen König als neuen Landesherren gewählt hatten. Der König holte sie gerne nach Preußen, denn von ihnen erhoffte er sich auch Verbesserungen in der Milchwirtschaft und im Obstbau. Die preußischen Beamten und Geistlichen beherrschten selten die französische Sprache, viele Familien ließen ihre Namen deshalb eindeutschen. Zu ihnen gehörten die Chevaliers, die sich sogleich Ritter nannten, oder auch Renard, die sich in Fuchs oder Voss umtauften. Wie man sieht, ist die Herkunft ostpreußischer Namen oft nicht leicht zu rekonstruieren!“ Und wird uns noch lange und immer wieder beschäftigen! Gut, dass wir dann Mithelfer wie Herbert Skroblin haben, der sich ja mit vielen Themen beschäftigt – siehe unseren Extra-Beitrag.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Und wieder werden unsere Leserinnen und Leser aufgefordert, ihre Erlebnisse und Erinnerungen für eine wissenschaftliche Arbeit zu dokumentieren. Es handelt sich um eine medizin-historische Doktorarbeit an der Berliner Charite zur Geschichte der Lungentuberkulose – Heilstätten in Nord- und Ostdeutschland zwischen 1856 und 1945. Herr **Andreas Jüttemann** aus Berlin, der derzeit an seiner Doktorarbeit schreibt, sucht nun Menschen aus unserer Heimat, die Bezug zu ostpreußischen Heilstätten haben. Wir haben ja bereits nach Patienten und Mitarbeitern der Heilstätte Lochstädt gesucht und sehr guten Erfolg gehabt. So kann ich Herrn Jüttemann schon einmal das Material, das ich bekommen habe, zur Verfügung stellen. Meine Hoffnung, dass sich auch für die weiteren, von ihm namentlich gesuchten Heilstätten Informanten finden, ist also durchaus berechtigt. Es handelt sich um die Heilstätten Hohenstein, Allenstein-Frauenwohl, Rossitten, Tilsit-Stadtheide und Bromberg-Marienthal, über die Belege und Unterlagen gesucht werden wie Ansichtskarten, Briefe, Bücher und Erinnerungen von Mitarbeitern und ehemaligen Kurpatienten. Herr Jüttemann ist über seine Doktorarbeit hinaus sehr an Ostpreußen interessiert. So erarbeitet er einen Architekturführer über das Berliner Ostpreußenviertel mit alten Ansichten ostpreußischer Städte. Ein interessantes Projekt, auf das wir noch zurückkommen werden. (Andreas Jüttemann, Schloßstraße 12 in 14059 Berlin, Telefon/Fax 030/80403390, http://andreas.juettemann.org)

Ansichtskarten: Ich bekam zwei wunderschöne alte Aufnahmen von Cranz mit der herrlichen Brandung zugesandt, herzlichen Dank dafür. Anlass für die Übersendung war die von mir in Folge 45 erwähnte Prospekt-Mappe, die Herr **Görlitz** für mich angefertigt hatte. Die darin enthaltene Panoramakarte hat Frau **Ingeborg Winkler** aus Meppen veranlasst, um eine Kopie zu bitten, da sie hofft, auf ihr das „Hotel Königsberg“ und das „Hotel Elch“ zu finden, beide Häuser gehörten ihrem Vater. Für unsere heutige Ausgabe habe ich aber eine andere Aufnahme aus dem Prospekt gewählt, die aufzeigt, wie ein echter ostpreußischer Winter war: Es ist der vereiste Cranzer Seesteg!

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Klotzkorken, Schlorren und Parezkes

Entdeckung einer »Klumpenbank« weckt Erinnerungen

In einem hessischen Kurort musste ein Café schließen. Bestecke, Gläser und Geschirr fanden bald Abnehmer, aber zum Schluss blieb ein seltsames Gebilde übrig, mit dem niemand etwas anzufangen wusste. Bis unser Landsmann **Herbert Skroblin**, der sofort erkannte, dass es sich um das Modell eines Arbeitsgerätes handelte, einer Art Schneidebank im Kleinformat. Was auf solch einer Werkbank gefertigt wird, zeigte der kleine Gegenstand auf dem Sitzbrett: ein Holzschuh. Nur nannte ihn unser Landsmann sofort so, wie er bei uns tohuus bezeichnet wurde: Klumpen! Herr Skroblin fotografierte das Modell für unsere Ostpreußische Familie und übersandte uns die Aufnahme mit einigen Erklärungen und anschließenden Fragen. Machen wir daraus gleich eine kleine Geschichte über die unterschiedlichen Fußbekleidungen, die in Ostpreußen ihre besonderen Namen hatten und in vielen Redensarten bis heute überliefert werden. Die holländischen Siedler hatten die Holzklumpen einst nach Altpreußen mitgebracht und dort wurden sie bald zur nützlichen Fußbekleidung außerhalb des Hauses. Nur zum sonntäglichen Kirchgang wurden in früheren Zeiten Lederschuhe getragen, sie waren teuer und mussten geschont werden. Ansonsten schlüpfte man in die Klotzkorken, wie die Holzschuhe genannt wurden. Oder „Klompe“ oder „Holzschlorren“, in manchen Gegenden hießen sie auch „Klötz“. Unter „Schlorren“ verstand man ausgelatschte Holzschuhe, die nicht gerade zu einem graziösen Gang verhalfen. So gab es dann oft die mütterliche Mahnung für ihre kleinen Trampel: „Schlarr' nich so mit de Schlorre!“ Erwachsene männliche Klotzkorkenträger bekamen, wenn sie in den Krug wollten, den Ratschlag mit auf den Weg, „sich nicht die Schlorren voll zu schöppen“, also sich nicht zu viele Tulpchen Bier und Klare zu genehmigen. Wenn es doch geschah und der Heimkehrende seine Rechtfertigung nur schwer verständlich vorbrachte, stellte man fest, „dass ihm die Zung wie auf Schlorre ging!“ Und im plattdeutschen Lied vom „Fischerstand“ heißt es: „Komm' Se mal mit inne Bütt, und schöppe Sie sich doll de Schlorre einmal voll ...“ Auch im ostpreußischen Brauchtum spielten die Schlorren eine Rolle. Am Silvesterabend wurde mit dem „Schlorreschmieте“ orakelt, was das neue Jahr für den Betreffenden bringen würde. Man saß im Kreis um den Fußboden, dann warf einer nach dem anderen einen Schlorr über die Schulter. Wies der mit der Spitze zur Tür, verließ der Werfende bald das Haus, zeigte sie nach innen, blieb er noch das Jahr über daheim. Nur quer zur Türe durfte der Schlorr nicht liegen – das bedeutete Unheil oder Krankheit. So konnte der Schlorr auch einen Unbeteiligten treffen, wenn der gerade ahnungslos zur Tür hereinkam und ihn an den Kopf bekam!



Modell der Schneidebank für Klumpen H. Skroblin

Immerhin waren Schlorren schon etwas Edleres als „Parezkes“, wie man die abgeschnittenen Strumpffüßlinge nannte, die im Haus getragen wurden. Auch da gab es eine Redensart: „Wenn utem Parezke e Schlorr ward“ bedeutete, dass ein Emporkömmling hochnäsig geworden war. Die Fußbekleidung im Haus bestand aus Filzpantoffeln – Pantinen oder Pampuschen genannt – und im Winter aus Hausschuhen, meist aus Kamelhaar, für die auch die Bezeichnung „Wuschen“ üblich war. Aber diese vielen, für den Nichtostpreußen verwirrenden Bezeichnungen konnten auch untereinander ausgetauscht werden, verstanden wurden sie immer.

Doch nun zu der Entdeckung von Herrn Skroblin, der die Funktion dieser Schneidebank so erklärt: „Dort, wo auf dem Foto der Klumpen steht, sitzt ein Holzarbeiter, meist ein Klumpenmacher, hat auf der Fläche vor sich ein Holz liegen und klemmt es mit der senkrechten Vorrichtung fest, indem er sie unten mit den Füßen andrückt. Dann kann er das Schneidemesser – Zugmesser mit zwei Griffen – ansetzen, und schon fallen die Späne.“ Das gute Stück erinnert Herbert Skroblin an ein plattdeutsches Gedicht aus dem Memelland: „Klompenmoaker wär mien Voader, on sein Voader wär et ook. Datselwe wär min Urgrotvoader on mien Jung, die ward et ook. Dreeget, godet Wiederholt on e Schettelke voll Schmolt, Schniedbänk, Messer, Soag on Boar, böske Brannwien, stark on kloar, Stöckke Speck on schwartet Brot – mehr bruuk öck nich, mi geiht et god“! Herr Skroblin würde sich freuen, wenn sich bei ihm alte Ostpreußen melden würden, die noch andere Bezeichnungen kennen für die Schneidebank – etwa „Klemmbank“ – oder das Zugmesser, das mitunter in der Mitte gebogen ist wegen der Rundung des zu bearbeitenden Holzstückes. (Herbert Skroblin, Mittelweg 2/4 in 63607 Wächtersbach, Telefon 06053/601443.) *R.G.*



ZUM 105. GEBURTSTAG

Baltrusch, Therese, geb. **Kenzler**, aus Königsberg-Ponath, Brandenburger Straße 43, am 20. Dezember

ZUM 102. GEBURTSTAG

Bednarz, Frieda, geb. **Seller**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 17. Dezember

ZUM 101. GEBURTSTAG

Greszik, Helene, aus Lötzen, am 23. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Eggert, Albert, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 20. Dezember
Hillgruber, Erika, geb. **Lorenz**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bender, Fritz, aus Ebenrode, am 17. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hartel, Helene, geb. **Kutz**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 21. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Laskowitzki, Frieda, geb. **Wischnewski**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 20. Dezember
Neumann, Edith, aus Königsberg, am 16. Dezember
Zaborowski, Hildegard von, aus Memel, am 16. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Thomsen, Ursula, geb. **Losch**, aus Neidenburg, am 18. Dezember
Wasilewski, Elfriede, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 18. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Eckhardt, Frieda-Anna, geb. **Pawlowski**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 19. Dezember
Hepke, Gertrud, geb. **Schmidt**, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode und aus Moneten, Kreis Treuburg, am 20. Dezember
Massar, Liesbeth, geb. **Poschmann**, aus Heiligenbeil, Rosenberger Landstr. 5, am 19. Dezember
Naporra, Otto, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Nikolai, Waltraud, geb. **Moldehn**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 17. Dezember
Probst, Elli, geb. **Stoltz**, aus Weißensee, Weißensee Abbau Süd, Kreis Wehlau, am 19. Dezember
Schirrmacher, Erna, geb. **Homp**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 18. Dezember
Wagner, Willi, aus Ebenrode, am 22. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Grisard, Alfred, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 21. Dezember
Horn, Christa, aus Elbing, am 20. Dezember
Magnus, Hildegard, geb. **Moldzio**, aus Lyck, am 19. Dezember
Nobel, Hildegard, geb. **Karpowski**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 22. Dezember
Reiner, Ursula, geb. **Krueger**, aus Lötzen, am 20. Dezember
Schölzel, Elfriede, geb. **Meyer**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 20. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bondzio, Luise, geb. **Bendix**, aus Lyck, am 22. Dezember
Eggert, Gertrud, geb. **Langner**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember
Hoffmann, Christel, geb. **Seesko**, aus Treuburg, am 19. Dezember
Karger, Erna, geb. **Herrmann**, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, am 19. Dezember
Klein, Christel, geb. **Schlisski**, aus Wehlau, Markt, am 18. Dezember
Möhlmann, Frieda, geb. **Radau**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 23. Dezember
Olschewski, Berta, geb. **Moskwa**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 23. Dezember
Paykowski, Friedrich, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 19. Dezember
Rompf, Elfriede, geb. **Wark**, aus Warnien, Kreis Samland, am 22. Dezember
Schnell, Erika, geb. **Zakobielski**, aus Waldbeek, Kreis Neidenburg, am21. Dezember
Schulz, Erna, geb. **Nagat**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 21. Dezember
Sender, Herbert, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brandecker, Wolfgang, aus Tapiau, Altstraße, Kreis Wehlau, am 21. Dezember
Czerlach, Erna, geb. **Kowalewski**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 22. Dezember
Dahlmann, Helga-Maria, aus Marienwerder, am 20. Dezember
Falbe, Ruth, geb. **Hagen**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 18. Dezember
Gisizki, Willi, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 23. Dezember
Hartwig, Martha, geb. **Salz**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Huonker, Elfriede, geb. **Rama**, aus Omulefof, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember
Kattoll, Gerhard, aus Deunen, Kreis Mohrungen, am 18. Dezember
Krause, Helene, geb. **Müller**, aus Tilsit, Kreis Wehlau, am 21. Dezember
Kudszus, Willi, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Dezember
Mühlberg, Gerda, aus Seerappen, Kreis Samland, am 19. Dezember
Nowack, Margarete, geb. **Pilch**, aus Treuburg, am 22. Dezember
Soditt, Waltraut, geb. **Frick**, aus Breitenstein, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. Dezember.
Stegner, Ilse, geb. **Hagenau**, aus Lötzen, am 17. Dezember
Täger, Erika, aus Lötzen, am 22. Dezember
Trzaska, Heinz-Walter, aus Ortelsburg, am 19. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Audehm, Else, aus Alt Katzkeim, Kreis Samland, am 23. Dezember
Baden, Christel, geb. **Derßler**, aus Lyck, am 22. Dezember
Bahr, Ruth, geb. **Hoffmann**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 17. Dezember
Bengestrate, Erika, geb. **Kaesler**, aus Treuburg, am 18. Dezember
Bojahr, Arno, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 21. Dezember
Dorow, Gertrud, geb. **Lappöhn**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 17. Dezember
Christensen, Herta, geb. **Kroll**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 20. Dezember
Gerunde, Werner, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 18. Dezember
Greif, Ida, aus Davidshof, Kreis Ortelsburg, am 22. Dezember
Grigat, Siegfried, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 18. Dezember
Hübner, Ruth, geb. **Rydzewski**, aus Lyck, Danziger Straße 14, am 23. Dezember
Kaspereit, Wilhelmine, geb. **Winden**, aus Wehlau, Oppener Straße, am 18. Dezember
Lamp, Edith, geb. **Pogorzelski**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 17. Dezember
Luthe, Lieselotte, geb. **Knizia**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 22. Dezember
Palmer, Alfred, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 20. Dezember
Penner, Christel, geb. **Witt**, aus Lauknicken, Kreis Samland, am 18. Dezember
Peschen, Irene, geb. **Krause**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 22. Dezember
Pisarek, Alma-Ruth, geb. **Kantner**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 23. Dezember
Rautensperger, Gerda, aus Lukken, Kreis Ebenrode, am 22. Dezember
Schüz, Dietrich, aus Rossitten, Kreis Samland, am 21. Dezember
Schwaak, Hanna, geb. **Kretschmann**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 19. Dezember
Seinwill, Erich, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 22. Dezember
Sohn, Ruth, geb. **Sommer**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 19. Dezember
Soppart, Elisabeth, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Springer, Hildegard, geb. **Lippick**, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 22. Dezember
Willig, Fritz, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 18. Dezember
Wlost, Herbert, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 17. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Barnikol, Erika, geb. **Gollub**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 18. Dezember
Berg, Adelheid, geb. **Bombien**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg,am 18. Dezember
Böttcher, Klaus, aus Königsberg, Unterhaberberg 10, am 20. Dezember
Busch, Manfred, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 17. Dezember
Felgendreh, Rosel, geb. **Moritz**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 22. Dezember
Gimbott, Viktoria, geb. **Nowack**, aus Tapiau, Wasserstraße, Kreis Wehlau, am 23. Dezember
Gotthard, Christel, geb. **Siebert**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 20. Dezember
Kaffka, Karl-Heinz, aus Prostken, Kreis Lyck, am 21. Dezember
Kröhnert, Ingrid, aus Lyck, am 22. Dezember
Krug, Christel, geb. **Freynik**, aus Dietrichdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Dezember
Märtens, Christel, geb. **Köhler**, aus Kumehnen, Kreis Samland, am 19. Dezember
Mossakowski, Ingeborg, geb. **Lumma**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember
Mostolta, Kurt, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 20. Dezember
Ollesch, Alfred, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 17. Dezember
Schmidt, Jutta, geb. **Wessel**, aus Treuburg, am 20. Dezember
Schodruch, Ewald, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 17. Dezember
Schürmann, Ruth, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Severloh, Helen, geb. **Kuhn**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 20. Dezember
Todzio, Otto, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember
Wojtke, Inge, aus Tapiau, Schloßstraße, Kreis Wehlau, am 23. Dezember
Wölk, Christian, aus Germau, Kreis Samland, am 22. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bender, Christel, geb. **Buettler**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 22. Dezember
Borrmann, Hans, aus Heiligenbeil, Richthofen Weg 3, am 18. Dezember
Geschwand, Hans, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 19. Dezember
Grudda, Helga, geb. **Fabik**, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 22. Dezember
Menthe, Gertrud, geb. **Nowak**, aus Kleinruten, Kreis Ortelsburg, am 19. Dezember
Merchel, Christa, geb. **Dembeck**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 23. Dezember
Meyer, Christel, geb. **Kamp**, aus Klein Schirrau, Kreis Wehlau, am 19. Dezember
Nestler, Christel, geb. **Krause**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 21. Dezember
Olschewski, Gerhard, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 17. Dezember
Olschewski, Otto, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 20. Dezember
Preuß, Edith, geb. **Kowaslski**, aus Schönwiese, Kreis Neidenburg, am 21. Dezember
Püstow, Christiane, geb. **Jorzik**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 23. Dezember
Schulz, Siegfried, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 18. Dezember
Stolzenberg, Jürgen, aus Raschen, Kreis Samland, am 17. Dezember



Doerfer, Horst, aus Storchfelde (Gandrinnen), Kreis Insterburg, und Ehefrau Eleonore D., geb. **Frank**, am 20. Dezember

TERMINE DER LO

Jahr 2013

9./10. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
16./17. März: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).
15. bis 17. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont.
19. bis 21. April: Kulturseminar in Bad Pyrmont.
5. bis 12. Mai: Werkwoche im Kopernikushaus in Allenstein.
17. bis 20. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
18. bis 20. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum. Geschlossener Teilnehmerkreis.
25. bis 27. Okrtober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Dittchenbühne

Märchenaufführung zur Weihnachtszeit

Montag, 17. Dezember, 16 Uhr: Wintermärchen. Die kleine Meerjungfrau. Nach Hans Christian Andersen. Regie Vilija Neufeldt. Eintritt Erwachsene 12 Euro, Kinder 6 Euro.
Dienstag, 18. Dezember, 16 Uhr: Wintermärchen. Die kleine Meerjungfrau. Nach Hans Christian Andersen. Regie Vilija Neufeldt. Eintritt Erwachsene 12 Euro, Kinder 6 Euro.
Mittwoch, 19. Dezember, 16 Uhr: Wintermärchen. Die kleine Meerjungfrau. Nach Hans Christian Andersen. Regie Vilija Neufeldt. Eintritt Erwachsene 12 Euro, Kinder 6 Euro.
Donnerstag, 20. Dezember, 16 Uhr: Wintermärchen. Die kleine Meerjungfrau. Nach Hans Christian Andersen. Regie Vilija Neufeldt. Eintritt Erwachsene 12 Euro, Kinder 6 Euro.

Auskünfte erteilt: Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Telefon (04121) 89710, Fax 897130. www.forumbaltikum.de, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 15. Dezember, 17.40 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1954: Marilyn Monroe auf Tournee in Korea.
SONNTAG, 16. Dezember, 8.35 Uhr, Deutschlandfunk: Der von draußen. Über Johannes den Täufer. Von Christina-Maria Bammel, evangelische Kirche.
SONNTAG, 16. Dezember, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 16. Dezember, 17 Uhr, 3sat: 2012 – Geht die Welt unter?
SONNTAG, 16. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Das Ende der Zukunft. Apokalytiker sagen immer wieder das Ende der Welt voraus.
SONNTAG, 16. Dezember, 21.45 Uhr, Phoenix: Der See Genezareth. Dokumentation.
MONTAG, 17. Dezember, 11.50 Uhr, 3sat: Wittenberg – auf Luthers Spuren.
MONTAG, 17. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Muscheln, Münzen, Buchungszeilen. „Geldgeschichte ist Weltgeschichte“.
MONTAG, 17. Dezember, 21.05 Uhr, 3sat: Warschau – der Traum vom neuen Polen.
DIENSTAG, 18. Dezember, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 275 Jahren: Der italienische Geigenbauer Antonio Stradivari gestorben.
DIENSTAG, 18. Dezember, 18 Uhr, Phoenix: Supermacht Preußen.
DIENSTAG, 18. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Countdown zur Katastrophe. Kriegsbeginn 1939.
MITTWOCH, 19. Dezember, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 125 Jahren: Die Deutsche Kolonialgesellschaft wird gegründet.
MITTWOCH, 19. Dezember, 17.30 Uhr, Arte: China ante Portas.
MITTWOCH, 19. Dezember, 22.15 Uhr, RBB: Albert Schweitzer – Ein Leben für Afrika.
DONNERSTAG, 20. Dezember, 18 Uhr, Phoenix: Weihnachten im Böhmerwald.
DONNERSTAG, 20. Dezember, 18.30 Uhr, Phoenix: Damals in Ostpreußen.
DONNERSTAG, 20. Dezember, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Forschung und Gesellschaft. Das Immunsystem der Psyche. Wie entsteht „innere Stärke“?
FREITAG, 21. Dezember, 15 Uhr, Arte: 2012 – Die Prophezeiung der Mayas.
FREITAG, 21. Dezember, 20.15 Uhr, WDR: Dynastien in NRW. Lambertz – Die Printenkönige aus Aachen.
FREITAG, 21. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Versailles – Der Traum eines Königs.
FREITAG, 21. Dezember, 22.05 Uhr, Arte: Kommt die Apokalypse?

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche (komm.), Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.alleinstein-landkreis.de

Hohe Auszeichnung für die Paten in unsrer Heimat – Kürzlich wurden unsere Paten aus Osnabrück und Hagen am Teutoburger Wald durch persönliche Entscheidung des polnischen Staatspräsidenten Bronislaw Komorowski mit der höchsten Ehrung des Staates Polen für Ausländer, dem polnischen Kavalierskreuz, im Schloss zu Allenstein ausgezeichnet, namentlich Landrat a.D. Manfred Hugo und Bürgermeister a.D. Dieter Eickholt sowie Bundestagsabgeordneter Georg Schirmbeck. Die Ehrungen nahmen in Anwesenheit des Allensteiner Landrates Miroslaw Pampuch und des neuen Osnabrücker Landrates Dr. Michael Lübbersmann der stellvertretende Woiwode und der stellvertretende Marschall vor. Der hohen Auszeichnung liegen die langjährigen Verdienste beim Aufbau kommunaler Strukturen und das stete Bemühen um Verständigung der beiden Völker zu Grunde. Das begann mit dem Abschluss des Partnerschaftsvertrages zwischen der Großgemeinde Hagen am Teutoburger Wald und der Stadt Wartenburg [Barczewo] – des ersten Vertrages dieser Art in Polen – und führte nach der Gebietsreform in Polen zum Partnerschaftsvertrag zwischen den Landkreisen Osnabrück und Allenstein [Olsztyn]. Gleichzeitig wurden im Allensteiner Schloss die Partnerschaftsbeauftragten beider Landkreise, die Wartenburger Gymnasiallehrerin Anna Wagner-Rybinska und der Osnabrücker Amtsrat Karl-Heinz Finkemeyer, für ihre nahezu 20-jährige Arbeit um die deutsch-polnische Partnerschaft vom Allensteiner Landrat mit der höchsten Auszeichnung des Landkreises Allenstein, der „Statuette der ermländischen Königin Lyna" (Alle) bedacht. Zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres 2012 erhielt am polnischen Staatssitz in Lansk in der Großgemeinde Stabigotten, ehemals Forsthaus Lanskerofen, Irmgard Vogelsang aus Wallenhorst im Landkreis Osnabrück, einst niedersächsische Landtagsabgeordnete und heute Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft im Osnabrücker Land sowie Ehrenmitglied der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land, für ihre anhaltenden Verdienste um die deutsch-polnische Versöhnung und die mehrjährigen freundschaftlichen Beziehungen zu den Bewohnern des Landkreises Allenstein aus der Hand der Staatsministerin Urzula Paslawska (Warschau) im Beisein des Woiwoden von Ermland und Masuren und des Landrates aus Allenstein das „Goldene Verdienstkreuz der Republik Polen". Seit



1998 ist Irmgard Vogelsang Patin der neu errichteten Grundschule in Reußen. Auf sie geht die seit nunmehr zehn Jahren bestehende Partnerschaft zwischen ihrem Wohnsitz Wallenhorst und Stabigotten [Stawiguda] zurück. – **Schulpartnerschaft Osnabrück und Hohenstein** – Im Beisein der beiden Landräte aus Allenstein und Osnabrück wurde jüngst im altehrwürdigen Schloss zu Hohenstein [Olsztynek] ein Schulpartnerschaftsvertrag zwischen dem Angela-Gymnasium in Osnabrück und dem heutigen Mrongovius-Gymnasium, ehemals Emil-Behring-Aufbaugymnasium, abgeschlossen. Schulleiter des Osnabrücker Gymnasiums ist Oberstudiendirektor Karl Große Kracht, ein Sohn unseres Ehrenmitgliedes Hubert Große Kracht, der 20 Jahre Bürgermeister von Hagen a. T. W. war. – Das **Heimatjahrbuch 2012** ist im Druck und kommt am 15. Dezember des Jahres in einer Auflagenstärke von 7100 zum Versand. Versandleiter ist erstmalig unser Schriftführer Jan Hacia, 44809 Bochum, Verkehrsstraße 7, Telefon (0234) 330518. Rückfragen zum Versand können an ihn gerichtet werden.

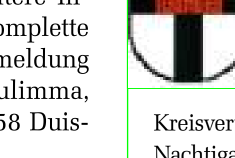
Duisburg – Zehntägige Busreise nach Königsberg vom 16. bis 25. Juli 2013 – Die Fahrt geht von Duisburg, Hauptbahnhof, Westeingang, ab 6 Uhr, Hannover 10 Uhr, Berlin-Schönefeld 14/14.30 Uhr. Dann Richtung Schneidemühl, Hotel Gromada/Rodlo mit Übernachtung. Am Mittwoch, 27. Juli geht es weiter über Schlochau, Marienburg mit Fotostopp über Braunsberg an die polnisch-russische Grenze. Weiter geht es nach Königsberg, Hotel Kaliningrad. Tagesfahrten ab 18. bis 23. Juli nach Waldau mit Folklore, Arnau, Heiligenwalde. Am 19. Juli nach Labiau, Tilsit, Breitenstein Museum, Insterburg, Tapiau. Am 20. Juli nach Gumbinnen zur Rominter Heide und zurück über Angerapp, Insterburg, Königsberg. 21. Juli: Tag zur freien Verfügung. 22. Juli: Palmnicken, Rauschen, Neukuhren. 23. Juli: Kurische Nehrung mit zwei Stunden Möglichkeit zum Baden, Vogelwarte und Dünen. 24. Juli: Rückreise über Kolberg nach Stettin, Hotel Panorama. 25. Juli: Rückreise auf der Strecke der Hinreise. Weitere Informationen und das komplette Programm sowie die Anmeldung erhältlich bei Willi Skulimma, Aaakerfährstraße 59, 47058 Duisburg.

LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Hohe Auszeichnung für Reinhard Donder – Bezirksvertreter Reinhard Donder erhielt aus der Hand des Woiwodschafts-Marschalls Jacek Protas das Ehrenzeichen für Verdienste um Ermland und Masuren. Reinhard Donder, der auch Omnibus-Reisen in den Kreis Lyck organisiert, hat sich unter anderem um den Friedhof seines Heimatdorfes Kalkofen verdient gemacht. Der 2500 Quadratmeter große Friedhof ist beispielhaft renoviert und mittlerweile unter Denkmalschutz gestellt worden. Die Verleihung des Ehrenzeichens erfolgte in würdiger Form im Beisein hoher Persönlichkeiten im Kopernikus-Saal des Allensteiner Schlosses. Reinhard Donder hielt eine kurze Dankesrede auf Deutsch, die übersetzt wurde. Es ist selten, dass Deutsche bei einer derartigen Veranstaltung Reden halten. Eine solche Auszeichnung war auch für unseren Gräber-Beauftragten Gotthilf Willutzki vorgesehen, der sie nicht erleben durfte. Gotthilf Willutzki verstarb am 5. Oktober.

Ein Wochenende in Göttingen. Das alljährlich stattfindende Herbsttreffen der Mittleren Generation fand in diesem Jahr vom 26. bis 28. Oktober mit 32 Teilnehmern im niedersächsischen Göttingen statt. Das Programm begann am Freitagabend mit der Begrüßung, einem gemeinsamen Abendessen und viel Zeit zum Kennenlernen. Dabei wurde die neugewählte Vorsitzende, Heidi Mader, von allen Anwesenden in ihrem Amt bestätigt. Am Sonnabend stand ein Bus bereit, der uns den ganzen Tage begleitete, zuerst absolvierten wir eine Besichtigung des Grenzdurchgangslagers Friedland. Nach den sehr informativen Erklärungen stärkte sich die Gruppe mit einer Erbsensuppe, um danach das 1966 eingeweihte Heimkehrer-Denkmal auf einer Anhöhe nahe dem Ort zu besuchen. Der Ort Friedland wurde 1946 als zentrale Anlaufstelle zur Regulierung der Flüchtlingsströme im drei Zonen-Bereich (amerikanische, britische und russische) gewählt. Weiter führte uns der Weg durch die nordthüringische Landschaft zum Grenzlandmuseum Teistungen bei Duderstadt. Ein Teil der Gruppe stillte ihren Bildungshunger im sehr interessant gestalteten Museum. Ein anderer Teil wanderte am alten Grenzverlauf zu einem Aussichtsturm, vom dem man mit einem beeindruckenden Ausblick auf die nahen ehemaligen Grenzanlagen und die Umgebung, bis hin zum Harz, belohnt wurde. Wieder in Göttingen angekommen, schloss sich ein kleiner, geführter Stadtrundgang an, der mit der Einkehr in den Ratskeller Bullerjahn endete. Der Sonntagvormittag diente zu Gesprächen, Diskussionen und einem Referat von Herrn Dr. Eisfeld zum Thema: „Göttinger Arbeitskreis" (Entstehung, Aufgaben früher und heute, Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, Zukunftsorientierung). Mittags beendeten wir das gut gelungene Tagungswochenende und verabschiedeten uns zufrieden mit den vielen gesammelten neuen Eindrücken.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Der **Weihnachtsheimatbrief 2012** ist inzwischen fertiggestellt und zum Versand gebracht worden. Er ist wieder sehr umfangreich und enthält neben interessanten Themen auch einen Bericht über unser diesjähriges Heimattreffen am 9. September im bayerischen Ellingen. Wer den Heimatbrief noch nicht erhält, ihn aber haben möchte, teile seine Anschrift dem Schriftleiter Jürgen Kowalek, Bromberger Straße 26, 28816 Stuhr, mit. Er bekommt dann umgehend ein Exemplar zugesandt. Eine bedeutende Anzahl der Pfingstausgabe konnte leider auch diesmal nicht zugestellt werden, weil sich die Anschriften der Bezieher geändert haben. Alle Landsleute werden deshalb dringend gebeten, Adressänderungen und sonstige Personenstandsmeldungen dem Verwalter unserer Mitgliederdatei Hans-Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, mitzuteilen. Sie vermeiden dadurch Zustellungsverzögerungen und kostenaufwendige Nachforschungen und Nachsendungen. – Beim Kreisvertreter sind noch Restbestände der im vergangenen Jahr gefertigten DVDs unserer Heimatbriefe ab Jahrgang 1947, der beiden in den 1980er Jahren erschienen Kreisbücher wie auch der längst vergriffenen beiden Bildbände, das Stück zu 15 Euro, alle drei zusammen für 40 Euro (Selbstkostenpreis) erhältlich.

TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Nachbarschaftstreffen – Das Nachbarschaftstreffen der beiden Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit findet am 5. Oktober 2013 nicht in Osnabrück sondern von 10 bis 17 Uhr im westfälischen Soest in der dortigen Stadthalle statt. Näheres folgt zu gegebener Zeit.

Friedhöfe in Breitenstein [Uljanowo] – Die Kirchspielvertreterin Breitensteins, Katharina Willemer, hat mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Hauptfriedhof an der Kirche aus dem Dornröschenschlaf zu holen. Der Schulleiter Uljanowos, Jurij Userzow, hat telefonisch zugesichert, mit größeren Schülern und vielleicht der Unterstützung des größten ansässigen landwirtschaftlichen Betriebes gemeinsam eine Grundsanierung durchzuführen. Es sollen unter Erhaltung der vorhandenen Grabsteine leicht zu pflegende Rasenflächen mit ausgesparten Grabstellen angelegt werden. Die Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat den Friedhof an der Tilsiter Straße in Breitenstein zu einem Symbolfriedhof Ostpreußen erklärt und mit 18 Steinkreuzen und einem schmalen hohen Holzkreuz als christliche Grabstätte ausgewiesen.

Eine beeindruckende Reise nach Ostpreußen, Teil 2 – Wir fahren in Breitenstein zu Jurij Userzows ostpreußischem Heimatmuseum, es ist das erste im Königsberger Gebiet. Die Besucher wundern sich immer wieder, wie es dem Schulleiter Jurij gelungen ist, so viele Dokumentationen, bildliche wie schriftliche, über das Kirchspiel Breitenstein und auch schon darüber hinaus, sammeln konnte. Breitenstein [Uljanowo] ist heute als Storchendorf bekannt. Weit über 30 Storchennester findet man in unmittelbarer Nähe der Kirchenruine. Wo sonst auch können die Störche noch nisten? Der überwiegende Teil der Dörfer mit ihren Bauernhöfen, wo einst die Störche ihre Nester bauten, sind ja verschwunden. Wir fahren durchs schöne Instertal – ein Urstromtal – zum Gestüt Georgenburg, vorbei am Denkmal zu Ehren des russischen Feldmarschalls Fürst Barclay de Tolly. Als russischer Armeeführer trieb er 1812 mit seinen Truppen Napoleons „Grande Armee" zurück und unterstützte zugleich Preußen bei seinen Befreiungskriegen. Nach dem Krieg erlitt er auf seiner Reise von seinen baltischen Besitzungen zur Kur nach Wiesbaden, hier ganz in der Nähe des Gutes Schieleitschen, einen tödlichen Schlaganfall. König Friedrich Wilhelm III. errichtete als Dank und Anerkennung, gleich danach, dieses Denkmal. Seit 2007 steht nun auch ein imposantes Reiterdenkmal des Feldmarschalls auf dem ehemaligen Marktplatz in Insterburg. Alle sind schon auf das Georgenburger Pferdegestüt neugierig. Wir bekommen eine Führung durch das Gestüt und sind sehr beeindruckt von dem, was hier wieder entstanden ist. Ab 1961 begann man erneut mit der Pferdezucht – Holsteiner, Hannoveraner und Trakehner. Das großartige, wieder zum Leben erweckte Traditionsgestüt, ist Privatbesitz und gehört einem vermögenden Moskauer. Er hat seinem Gestüt den deutschen Namen „Georgenburg" wiedergegeben. Auf dem exzellenten Turnierplatz finden regelmäßig auch internationale Turniere statt, an denen auch deutsche „Reiterasse" teilnehmen. Bevor wir uns Insterburg anschauen, wird im „ersten" Hotel Insterburgs gut zu Mittag gegessen. Was immer wieder sehenswert ist, sind die ehemals reformierte Kirche, heute ist sie eine orthodoxe, der

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



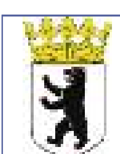
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonnabend, 15. Dezember, 14 Uhr, Gasthaus Schwanen (Saal), Buchen-Hainstadt: Einladung zur **Weihnachtsfeier** mit Zithermusik, Klavier und Akkordeon, Sängern, Weihnachtsmann und weiterem nostalgischen Programm. Ein Bus wird eingesetzt. Informationen bei Rosemarie Sieglinde Winkler, Telefon (06281) 8137.

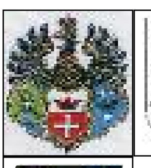
Lahr – Donnerstag, 3. Januar, 18 Uhr, Zarko, Schillerstraße: Die Gruppe trifft zum Stammtisch und zum BdV-Neujahrsumtrunk.

Ulm – Sonntag, 16. Dezember, 14 Uhr, Ulmer Stuben: **Weihnachtsfeier der Ost- und Westpreußen.** Es werden weihnachtliche Gedichte und Texte vorgetragen, der Chor Alexander Diehl tritt auf. Jeder Gast erhält eine kleine weihnachtliche Lekkerei. Die Gruppe würde sich über Gäste freuen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.




Königsberg / Samland / Labiau – Sonntag, 16. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Heimatkreise. Auskunft erteilt Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

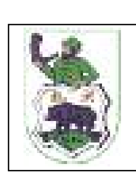
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

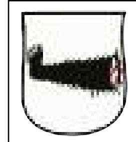
BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Verseinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

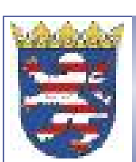
KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Rückfragen bei Manfed Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Sensburg – Sonntag, 16. Dezember, 14 Uhr, Polizeisporttheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Adventsfeier. Um Anmeldung bis zum 16. Dezember bei Kurt Budszuhn, Telefon (04101) 72767 wird gebeten. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Darmstadt – Beim letzten Gruppentreffen begrüßte der Vorsitzende Gerhard Schröder besonders die Vorsitzende der LOW aus Frankfurt, Gerlinde Groß, sowie den Bundesvorsitzenden der Insterburger, Reiner Buslaps, mit ihren Ehepartnern. Dieter Leitner (BdD) las nach der Begrüßung zum Volkstrauertag das Gedicht „Impressionen“ von Erich Kästner. Mit einem dreifachen Hurra wurde Gisela Wolf gratuliert, die ihr erstes Enkelkind bekommt. Waltraud Barth hatte Walnüsse mitgebracht. Die in von Leonie Posegga in halbjähriger Arbeit gehäkelten und mit roten Schleifchen versehenen Bastkörbchen wurden an alle verteilt. – Zum fünften Mal veranstaltete die Landsmannschaft Ostpreußen e.V. ihr Deutsch-Russisches Forum. Hierzu kamen im Deutsch-Russischen Haus in Königsberg deutsche und russische Kulturschaffende zusammen, um über ihre Bemühungen um den Erhalt des gemeinsamen kulturellen Erbes zu berichten. Reiner Buslaps, der daran teilgenommen hatte, berichtete, dass Bestrebungen, sich dort mit Kultur und Vergangenheit zu beschäftigen, auch heute ein nicht ganz ungefährliches Unterfangen sei. Die letzten Ereignisse in Russland beweisen, wer sich nicht regierungskonform verhält, stehe mit einem Bein im Gefängnis. Wir sollten dennoch die russischen Partner ermuntern und unterstützen. – Gerhard Turowski sprach von einer bewegten Zeit, in der wir leben. Die Bibel zeige vielfach einen Ausweg bei Problemen. Anni Oest grüßte mit einem Gedicht alle, die Geburtstag hatten. Gerlinde Groß hatte sich auf ihren fast einstündigen Vortrag gut vorbereitet. Mit Esprit und Enthusiasmus brachte sie den typischen heimatlichen Humor zu Gehör. Der neueste Brokhaus vermerkt, dass die niederdeutsche Mundart in Ost- und Westpreußen seit 1945 verschwunden ist. Groß stellte die Frage, wo dieses einzigartige Idiom geblieben ist. Für die Flüchtlinge und Vertriebenen war diese Klammer Heimatgefühl und unsichtbares Fluchtgepäck. Der demografische Wandel hat dazu geführt, dass diese melodische Sprache fast ausgestorben ist. Es wäre schade, wenn wir ihren Klang nicht mehr hören könnten. Mit fortschreitender Zeit ist sie immer wertvoller geworden. Kann man sie sammeln? Doch nur, wenn sie mit dem Hauch eines Lebenden verbunden ist, zeigt sie Wirkung. Einen echten Ostpreußen erkennt man beim ersten Wort. Das unverkennbar Singende der Sprache ist ihm von Geburt beigegeben, vergleichbar mit einem Getreidefeld, durch das der Wind streicht. Die ostpreußische Mundart ist ein sonderbares Deutsch. Die Grammatik ist ausgehebelt, auch wenn die Preußen behaupten: „Mir und mich väwächsel ich nich, das kommt bei mich nich vor.“ Der vergnügliche Vortrag vermittelte heiteres Darüberstehen mit Gelassenheit, Güte und einem toleranten Blick für die menschlichen Dinge, die das masurische Land und seine Menschen auszeichnete. „Also sollen wir der Heiterkeit, wann immer sie sich einstellt, Tür und Tor öffnen, denn sie kommt nie zur unrechten Zeit“, sagte Arthur Schopenhauer. Gerlinde Groß erhielt verdienten und langanhaltenden herzlichen Beifall. Zum Abschluss spielten Groß und Gerhard Schröder mit Schnauzbart und Eisenbahneruniform einen lustigen Sketch um eine Fahrkarte.

Keine Advents- und Weihnachtsberichte

Überall kommen dieser Tage Landsleute zusammen, um gemeinsam die traditionellen vorweihnachtlichen Feiern zu begehen. Leider ist es uns auch in diesem Jahr nicht möglich Beirichte über Advents- und Weihnachtsfeiern zu veröffentlichen. Die Redaktion bittet um Verständnis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis.

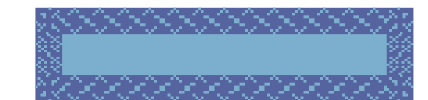
Köln – Dienstag, 18. Dezember, 14. 30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Treffen der Ostpreußenrunde zur weihnachtlichen Versammlung. Besucher, die den Versammlungsort in Köln-Deutz noch nicht kennen: Das Lokal ist mit den Linien 3 und 4, der KVB, von der Haltestelle Suevenstraße, und den Linien 1 und 7 von der Deutzer Freiheit in wenigen Minuten zu erreichen ist. Weil die Versammlung als Weihnachtsfeier in eigener Regie begangen wird, bittet die Gruppe Mitglieder und Gäste Süßigkeiten und Knabbergebäck mitzubringen. Bitte an die Namensschildchen denken, sie erleichtern das nähere Kennenlernen



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Schönwalde – Donnerstag, 3. Januar, 14 Uhr, Jugendherberge: Die Gruppe trifft sich zur Senioren-Begegnung.



Regeln für Einsendungen

Liebe Landsleute, Kreisvertreter und Mitarbeiter der Landes- und Kreisgruppen,

aufgrund vieler Vorschläge möchte die Redaktion Ihren Anregungen nachkommen und einmal die Regeln und die Form für Berichte für die Rubriken „Aus den Heimatkreisen“ und „Landsmannschaftliche Arbeit“ abdrucken.

Die Mitteilungen der Termine sollten sich nur auf allgemeine Ankündigungen beschränken in der **Reihenfolge Wochentag, Datum, Zeitpunkt, Ort und Art der Veranstaltung**. Über der Meldung sollte deutlich das Bundesland und der Ort, beziehungsweise die Kreisgemeinschaft stehen, unter der der Beitrag erscheinen soll. Einsendeschluss ist jeweils **Freitag der Vorwoche, 12 Uhr.**

Berichte sollten nicht länger als eine Din-A4-Seite lang sein. Veröffentlichungen für die Rubrik „Aus den Heimatkreisen“ muss der Kreisvertreter oder die Kreisvertreterin genehmigen.

Da es in der Regel bei jedem Treffen leckeren Kuchen und Kaffee gibt, sowie das Absingen des Ostpreußenliedes ebenso dazu gehört, bitten wir, dies in den Beiträgen nicht zu erwähnen. Die Anregung, zu Berichten gelegentlich auch Fotos zu veröffentlichen, nehmen wir gerne auf, jedoch unter der Voraussetzung, dass die Fotos in einer druckfähigen Qualität sind. Sie erleichtern uns die Arbeit erheblich, wenn Sie Texte und Fotos auf elektronischem Wege übermitteln, am besten direkt an die zuständige Redakteurin, Manuela Rosenthal-Kappi, E-Mail: rosenthal@preussische-allgemeine.de.

Vielen Dank im Voraus Ihr *PAZ*-Team

Dem Volk aufs Maul geschaut

Felix Arndt, Pfarrer i. R. hat „Worte aus Ostpreußen“ in „3300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, zusammengetragen. Die *PAZ* wird mit dem heutigen Teil 1 in loser Folge daraus zitieren:

Aas'chen = pfiffiges, cleveres Mädchen
aasen = vergeuden, verschwenden
aasig = sehr
aasig zumute sein = sich elend/krank fühlen
Aaskät = Schimpfwort
Abee = Abort/Fehlgeburt
abgebracht Feiertag = der dritte Feiertag, an dem man Gäste abbrachte
sich abäschern = sich abmühen
einen abbeißen = Alkohol trinken
abbacken = Kuchen fertig backen
abblecken = ausbleichen, verschießen
abbringen = jemanden weg/nach Hause bringen
abdanken = Todesfall bekannt geben
abdreejen = abtrocknen
abgekoddert = mit Lumpen oder alten Kleidern bekleidet
abgeledert = Hautverletzung
abgepuhlt = abgeschält oder gepellt (Ei)
abgeschmackt = geschmacklos, hässlich
abgrenzen = wegnehmen, stehlen
abgurgeln = ertrinken
abhalftern/absägen = entlassen, ausschalten, abwählen
abklappern = reihum besuchen/aufsuchen
abklauen = abschreiben (Schule)
abknappsen = einsparen, kürzen
abknöpfen = ab-, wegnehmen
abknutschen = küssen
abkrängeln = abschlachten
abluchsen = mit List und Ausdauer abbetteln/bekommen/erhalten
abmachen = Sauce mit Mehl abbinden und mit Gewürzen abschmecken
Abmachsel = Mehl und Gewürze abschmecken
abmarachen. ablungern = sich bei der Arbeit abmühen, quälen oder hetzen
sich abnehmen = sich fotografieren lassen

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

Bahnhof und die Markthalle. In Gumbinnen fahren wir natürlich zur Salzburger Kirche. Viele von uns hören hier zum ersten Mal von dem Schicksal der evangelischen Salzburger. Sie sind 1732/33 aus dem Salzburger Land wegen ihres evangelischen Glaubens vertrieben worden und wurden vor allem im Gumbinner Gebiet angesiedelt; der Gumbinner Elch wird auch nicht vergessen. Über Pillkallen, mit seinem mächtigen russischen Ehrenmal (die Stadt existiert praktisch gar nicht mehr, sie ist durch die Kämpfe im Januar 1945 ausgelöscht worden), fahren wir zurück nach Tilsit. Wir kommen durch eine Gegend, die nach wie vor versteppt ist. Man sagt zwar, es werden immer mehr Flächen urbar gemacht, doch davon ist nichts zu erkennen. Im Hotel habe ich wieder einen Folkloreabend vorgesehen. Die Auftritte der Künstler begeistern jedes Mal. Die Sänger mit ihren Musikinstrumenten sind alle an der Musikhochschule Königsberg ausgebildet worden. Ein ereignisreicher Tag geht zu Ende. Bei den sommerlichen Temperaturen haben sich viele von uns noch auf der Hotelterrasse niedergelassen und prosten zum Abschied Lenin und dem Elch zu. Fortsetzung folgt!

Klaus-Dieter Metschulat

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Förderverein mit Kontinuität

Vorsitzende Fürstin Katharina von Wrede, seit 1997 im Amt, wurde erneut bestätigt

Während der diesjährigen Jahresversammlung des „Fördervereins Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen“ fanden die Neuwahlen der Vorstandschaft statt. Fürstin Katharina von Wrede, die den Verein seit seiner Gründung leitet, ist weiterhin die Vorsitzende.



Vorstand des Fördervereins Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen: Schatzmeister Walter Reichart, Vorsitzende Katharina Fürstin von Wrede, Jörg Archinger, stellvertretender Vorsitzender, und Ralf Loos, Schriftführer (v.l.n.r.)

Bild: Fritsche

Der Förderverein Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen wurde 1997 gegründet, um die Arbeit des Kulturzentrums Ostpreußen im Ellinger Deutschordensschloss ideell und materiell zu unterstützen, wie durch Ankäufe von Exponaten, Büchern, historischen Karten, aber auch bei Restaurationen. Außerdem möchte der Förderverein die Zusammenarbeit mit Künstlern, Jugendlichen und verschiedenen Einrichtungen in Ostpreußen unterstützen. Ziel ist es zudem, jungen Menschen ostpreußischer Abstammung die Geschichte Ostpreußens und damit auch ihrer Familien näher zu bringen beziehungsweise wach zu halten. In den 15 Jahren des Bestehens des Vereins wurden nach Aussage der Vorsitzenden zwischen 40 und 45 000 Euro an Mitgliedsbeiträgen oder Spenden für diesen Zweck ausgegeben. In der letzten Zeit wurde mit Unterstützung des Vereins ein Gemälde mit dem Titel „Elche in den Dünen“ des bekannten deutschen Tiermalers Hans Kallmeyer erworben und zudem eine seltene Plastik einer Nebelkrähe aus der ehemaligen Majolika-Manufaktur in Cadinen für die Bestände des Kulturzentrums gerettet. Aber auch mit technischem Gerät zur besseren Präsentation hilft der Verein dem Museum. So beschaffte dieser eine mobile Medienstation für historische und aktuelle Filme, die den jeweiligen Ausstellungen zugeordnet werden kann.

Der Verein besteht derzeit aus 114 Mitgliedern, die sich aus Privatpersonen, Organisationen sowie ostpreußischen Kreisgemeinschaften und Ortsgruppen zusammensetzen. Bei der diesjährigen Versammlung wurde die erste Vorsitzende Fürstin Katharina von Wrede wieder bestätigt. Ihr Stellvertreter ist weiterhin Jörg Archinger. Katharina Fürstin von Wrede freute sich nach der Neubesetzung der weiteren Vorstandsposten: „Junge Männer um mich herum finde ich gut!“ Dabei löst der 38-jährige Walter Reichart aus Bergen, der beruflich Vermögensmanager bei der Sparkasse Mittelfranken Süd ist, Elfriede Weis, die seit 2006 Schatzmeisterin war, ab. Brigitte Hildebrandt, seit Vereinsgründung Schriftführerin und nach den Worten Katharina von Wredes „eine große Stütze des Vereins, die sich stets für diesen eingesetzt hat“, hat dieses Amt an den 51-jährigen Ralf Loos aus Gunzenhausen abgegeben. Der Volljurist ist im internationalen Marketing tätig, lebte 39 Jahre in den USA, Frankreich und Großbritannien und ist erst seit 2006 wieder in Gunzenhausen ansässig. Der Lehrstabsoffizier der Luftlande- und Lufttransportschule in Altenstadt bei Schongau sieht seine Wurzeln teilweise in Ostpreußen. Seine Mutter stammt aus Königsberg und musste die Heimat nach dem Zweiten Weltkrieg verlassen.

Vorstand arbeitet gut und harmonisch

Fürstin von Wrede blickt auf ihre fast 16-jährige Vorstandstätigkeit zurück: „Die Zusammenarbeit im Förderverein funktioniert überaus gut und harmonisch. Es hat nie auch nur die geringste Spannung oder Differenz gegeben. Jeder ist herzlich als Mitglied des Fördervereins willkommen. Wir stützen damit eine wichtige kulturelle Einrichtung in Ellingen. Dazu muss man keine ostpreußischen Wurzeln haben, wie man an mir sehen kann!“ Der Förderverein freut sich über jedes neue Mitglied. Er ist auf Mitgliedsbeiträge wie auch auf Spenden angewiesen, um die Arbeit weiterhin erfolgreich durchführen zu können. *M. E. Fritsche*

Ostpreußisches Landesmuseum



Eine typische ostpreußische Dorfstraße im Winter: Goldaper Hof in Rominten, Steinfatt um das Jahr 1939

Bild: Ostpreußisches Landesmuseum

Winter in Ostpreußen

Dienstag, 18. Dezember, 14.30 bis 16.30 Uhr: Dr. Christoph Hinkelmann wird in der Reihe „Museum erleben“ einen interessanten Vortrag zum Thema „Winter in Ostpreußen“ halten.

Die langen und harten Winter in Ostpreußen sind legendär, sie prägten das Land und die Menschen.

In der nordöstlichsten Region des damaligen Deutschlands begann er bereits im Oktober und wirkte sich bis in den Mai hinein aus, auch wurden hier die tiefsten Temperaturen des Landes gemessen. Die Menschen passten sich dem Rhythmus der Natur an und nutzten die Vorteile des Winters auf ihre Weise. Die vereisten Wasserflächen ermöglichten die Klapper- oder Eisfischerei, im 20. Jahrhundert wurden Eishockey und Eissegeln beliebt. Nehrungsfischer nutzten die Zeit, um ihre kunstvollen Bootswimpel zu schnitzen.

In der Landwirtschaft kehrte Ruhe ein, im Wald wurde Holz eingeschlagen. Der Winter war die Zeit großer Gesellschaftsjagden und rauschender Feste.

Traditionelles, zum Teil aus prußischer Zeit stammendes Brauchtum wurde mit christlichen Elementen vermischt und auf dem Land gepflegt. Beliebt-berüchtigt war zum Beispiel der Schimmelreiterzug in den „Twelvten“, den heiligen zwölf Tagen um das Weihnachtsfest. Eintritt 5 Euro (inklusive Kaffee, Tee und Gebäck)



Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7599-0, Fax (04131) 7599-511, E-Mail: info@ostpreussisches-landesmuseum.de, Internet: www.ostpreus-sisches-landesmuseum.de

Reizvoller Vorrat

Keller und offenes Licht für Kinder verboten

Die Speisekammer in dem alten, ostpreußischen Bauernhaus meiner Großeltern war fensterlos. Mutter und Großmutter genügte im Allgemeinen das wenige Licht, das nach dem Betreten des Raumes durch die offen gelassene Tür fiel, wenn sie dort etwas holten oder abstellten. Mir nicht. Mir fehlte da in einem Fall der „Überblick“. Was mich ärgerte; denn ich vermutete in der Speisekammer einiges, von dem ich nicht wusste, wo es sein könnte. Wobei die Dunkelheit noch mit sprach. Aber heimlich ein Talglicht zu nehmen, es anzuzünden und damit in die Speisekammer zu gehen, wie die Erwachsenen es taten, wenn es notwendig war, wäre bei mir ein Vergehen gewesen. Offenes Licht in Kinderhand! Kaum etwas konnte schlimmer sein! Außerdem hieß es: „In der Speisekammer hast du allein nichts zu suchen!“ Das hatte ich, damals um die sechs Jahre alt, eigentlich auch nicht. Aber ich glaubte und meinte, dass die vielen Steintöpfe nicht nur Einmachgut enthielten, sondern in einem oder dem anderen etwas Naschbares verwahrt wurde. Und diese Vermutung hatte ihren Reiz. Es gab in unserer Speisekammer viele Steintöpfe, glattwandige und bauchige unterschiedlichster Größe. Die umfangreichsten waren die hohen mit der Kirschkreide, einer stundenlang gekochten Marmelade, die so fest war, dass sie sich in Scheiben schneiden ließ. Ähnliche Formate wiesen auch die Steintöpfe mit den Pilzen, den Bitterlingen, auf. Jene Pilze aus den heimischen Wäldern, die abgekocht und mehrfach gewässert mit Salz untermengt einen lange haltbaren Vorrat bildeten. Dann gab es da noch mittelgroße Töpfe mit eingelegten Gurken. Kleinere mit Schweineschmalz und mit Rindertalg. Und einige mehr handliche mit süßer und mit saurer Sahne. Hier und da stand ein leerer Topf. In den oberen Fächern des Schrankregals zeichneten sich im Halbdunkel die Weckgläser ab, von denen manchmal, für mich überraschend, eins auf den Tisch kam. Über Sülze oder Leberwurst freute ich mich am meisten. Aber auch anderes Schlachtgut war auf diese Weise haltbar gemacht worden. In Augenhöhe der Erwachsenen standen in dem Regal die mit Läppchen umbundenen Flaschen mit Saft. Auf einer tischähnlichen Stellage machten sich irdene Satten mit der zum Dickwerden aufgestellten Milch breit. Außerdem standen hier einige Kruken und Krüge. Jede Abstellfläche war in der Speisekammer voll genutzt. Auch die Brote wurden nach dem Backtag hier aufbewahrt. Und von der Decke baumelte, an einem Haken angehängt, der mit einem Leinentuch umhüllte Schinken. All das steht mir noch deutlich vor Augen. Unauslöschbar eingeprägt.

Im Halbdunkel zeichneten sich die leckeren Speisen ab

Hannelore Patzelt-Hennig

Lepner und die preußischen Litauer

Wie die Schriftsprache in Ostpreußen entstand

Ende November wurde in der Litauischen Botschaft in Berlin ein Buch vorgestellt, das vor mehr als drei Jahrhunderten im Herzogtum Preußen geschrieben wurde und das für die Entstehung der litauischen Schriftsprache von unschätzbarer Bedeutung ist. Gemeint sind die Aufzeichnungen des protestantischen Pfarrers Theodor Lepner (um 1633–1691) aus Budwethen bei Ragnit über die Lebensweise der litauischen Bauern in Ostpreußen. Dieses Buch trug den Titel „Der preußische Litauer“, ist in einer Handschrift aus dem Jahr 1690 überliefert, die in Danzig gedruckte Ausgabe stammt aus dem Jahr 1744.

Als das Buch geschrieben wurde, war die Einwanderung leibeigener Bauern aus dem Großherzogtum Litauen in das Herzogtum Preußen, das wenige Jahre später (1701) von Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg (1657-1713) zum Königreich erklärt wurde, längst abgeschlossen.

Nach dem Zweiten Thorner Frieden 1466 bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts waren, um der Leibeigenschaft in Litauen zu entkommen, rund 30 000 Litauer über die Grenze gekommen und hatten sich in der „Großen Wildnis“ im Nordosten des Landes angesiedelt. Trotz der fortschreitenden Assimilierung an das Deutschtum in den folgenden Jahrhunderten ermittelte noch 1890 die preußische Volkszählung 121345 Deutsche mit litauischer Muttersprache.

In diesem „Kleinlitauen“ oder „Preußisch Litauen“ genannten Gebiet entstand, also außerhalb des Staates Litauen, die litauische Schriftsprache. Das erste und wichtigste Dokument der altlitauischen Sprache war die Bibelübersetzung des deutschen Pfarrers Johannes Bretke (1539–1602), die in den Jahren 1579/90 entstand, aber erst 1736 gedruckt wurde. Dieser Pfarrer war zweisprachig aufgewachsen und beherrschte drei baltische Sprachen, von denen zwei heute ausgestorben sind: das Litauische, das Prußische, das die Sprache seiner Mutter war, und das dem Lettischen verwandte Kurische, das auf der Kurischen Nehrung gesprochen wurde.

Buch des Pfarrers vor mehr als 300 Jahren geschrieben

Ein dritter Pfarrer schließlich, Daniel Klein, schuf im Auftrag des Großen Kurfürsten (1620–1688), eine litauische Grammatik, die in lateinischer Fassung 1653, in deutscher 1654 erschien.

Auch die erste Dichtung in litauischer Sprache entstand in „Kleinlitauen“, im 18. Jahrhundert im ostpreußischen Dorf Tollmingkehmen bei Gumbinnen, wo der Pfarrer Christian Donelaitis (1714–1780) lebte und wirkte. Er hatte das „Litauische Seminar“ der Universität Königsberg besucht und schrieb als Pfarrer ein episches Gedicht, das den Titel „Metai“ (Jahreszeiten) trug und dem mühsamen Leben der litauischen Scharwerksbauern gewidmet war. Der im ostpreußischen Tilsit geborene Schriftsteller Johannes Bobrowski (1917–1965) hat den sprachbegabten Pfarrer zum Mittelpunkt seines zweiten Romans „Litauische Claviere“ (1966) gemacht.

Während des 19. Jahrhunderts wurden Sprachforscher, auch außerhalb Deutschlands, auf diesen aussterbenden Sprachzweig in Ostpreußen aufmerksam. An der Albertina, der Königsberger Universität, wo ein Forschungsschwerpunkt zum Studium der baltischen Sprachen entstanden war, lehrte Friedrich Kurschat (1806–1884), selbst preußisch-litauischer Abstammung, der 1843 seine „Beiträge zur Kunde der litauischen Sprache“ veröffentlichte. Er war 1841/83 Leiter des „Litauischen Seminars“ in Königsberg und 1849/80 auch Herausgeber der litauischen Zeitung „Keleiwis“ (Wanderer) und Verfasser eines deutsch-litauischen Wörterbuchs (1870) und einer Grammatik (1876).

Dennoch war das Absterben der litauischen Sprache in Ostpreußen kaum noch aufzuhalten. Nach der Reichsgründung 1871 gab die Regierung des Königreichs Preußen die fürsorgliche Haltung für die nichtdeutschen Minderheiten auf und verschärfte den Kulturkampf, dessen Leidtragende die preußischen Litauer wurden, obwohl sie Protestanten waren.

In Petitionen an den Kaiser wehrten sie sich gegen den Abbau des muttersprachlichen Unterrichts und schickten eine Delegation in die Reichshauptstadt Berlin, die von Wilhelm I. (1797–1888) empfangen wurde. Sein Sohn, der spätere Kaiser Friedrich III. (1831–1888), vermerkte dazu in seinem Tagebuch „Es war schwer, die ungekünstelte Herzensinnigkeit einer solchen Liebe und Dankbarkeit anzusehen und ihre Äußerung anzuhören, ohne dass einem die Tränen in die Augen traten, bei dem Gedanken an das in jüngster Zeit von verschiedenen Seiten in Ostpreußen angestrebte rasche Ausrotten der alten, ehrwürdigen Sprache mit ihren Volksliedern und ungekünstelter, unverdorbener Naturkraft und tiefster religiöser Glaubensinnigkeit.“

Um die bedrohte Sprache zu retten, wurde im Kaiserreich die „Litauische Literarische Gesellschaft“ (1879–1925) gegründet. Ihr letzter Vorsitzender Alexander Kurschat (1857–1944) konnte trotz Kriegswirren, Flucht und Vertreibung das Manuskript eines vierbändigen deutsch-litauischen Wörterbuchs in die Nachkriegszeit retten. Der letzte Band erschien 1973 und ist das nunmehr letzte Zeugnis der preußisch-litauischen Sprache.

Jörg Bernhard Bilke

BdV ehrt Stewens

Verdienste um die Heimatvertriebenen

Im Auftrag des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen hat BdV-Vizepräsident Christian Knauer die ehemalige bayerische Sozialministerin Christa Stewens aufgrund ihrer Verdienste um die Heimatvertriebenen und Aussiedler in Bayern mit der Wenzel-Jaksch-Medaille ausgezeichnet. Die Auszeichnung, die nach dem viel geachteten böhmischen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch benannt ist, gilt als zweithöchste Ehrung des Vertriebenenverbandes.



Wenzel-Jaksch-Medaille für Christa Stewens: Christian Knauer übergibt die Auszeichnung Bild: BdV Bayern

In seiner Laudatio hob Knauer das besondere Einfühlungsvermögen, die hohe Fachkompetenz und das große Engagement der Ministerin beim Umgang mit Belangen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler hervor. Insbesondere überzeugte sie als Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedlerfragen und als Mitglied des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums. Auf ihre Initiative sei bereits 2003 im Deutschen Bundesrat eine Entschließung zur Erhebung des 5. August zum „Nationalen Gedenktag für die Opfer für Vertreibung“ verabschiedet worden. 2007 wurde von ihr der Beirat für Vertriebenen- und Spätaussiedlerfragen als Beratungsgremium für die Bayerische Staatsregierung eingerichtet.

Mit einem neuen Organisationserlass erhielt das „Haus des Deutschen Ostens“ während ihrer Amtszeit die Aufgabe, verstärkt eine Brückenfunktion zu den östlichen Nachbarstaaten zu übernehmen und dabei die kulturelle, grenzüberschreitende Arbeit und die Unterstützung der deutschen Minderheit im Ausland auszubauen.

Die Übernahme der Patenschaft des Freistaates für die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibung“ habe Stewens zielstrebig vorangetrieben. Zusammen mit Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber gab sie zudem den Anstoß zu Planungen des Sudetendeutschen Museums in München. Knauer erinnerte auch an Bemühungen der Ministerin auf die fortlaufende Förderung des Hauses der Heimat in Nürnberg und den Ausbau des Kulturzentrums für Ostpreußen in Ellingen.

Als „Retter in der Not“ zeigte sie sich in den 90er Jahren als unter der rot-grünen Landesregierung die Förderung des Deutschlandtreffens der Schlesier in Niedersachsen eingestellt wurde. Zuverlässig und vertrauensvoll zeigte sich Christa Stewens im Umgang mit den im BdV zusammengeschlossenen Landsmannschaften. Dabei ging es ihr auch darum, den Dialog zwischen den Heimatvertriebenen und ihren osteuropäischen Nachbarn voranzubringen.

In diesem Zusammenhang wurde an die Besuche in Siebenbürgen, in Ostpreußen und in der Slowakei erinnert. *PAZ*

Mundraub mit Folgen

Die Diebe nutzten die Gelegenheit, als die Hausherren verreist waren

Heute Abend ist es soweit“, sagte ich, als Sina den Raum betrat. „Wirklich?“ fragte sie und schaute mich mit ihren großen grünen Augen an. „Ist doch keine große Sache“, sagte ich wohl etwas großspurig. „Enrico, was du dich alles traust“. Sinas Bewunderung tat mir gut. Außerdem hatte ich alles gut geplant, wir würden ungestört sein. „Aber wenn wir erwischt werden …“, fing Sina wieder an, „… dann ist es nur Mundraub“, erwiderte ich mit Stolz auf mein juristisches Wissen. Unser Mitbewohner Johannes war Rechtsanwalt und las manchmal lustige Fälle laut vor. Da hörte ich immer gern zu, denn Bildung hat noch niemandem geschadet. Den ganzen Tag blieb ich unauffällig auf meinem Beobachtungsposten. Endlich war das Haus verlassen. Gemächlich gingen Sina und ich zur Tür, hinter der sich das Ziel unserer Wünsche verbarg. Mit einer einzigen Bewegung drückte ich schwungvoll die Klinke herunter. „Noch nicht einmal abgeschlossen“, die Menschen sind aber auch immer leichtsinnig.“ Ohne weiteres Zögern betraten wir den Raum, keiner konnte uns jetzt mehr aufhalten.

In der Badewanne schwamm ein großer Karpfen, ein Festtagsbraten sollte es werden. Er hatte keine Chance gegen uns. Morgen sollten Johannes Eltern zu Besuch kommen, damit sie Katrin kennenlernen. Katrin wohnte jetzt auch oft bei uns, und seitdem sind unsere ruhigen Fernsehabende mit Johannes vorbei. Sina und ich hatten jedoch andere Pläne.

„Attacke“, rief ich und mit einem einzigen Hieb schaffte ich es, den Fisch zu treffen, aus dem Wasser zu schleudern und dabei selbst sogar noch das Gleichgewicht zu behalten. Gemeinsam stürzten wir uns auf ihn. Es war ein Festmahl. Erschöpft schliefen wir nach der ausgiebigen Mahlzeit ein. Allerdings leisteten wir uns nur ein kleines Nickerchen. Nach unserer kleinen Ruhepause machten wir uns ans Werk: Sorgfältig entfernten wir alle essbaren Reste von den Gräten und vertilgten sie. Mühelos klappte ich den Toilettendeckel hoch. Katrin hasste das, sie behauptete, es kämen Ratten durch die Rohrleitungen. Als wenn



Bild: privat

wir in unserem Haus Ratten geduldet hätten! Aber Katrin gefiel manches nicht bei uns. Wir durften Johannes‘ Schlafzimmer nicht mehr betreten, und sie schimpfte wegen der Haare. Als wenn sie besser wäre. Johannes verdrehte nämlich jeden Morgen die Augen, wenn er ihre langen Haare aus dem Abfluss fischen musste, nachdem sie geduscht hatte.

> **Am Ende gab es Ärger und das Festessen fiel aus**

Die kleineren Gräten spülten wir durch die Toilette. Jetzt waren nur noch der Fischkopf mit den anklagend blickenden toten Karpfenaugen und die große Mittelgräte übrig. Damit hatten wir noch etwas besonders vor. Wir trugen die Reste aus dem Badezimmer, nachdem wir uns überzeugt hatten, dass es hier keine Spuren mehr von unserem Aufenthalt gab, und ich schaffte es, die Tür wieder zu schließen, was deutlich anspruchsvoller war, als sie zu öffnen.

Wir gingen zum Schlafzimmer und mit gleicher Leichtigkeit wie beim Badezimmer öffnete ich die Schlafzimmertür. Wehmütig starrten wir auf die linke Betthälfte, die einst die unsrige gewesen war. Aber es blieb keine Zeit für Sentimentalitäten. Gemeinsam zerrten wir die Decke zurück und platzierten die Fischreste mitten im Bett – natürlich in Katrins Hälfte! Sorgfältig richteten wir die Decke wieder. Das war richtig Schwerstarbeit, bis es wieder ordentlich aussah. Wir verließen das Schlafzimmer, schlossen die Tür, und zogen uns auf unseren gemütlichen altmodischen Fernsehsessel zurück. Dort durften wir noch sein. Noch – denn Katrin faselte bereits von einer neuen Wohnzimmereinrichtung mit Designer-Möbeln, sehr chic und sehr empfindlich. Dabei hatte sie uns mit einem gehässigen Seitenblick angesehen. Müde und ermattet schliefen wir auf unserem Sessel aneinander gekuschelt ein.

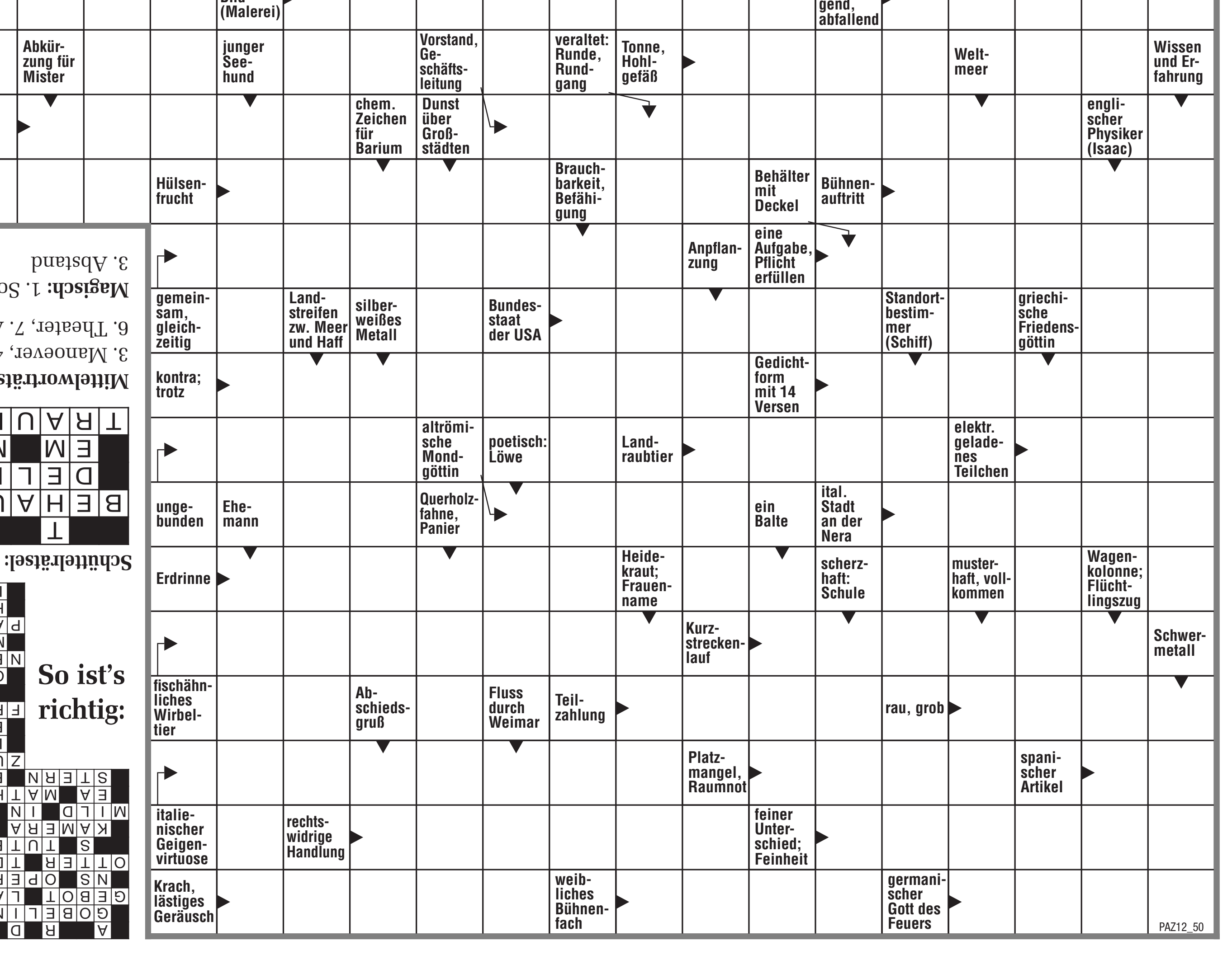
Das Auto näherte sich unserer Einfahrt, wir hörten es schon von weitem und warteten gespannt.

Johannes schloss die Haustür auf, und Katrin verschwand gleich ins Badezimmer „Diebe“, schrie sie, „deine dämlichen Katzenviecher haben den Karpfen gefressen!“ Johannes ging ins Bad, sah die leere Badewanne und die offene Toilette. Keine Spuren von einem Fisch, weder tot noch lebendig. „Vielleicht ist er ausgebrochen und in die Toilette gesprungen. Gab es sowas nicht im Film „Nemo“?“ Johannes hatte manchmal einen merkwürdigen Sinn für Humor.

Langsam räkelten wir uns und liefen in den Flur, um nachzusehen, wie es weiter ging. Katrin rannte erbost aus dem Badezimmer und warf uns einen mörderischen Blick zu. Wenn Blicke töten könnten, lägen jetzt zwei tote Katzen im Flur. Wir blieben ganz cool und folgten den beiden bis an die Schlafzimmertür, so ganz die wohlerzogenen Mitbewohner. Katrin schlug die Bettdecke zurück, sah den Fisch und schrie aus Leibeskräften. Wutentbrannt kam sie zur Tür und trat mit voller Wucht nach der völlig überraschten Sina, die durch die Luft flog. Schnell schlug ich mit weit ausgefahrenen Krallen einen tiefen Kratzer in ihr nylonbestrumpftes Bein, was sie dazu brachte, noch einen lauteren Schrei auszustoßen. Hasserfüllt starrte sie uns an und wandte sich wutentbrannt an Johannes, der fassungslos ihrem Ausbruch zuschaute. „Entweder die Katzen oder ich“, fauchte sie ihn an. Johannes war ganz ruhig und betrachtete sie, wie man ein seltenes Insekt ansieht. Dann zwinkerte er mir zu.

Am nächsten Tag gab es kein Festessen mit Johannes Eltern. Katrin hatte noch in der Nacht ihre Sachen gepackt und war Türen knallend und mit quietschenden Reifen aus unserem Leben verschwunden. Johannes hat das Bett frisch bezogen, und wir liegen auf der linken Seite. Alles ist gut.

Britta Heitmann



PAZ12_50

Schüttelrätsel

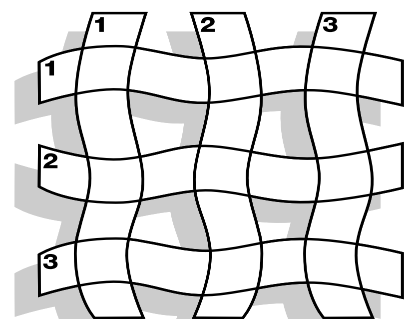
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ABEGH NPTUU	DEER		AEHMT	ELMU		EEPRS	EKNU	EINT	AEGR
DEELL						EIN			
AERR TU			EEKL MR						
						AET			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Aufbrühhilfe für Heißgetränke.

1	DRUCK		WEG
2	PFERDE		SCHAFT
3	WENDE		KRITIK
4	LAUF		DRAHT
5	NEBEN		AUSFALL
6	BURG		BESUCH
7	STADT		KREUZ



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Bruchstück aus Glas
2 Bootswettfahrt
3 Distanz

So ist's richtig:



Schüttelrätsel:



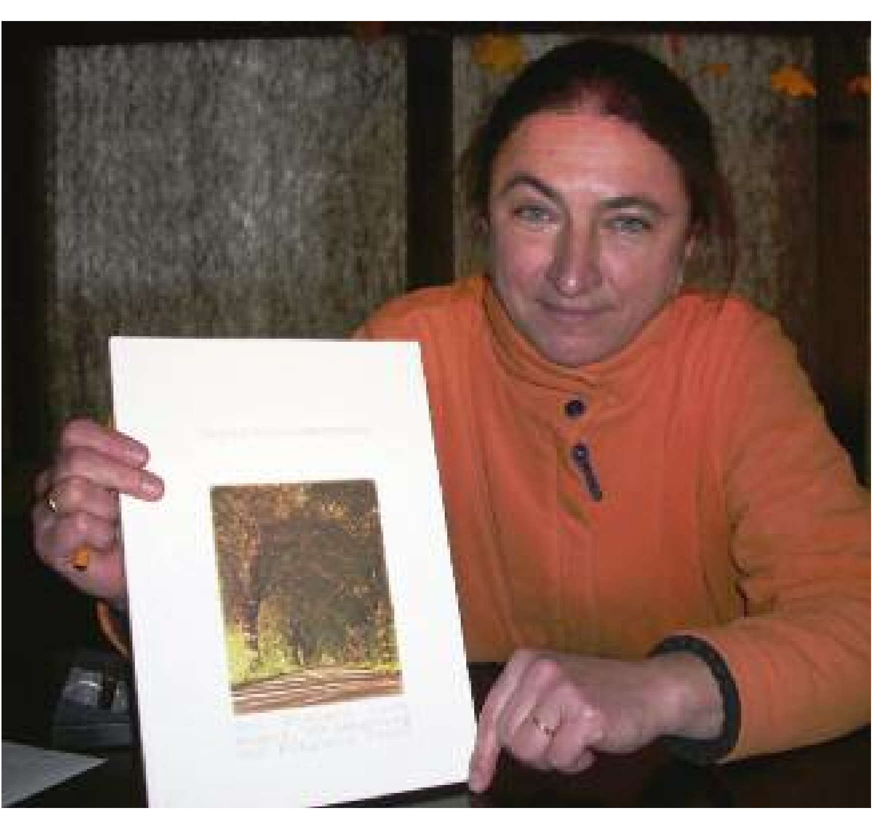
Mittelworträtsel: 1. Mittel, 2. Anhaenger, 3. Manoever, 4. Maschen, 5. Verdienst, 6. Theater, 7. Autobahn – Teesieb

Magisch: 1. Scherbe, 2. Regatta, 3. Abstand

Von Weepers nach Wieprz

Autorin und Bürgermeisterin auf den Spuren der Familie Preuß

Wieprz, wie das Dorf heute heißt, liegt südlich von Saalfeld am Geserichsee. Bevor es seinen jetzigen Namen erhielt, hieß es prußisch Weepern, deutsch Weepers und polnisch Wilczaki. Seit der Zeit, bevor die Ritter des Deutschen Ordens kamen, lebte die Familie Preuß an diesem Ort – 800 Jahre lang. Die letzte hiesige Vertreterin der Familie Edelgard Hermann, geborene Preuß, starb vor drei Jahren. Ihre Lebenserinnerungen hat Dorota Pasko-Sawczynska, die Bürgermeisterin des nahe gelegenen Dorfes Motitten, aufgezeichnet und als Buch herausgegeben.


Zeigt ihr Buch über Edelgard Preuß: Dorota Pasko-Sawczynska Bild: U. H.

Im letzten Kapitel zitiert Dorota Pasko-Sawczynska einen Hinweis von Edelgard Preuß auf die Familiengeschichte: „Meine Vorfahren hatten schon in der Zeit vor den Kreuzrittern das Recht, auf dem Geserichsee Fische zu fangen." Das war auch noch zu ihren Lebzeiten so. Die Familie siedelte Fischer an und baute ihnen, wie damals üblich, Häuser. Eines dieser Fischerhäuser wurde Edelgard Preuß vom Ehepaar Herold, das bei ihren Eltern angestellt war, überschrieben. Das war nach dem Zweiten Weltkrieg und den Enteignungen, die ihr Leben vollkommen geändert hatten. In diesem Haus verbrachte sie ihren Lebensabend, und dort begegneten einander Edelgard Preuß und ihre Biografin.

Das Buch „Von Weepers nach Wieprz. Der Lebensweg des Fräulein Preuß" hat seinen Beginn in einem Zufall. „Wie viele interessante Dinge", ergänzt Dorota Pasko-Sawczynska, „ein Gast meines agrotouristischen Hofes hat mich auf Edelgard Preuß aufmerksam gemacht, die ich bis dahin noch nicht kannte. Ich habe ihm selbst gebackenes Brot und Konfitüre für sie mitgegeben." Dem Dank für die Gaben folgte eine Einladung und später jahrelange Gespräche, die das Material lieferten, aus dem das Buch entstand.

Das Fischerhaus war ein wichtiger Punkt des Ausfluges auf den Spuren von Edelgard Preuß, der im Rahmen der Präsentation des Buches im Herbst organisiert wurde. Von dort hatte Edelgard Preuß einen wunderbaren Ausblick über den Geserichsee auf die Insel Bukowitzwerder, die einmal ihrer Familie gehörte und ihr nach der Enteignung kurze Zeit als Wohnort diente, einen Blick auf die dortige Fluchtburg der Prußen, in deren ringförmiger Anlage vier, früher fünf, Holzkreuze Gräber vom Ende des Zweiten Weltkriegs anzeigen. Dort liegen unter anderem eine Frau Preuß aus Insterburg und Stefan, ein ehemaliger Offizier der zaristischen Armee und Zwangsarbeiter bei der Familie Preuß. Ein deutscher Soldat, der im See eingefroren von Edelgard Preuß' Vater gefunden und dort begraben wurde, wurde inzwischen auf den Friedhof in Bartossen überführt.

Reges Interesse an deutscher Geschichte

Es sind solche Details, die den Ausflug und das Buch so wertvoll machen. Zwar konnte kein Mitglied der Familie Preuß zur Vorstellung des Buches kommen, doch mit der aus Weepers stammenden Hilda Klosinska war eine Zeitzeugin dabei, die Edelgard Preuß persönlich gekannt hatte. Sie ergänzte mit ihrem Wissen die Erklärungen vor Ort um interessante Einzelheiten.

Das große Interesse der jetzigen Bevölkerung an der Geschichte ihrer Region, wie sie am individuellen Schicksal von Edelgard Preuß deutlich wird, zeigte sich an der regen Teilnahme. Etwa 60 Personen waren gekommen, überwiegend aus der Gemeinde, aber auch Vertreter des regionalen polnischen Fernsehens. Das auf polnisch und deutsch erschienene Buch soll dabei helfen, eine regionale Identität schaffen, die vielen heutigen Bewohnern des Dorfes fehlt. Dazu soll auch ein geplanter Pfad auf den Spuren von Edelgard Preuß beitragen.

Für Edelgard Preuß selber war ihre Identität klar, wie der Schluss des Buches von Dorota Pasko-Sawczynska zeigt: „Ich bin keine Deutsche – wenn ich eine wäre, würde ich schon lange in Deutschland wohnen. Aber das ist nicht mein Land. Ich bin auch keine Polin, obwohl ich in Polen wohne. Meine Familie stammt von den Prußen ab. Ich bin ganz einfach von hier – aus Wieprz, Weepers, oder vielleicht sogar aus Wepern?"

Uwe Hahnkamp

***Dorota Pasko-Sawczynska „Von Weepers nach Wieprz. Der Lebensweg des Fräulein Preuß"**, Matyty 2012*

Gelebte Freundschaft

Eisenbahnbeamter schildert seine Erfahrungen mit Amerikanern

Siegfried Kugies aus dem hessischen Trebur im Kreis Groß-Gerau hat die deutsch-amerikanische Freundschaft gelebt und lebt sie immer noch, was besagt, dass diese Freundschaft gegenseitig ist: Sie wird von den US-Freunden des gebürtigen Ostpreußen bis heute herzlich erwidert. Grundlage dafür waren ausgezeichnete Englischkenntnisse, die Kugies während seiner Kriegsgefangenschaft in den USA und Wales erworben hatte, ferner seine berufliche Laufbahn bei der Deutschen Bundesbahn und nicht zuletzt sein Naturtalent als „Netzwerker". In seiner Autobiografie mit dem Titel „Der ostpreußische Eisenbahner und die Amerikaner" blickt Siegfried Kugies zurück auf ein bewegtes Leben als Eisenbahnbeamter, Ehemann, Vater und Großvater, viele Reisen, internationale Kontakte und ehrenamtliche Tätigkeiten, die von großem sozialem Engagement und Bürgersinn zeugen. Das Buch enthält auch einige ins Englische übersetzte Kapitel. Zur Buchvorstellung in Trebur war auch der inzwischen 90-jährige Colonel Gail Halvorsen aus den USA angereist. Mit ihm verbindet den Autor seit der Berliner Luftbrücke von 1948/49 eine mehr als 60-jährige Freundschaft: Auch Siegfried Kugies war an der Luftbrücke beteiligt, da er als Eisenbahnrangierer zu einer Abordnung auf dem Bahnhof Walldorf gehörte, die Kesselwagen mit Flugbenzin auf der Rhein-Main Air Base der US-Luftwaffe bereit stellte.

Am 3. Oktober 1926 kam Siegfried Kugies in Eschingen im Kreis Angerapp zur Welt. Sechs Jahre später übernahmen seine Eltern einen größeren Hof in Klein-Budschen im Kreis Angerburg. Der Autor besuchte noch die Hindenburgschule in Angerburg, heute Wegorzewo, als er 1944 mit 17 Jahren zur Waffen-SS einberufen wurde. Im Januar 1945 geriet er während der Ardennenoffensive in US-amerikanische Gefangenschaft. Ausführlich schildert er seine Erlebnisse während der fast vierjährigen Kriegsgefangenschaft in den USA, Belgien und Wales, wo es ihm während seines fast zweijährigen Arbeitseinsatzes auf einem Bauernhof sehr gut ging. Im April 1948 kehrte er heim zu Eltern und Geschwistern, die nach ihrer Flucht aus Ostpreußen in Trebur lebten. Der Ort wurde seine zweite Heimat. Kugies be-



gann eine Ausbildung bei der Reichsbahn, heiratete Rosel Jäger aus ortsansässiger Familie und baute ein Haus. Eine wichtige Etappe seines beruflichen Aufstiegs bei der Deutschen Bundesbahn war die Ernennung zum Abteilungsleiter Verkehr in Walldorf 1961. 1974 wechselte er zur Bundesbahndirektion Frankfurt/Main in die Abteilung für Touristik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Marktbereich US-, Kanadische und Britische Streitkräfte. Unter anderem organisierte er die beliebten „Recreation Specials", Freizeitunternehmungen für Soldaten und ihre Familien, die in Europa Land und Leute kennenlernen sollten. „Siegy", wie ihn die Amerikaner nannten, veranstaltete und moderierte auch über 50 Konzerte mit amerikanischen Militärorchestern.

> Touristik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Seminare bei der Stiftung Bahnsozialwerk: Kugies Aufgaben waren vielfältig

Der Autor betont, er habe nicht nur zwischen den Sprachen vermittelt, sondern zwischen den Menschen, denn vor allem Kommunikation trage zur Völkerverständigung bei. Mit einer Feier anlässlich seines 40. Dienstjubiläums und der Verleihung einer besonderen Auszeichnung würdigten die US-Streitkräfte 1990 Kugies' Verdienste um die deutsch-amerikanische Freundschaft. Seit 1977 Mitglied der Treburer Gemeindevertretung, war Siegfried Kugies 1981 bis 1997 Gemeinderatsvorsitzender und ist heute Ehrenvorsitzender der Gemeinde Trebur.

Doch damit nicht genug: Als Seniorenbeauftragter der Stiftung Bahnsozialwerk in seiner Region führte er bis 2008 30 Senioren-Seminare durch, organisierte Senioren-Tanzveranstaltungen, plante und begleitete Reisen für die Treburer Vereine und gründete den Obst- und Gartenbau-Verein neu. Weiterhin sammelte Siegfried Kugies für die Deutsche Gesellschaft Mauersee und die Johanniter-Sozialstation im heute polnischen Angerburg Medikamente und Hilfsmittel, die er bei seinen Besuchen mitbrachte, und förderte den Schüleraustausch zwischen Trebur und einem Ort in Ostpreußen. Für seinen vorbildlichen ehrenamtlichen Einsatz wurde ihm 1990 vom Bundespräsidenten das Verdienstkreuz am Bande verliehen. 2011 erhielt Siegfried Kugies den Angerburger Kulturpreis des Landkreises Rotenburg/Wümme, worüber die *PAZ* bereits vor einem Jahr kurz berichtet hat. Die Begründung des Kuratoriums lautete: „Das Buch von Siegfried Kugies ist eine optisch gelungene, illustrierte, ausführliche Darstellung des Lebenslaufes eines Angerburgers. In seiner neuen Heimat gelang es ihm besonders für die Völkerverständigung zu wirken."

Dagmar Jestrzemski

***Siegfried Kugies (Mitwirkende bei der Ausführung: Else Kraft, Dr. Peter Roth): „Der ostpreußische Eisenbahner und die Amerikaner"**, Manufaktur für Biografien & Firmenchroniken, Heppenheim 2011, kartoniert, 456 Seiten, 20 Euro*

Apokalypse bald?

Laut Prophezeiung eines Dresdener Maya-Kalenders stirbt am 21. Dezember die Welt – wenn man sich dabei nicht verrechnet hat

Nostradamus mit seinen Katastrophen-Vorhersagen ist von gestern. Jetzt redet alles von einer alten Maya-Handschrift, die uns eine nicht gerade rosige Zukunft verspricht. Ginge es nach ihr, könnten wir uns die Weihnachtseinkäufe sparen: Das Fest fällt aus!

Spätestens seit dem Kinostart von Roland Emmerichs Film „2012“ vor drei Jahren geht die Angst um, am 21. Dezember 2012 könnte vielleicht tatsächlich irgendwie die Welt untergehen – sei es durch den Ausbruch eines Supervulkans im Yellowstone-Nationalpark oder den Einschlag von „Killerasteroiden“ aus den Tiefen des Alls, sei es wegen des Umstandes, dass sich zur Wintersonnenwende ein „Sternentor“ öffnet, durch das die tödliche Strahlung aus dem dunklen Zentrum der Milchstraße auf unsere Erde trifft. Auf jeden Fall aber wird in seltener Einmütigkeit kolportiert, das zentralamerikanische Volk der Maya hätte diese Apokalypse mittels seines Kalenders bereits vor langer Zeit auf den Tag genau vorhergesagt. Das behaupten vor allem Esoteriker vom Schlage eines José Argüelles, dessen wirres Buch „The Mayan Factor“ 1987 den Grundstein für die heutige Panik legte, und so vermittelt es auch der Streifen Emmerichs, welcher von der US-Weltraumbehörde NASA freilich nicht ohne Grund zum absurdesten Science-Fiction-Film aller Zeiten gekürt wurde.



Verkündet viel Unheil: Die in der Sächsischen Landes- und Universitätsbibliothek aufbewahrte, 800 Jahre alte Maya-Handschrift „Codex Dresdensis“, deren Kalender-Hieroglyphen erst vor etwas mehr als 100 Jahren entschlüsselt wurden Bild: Norbert Millauer/dapd

Tatsächlich nämlich haben die Maya niemals einen Weltuntergangstermin kalendarisch fixiert. Vielmehr endet am 21. Dezember 2012 einfach nur der 13. Baktun ihrer Zeitrechnung, also eine Periode von 394 Jahren, welche Teil sehr viel größerer Zyklen ist, die im Extremfall eine fast unendliche Zahl von Jahren umfassen. Nur zur Verdeutlichung: Der absolute Nullpunkt der „Langen Zählung“ aller Tage seit Bestehen des Universums liegt im Jahre 28 285 978 483 664 581 446 157 32 8 241 745 v. Chr.! Der kalendertechnische Übergang vom 13. zum 14. Baktun ist also völlig unspektakulär und unterscheidet sich bloß dadurch von anderen derartigen Terminen, dass der angebliche Starttag der gegenwärtigen, vierten Schöpfung, der nach Meinung der Maya im Jahre 3114 v. Chr. gelegen habe, den gleichen Zahlenwert aufweist. Das jedoch resultiert einfach aus der ungewöhnlichen Zählweise des Steinzeitvolkes in Achtzehner- beziehungsweise Zwanzigerschritten und stellt keine Prophezeiung dar.

> Andere Prognosen der Maya weisen bis ins Jahr 9898 n. Chr.

Ebenso ist es unsinnig anzunehmen, der Kalender sei eine Art „Zeitzünder“, der in einem vorherbestimmten Moment die Apokalypse auslöse. Der Zweck des Mayakalenders lag einzig und allein in der Legitimierung der Macht der Gottkönige, indem er suggerierte, die Herrscher stünden im Dienste des heiligen Prinzips Zeit. Zudem existieren auch mehrere Datumsangaben der Maya, welche Zukunftstermine betreffen, die weit nach dem 21. Dezember 2012 liegen. So weist eine Hieroglyphentafel in Palenque schon auf das kommende große Herrschaftsjubiläum von König Pacal am 21. Oktober 4772 n. Chr. hin! Und ein beschrifteter Knochen aus den Königsgräbern im guatemaltekischen Tikal trägt sogar ein Datum, das dem Jahre 9898 unserer Zeitrechnung entspricht. Dies sind klare Belege dafür, dass die Maya mitnichten von einem Weltende 2012 ausgingen. Andere Endzeitpropheten wiederum verweisen in ihrer Argumentation auf die Inschrift in der mexikanischen Ruinenstätte El Tortuguero, welche für den 21. Dezember 2012 die Wiederkehr des „vom Himmel herabsteigenden Gottes“ Bolon Yokte ankündigt (was den „Ufologen“ Erich von Däniken flugs dazu inspirierte, diesen als Außerirdischen zu deklarieren, der bereits im Jahre 931 449 v. Chr. in Mittelamerika für allerlei Kulturbereicherungen gesorgt habe). Jedoch sind die entsprechenden Zeichen allesamt stark erodiert, wodurch die Lesung problematisch ist. Außerdem berichtet der Codex Dresdensis, eine der drei weltweit noch erhaltenen Mayahandschriften, von regelmäßig wiederkehrenden Auftritten des Gottes an jedem Übergang von einem Katun zum anderen, mithin also alle 7200 Tage: „Es endete der Katun, es gibt Tod und Erdbeben, es ist der Sommer von Bolon Yokte, ... dem Herrn des Feuers von Su. Schmerz ist den Menschen, Elend den Ländern und den Städten.“ Daraus kann man klar ersehen, dass Bolon Yokte keineswegs als Auslöser eines singulären Weltuntergangs galt, sondern als Gott, der mit den wiederkehrenden lokalen Katastrophen in Verbindung gebracht wurde, wie sie für die Region typisch waren und noch immer sind.

> Die Maya haben sich verrechnet. Sie sind längst untergegangen

Und auch die letzte Seite des Codex Dresdensis mit ihrer berühmten Flutszene, die neuerdings recht häufig als Ankündigung der Apokalypse vom 21. Dezember 2012 interpretiert wird, gibt keinen wirklich brauchbaren Hinweis her. Zwar schütten das Große Himmelskrokodil und die Göttin Chak Chel hier in der Tat gewaltige Mengen Wasser auf die Erde, aber aus dem Kontext der vorhergehenden Ausführungen ergibt sich zweifelsfrei, dass es dabei um Überschwemmungen geht, die alle fünf Jahre auftreten, und zwar als Folge eines der Hurrikans, welche die mexikanische Halbinsel Yucatan in böser Regelmäßigkeit heimsuchen.

Angesichts all dessen sind wir gut beraten, wenn wir auch 2012 unsere üblichen Weihnachtseinkäufe tätigen, statt den Keller mit Konserven, Wasserflaschen und allerlei überteuerten „Survival“-Utensilien vollzupacken. Die wirklichen Gefahren für unser Wohl und Wehe lauern sicher anderswo als im Mayakalender!

Wolfgang Kaufmann

Unerwünschte Gäste

Wissenschaftler suchen Mittel gegen importierte Krankheitserreger aus den Tropen

Klimawandel und Globalisierung sind die Ursachen von „importierten“ Infektionskrankheiten aus den Tropen, die seit mehr als zehn Jahren auch in den USA und Europa auftreten. Im Hamburger Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin (BNI), besser bekannt als Tropeninstitut, befassen sich Wissenschaftler mit der Erforschung und dem Nachweis von Viren, die derartige Krankheiten bei Tieren und Menschen hervorrufen.

Das BNI ist Deutschlands größte Einrichtung für Klinik, Lehre und Forschung auf dem Gebiet der tropentypischen Erkrankungen und neu auftretender Infektionskrankheiten. Im westafrikanischen Regenwald von Ghana betreibt das BNI in Zusammenarbeit mit der Universität von Kumasi ein modernes Forschungs- und Ausbildungszentrum. Derzeit strebt die Institutsleitung gemeinsam mit weiteren Einrichtungen als „Region Hamburg“ eine Beteiligung an dem 2010 vom Bundeministerium für Forschung und Bildung gegründeten „Deutschen Zentrum für Infektionsforschung“ an.

Laut dem Mückenexperten Egbert Tannich sind bisher im nördlichen Europa nur Urlaubsreisende und Migranten von Krankheiten wie Malaria und Dengue-Fieber betroffen, doch könnte sich dies in den nächsten Jahren ändern. Gegen viele dieser Krankheiten gebe es keine Impfstoffe.

Überträger von Tropenkrankheiten sind in der Regel infizierte Mücken, Zecken und erkrankte Zugvögel, aber auch durch Waren in Containern aus Übersee werden die Viren über ihre Wirtstiere verbreitet. Für die Tropenländer selbst wird für die Zunahme der meisten Infektionskrankheit ein Zusammenhang mit der Zerstörung von Ökosystemen angenommen, vor allem die Abholzung des Regenwaldes. In unseren Breiten kommt es in warmen, regenreichen Sommern zur explosionsartigen Vermehrung der Stechmücken. Erst im vergangenen Jahr wurde mit einer Kartierung aller in Deutschland vorkommenden Mückenarten begonnen. Asiatische Tigermücken, die bereits in Süddeutschland nachgewiesen wurden, sind die Überträger des West-Nil-Virus, das sich rasant in den USA ausgebreitet hat und bereits bis zum Balkan vorgedrungen ist. Es werden zurzeit die Orte gesucht, an denen sich die Tigermücke aufhält, um eine mögliche Ausbreitung in Deutschland, zum Beispiel im Oberrheingraben, zu stoppen. Um 1990 hatte sich diese Mückenart in der Po-Ebene eingenistet, worauf auch die jüngsten Ausbrüche des Chikungunya- und des Dengue-Fiebers in Italien zurückzuführen seien, erklärte der Leiter des Tropeninstituts, Rolf Horstmann. Im Sommer 2011 kam es in Südwestdeutschland erstmals zu einem massenhaften Amselsterben infolge des Usutu-Virus. Ornithologen zufolge verendeten bis zu 100 000 Singvögel.



Bild: Alexander Heimann/dapd

„Ganzkörperkondom“: Nur gut geschützt können Virologen sicher forschen

2001 hatte man das seit 1959 bekannte Virus in Wien und damit erstmals außerhalb Afrikas festgestellt. Wissenschaftler des BNI wiesen die Usutu-Viren in einheimischen Steckmücken nach und fanden jetzt heraus, dass die Viren in ihren Wirtstieren überwintern können. In diesem Jahr hat sich das Usutu-Virus auch in Rheinland-Pfalz ausgebreitet.

Aus Nordrhein-Westfalen wurden erste Fälle gemeldet. Menschen werden aber offenbar nur selten infiziert. Ansonsten sind die Symptome ähnlich wie bei einer Grippe. Hinzu kommen Hautausschläge, und zuvor schon immungeschwächte Patienten könnten an einer Gehirnhautentzündung erkranken. Die Forscher rechnen damit, dass sich das Usutu-Virus noch jahrelang in Deutschland halten und weiter ausbreiten wird.

Dagmar Jestrzemski

Heute ist 2020!

Advent, Advent: Der römische Kalender irrt

Das Weihnachtsfest dieses Jahres begehen wir im Jahre 2012 n. Chr. Das verheißen uns alle gültigen Kalender. Aber die christliche Zeitrechnung begann erst, nachdem der römische Abt Dionysius sie im Jahre 525 einführte. Doch auch er hätte damals 500 Jahre zurückrechnen müssen, um das Jahr 1 festzulegen. Denn später hat die Forschung festgestellt, dass der Abt sich irrte: Jesus muss sieben oder acht Jahre vor dem Jahr 1 geboren worden sein!

Zur Zeit der Geburt des Gottessohnes war Herodes Statthalter in Palästina, das zum Römischen Reich gehörte, und der römische Kaiser hieß Augustus (= Oktavian). Er verstarb wenige Jahre nach Christi Geburt. Zu seiner Zeit umspannte das Römische Reich fast die gesamte damals bekannte Welt. Kunst und Wissenschaft, vor allem auch die uns überlieferte Dichtkunst standen in höchster Blüte!

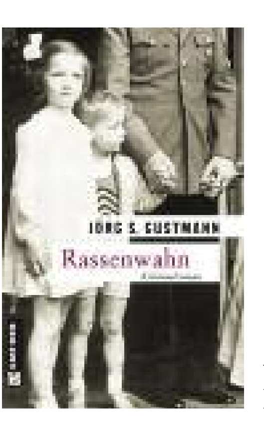
Griechenland und Spanien waren römische Provinzen geworden, und auch Mazedonien, weite Teile Kleinasiens und Karthago hatten sich dem römischen Kaiser unterwerfen müssen. Des Kaisers Stiefsohn Drusus hielt mit seinen Legionen große Teile Germaniens besetzt.

Herodes, des römischen Kaisers Statthalter in Palästina, regierte sein Refugium mit äußerster Härte, denn die Juden leisteten aktiven und passiven Widerstand gegen die Macht der römischen Besatzung. Herodes ließ Hunderte von Juden zum Tode verurteilen und hinrichten. Auch von seiner eigenen Familie duldete Herodes keinen Widerspruch.

Die Angst griff weit um sich in Palästina, und wie ein Lauffeuer verbreitete sich damals die Nachricht, dass „Jesus, der König der Juden“ in Bethlehem geboren worden war. Darum ließ König Herodes in der Umgebung Bethlehems 20 neugeborene Knaben töten. Zu der Zeit aber waren Josef und Maria mit ihrem Kind bereits auf der Flucht nach Ägypten. Da Herodes bereits im Jahre 4 vor Christus starb, den Kindermord aber bereits zu seiner Lebzeit angeordnet haben soll, kann die christliche Zeitrechnung nicht stimmen!

Das von Abt Dionysius angenommene Geburtsjahr Jesu müsste also korrigiert werden! Aber das ist für unsere gültige Zeitrechnung, für den christlichen Glauben sowie auch für die Religionslehrer und die Geschichtsforscher eigentlich ohne wesentliche Bedeutung.

Anne Bahrs



Mordmotiv Lebensborn

Krimi beleuchtet NS-Zeit

Blond wie Hitler, groß wie Goebbels und schlank wie Göring sollte die künftige „Herrenrasse“ sein – so spottete der Volksmund in den 30er Jahren über das Ziel des „reinen Ariertums“ im Dritten Reich. Der von Heinrich Himmler 1935 ins Leben gerufene Verein Lebensborn e.V. verschrieb sich diesem Ideal voll und ganz. Auf der Grundlage der nationalsozialistischen Rassenhygiene und Gesundheitsideologie beabsichtigte er, die Geburtenrate „arischer“ Kinder zu erhöhen und den Nachwuchs für Führer, Volk und Front zu sichern. Dazu richtete der Verein spezielle Heime ein, in denen von der SS ausgewählte Mütter, eheliche oder uneheliche Kinder anonym entbinden und zur Adoption an hochrangige NS-Familien freigeben konnten. Insgesamt 11000 Kinder kamen in solchen Heimen zur Welt.

Im Laufe des Krieges wurden auch Kinder aus den von Deutschland besetzten Gebieten dorthin verschleppt und aufgezogen, sofern sie die vermeintlichen Merkmale der „nordischen Rasse“ aufwiesen. Im tschechischen Dorf Lidice im Jahr 1942 etwa wurden 13 der 98 betroffenen Kinder für den Lebensborn selektiert. Die anderen kamen ins Vernichtungslager Kulmhof und wurden dort vergast.

Der Dortmunder Autor und Zahnarzt Jörg Gustmann widmet sich in seinem Krimi „Rassenwahn“ diesem dunklen Kapitel der deutschen Geschichte. Eine ungewöhnliche Mordserie erschüttert Hamburg. Fünf Menschen, die vor 70 Jahren in Lebensbornheimen zur Welt kamen, sterben. Zwei Jahre zuvor waren alle von ihnen als Zeugen in einem Gerichtsprozess gegen zwei ehemalige SS-Angehörige aufgetreten, die sich als Massenmörder und Kriegsverbrecher schuldig gemacht hatten und lange Zeit durchs Raster gerutscht waren.

Kommissar Martin Pohlmann hat seine Schwierigkeiten mit dem Fall. Nach einer erfolglosen Burnout-Therapie in Ecuador ist er gerade erst in den Dienst zurückgekehrt. Zur Seite steht ihm sein früherer Arbeitskollege und guter Freund Werner, der ab und an zu unkonventionellen Maßnahmen greift. Die Ermittlungen führen Pohlmann in eine psychiatrische Anstalt. Das Kollegium möchte eine Gedenkfeier für Dr. Keller halten, der angeblich Selbstmord begangen hat. Dieser hielt sich Zeit seines Lebens für schuldig an einem Mord.

Autor setzt sich mit Schuld und Sühne der Täter auseinander

„Rassenwahn“ ist der Auftakt zu einer Krimi-Serie. Der spannende Gegenwartsthriller mit historischem Bezug führt den Leser in die Abgründe menschenverachtender Gesinnungen und gibt den aussterbenden Opfern eine Stimme. Einfühlsam zeichnet Gustmann seine Charaktere und behandelt aufrüttelnde psychologische Fragen: „Wie lebt ein Erwachsener mit der Tatsache, dass er adoptiert wurde und der leibliche Vater ein SS-Offizier oder gar ein Kriegsverbrecher war? Kann man jemals inneren Frieden und Versöhnung finden, wenn man von den eigenen Eltern ungewollt war und weggegeben wurde?“

Das Buch ist nichts für sanfte Gemüter – insbesondere wenn es um die medizinischen Experimente und das Euthanasieprogramm mit denjenigen Lebensborn-Kinder geht, die nicht den NS-Rassekriterien genügten. Gelegentlich scheint der Brotberuf des Autors in seiner Erzählung durch, wenn er Details zum Zahn- und Mundzustand seiner Figuren schildert.

Sophia E. Gerber

***Jörg S. Gustmann: „Rassenwahn“**, Gmeiner-Verlag, Meßkirch 2012, kartoniert, 567 Seiten, 12,90 Euro*



Kabarettist beobachtet Polen

Unterschiede zwischen den Nachbarn humorvoll in Szene gesetzt

Wo man sich melden müsse, um die polnische Staatsangehörigkeit zu bekommen, ist für den polnischen Schaffner Mirek in Steffens Möller Werk „Expedition zu den Polen“ ganz klar: „Beim Psychiater. Wer will denn die polnische Staatsangehörigkeit haben? Nur Debile.“ Der Leser muss nun unfreiwillig schmunzeln, wie an vielen Stellen des Buches. Denn auch wenn die Polen es nicht glauben wollen, tatsächlich wandern sehr viele Deutsche ins Nachbarland aus. Laut Statistiken ist es das drittbeliebteste Auswanderungsland der Deutschen. Die polnische Kultur und Lebensweise hat allerdings ihre Tücken, und wer könnte sie besser kennen, als der bekannteste deutsche Gastarbeiter in Polen: Steffen Möller.

Vor 17 Jahren reiste er das erste Mal nach Krakau, um dort die Sprache zu lernen. Nun ist er in beiden Ländern als Kabarettist unterwegs und beschäftigt sich in seinen Programmen mit den deutsch-polnischen Unterschieden. So ist auch das Buch, das er als eine Art interkulturelle Einführung in die Lebensweise der Polen versteht, gespickt mit viel Ironie, allerdings der sympathischen Art, ohne die deutsche oder die polnische Seite zu verletzen.

Um den Leser auf den Kulturschock Polen vorzubereiten, lädt uns der Autor zu einer Reise mit dem Intercity Express Berlin-Warschau ein. Ganz langsam verlassen wir mit ihm Deutschland und begeben uns in das Unbekannte. Nach und nach wird dem Leser klar, warum es immer wieder zu Missverständnissen zwischen den beiden Ländern kommt, dabei bestätigt sich Möller als Anthropologe und guter Beobachter. Man erfährt, warum die Polen einen für verrückt halten, der die polnische Staatsangehörigkeit wünscht – ganz klar die Polen hassten ihren Staatsapparat. Auch wenn der nicht mehr kommunistisch ist, so sei er korrupt und durchweg faul geblieben. Und doch lieben sie ihr Land mit ganzem Herzen. Laut einer Umfrage sind die Polen viermal so glücklich wie die Deutschen. Fährt man jedoch mit Steffen Möller im Intercity, so begegnet man vielen mürrischen Menschen. Denn die Polen praktizierten zu gern das „negative thinking“. Die Standardantwort auf die Frage „Wie geht's?“ ist nicht etwa „gut“, sondern „stara bieda“, was sinngemäß vom Autor als „beschissen wäre geprahlt“ übersetzt wird. Denn die glücklichsten Menschen Europas lebten in einem schlechten Staat, daher dürfte man in der Öffentlichkeit nur jammern.

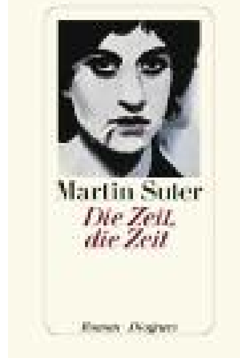
Glückliche Menschen leben in einem schlechten Land

Es gibt noch viel mehr verwirrende polnische Eigenheiten, denen sich der Autor in seinem Buch mit viel Witz widmet. So hassten sie es Monate im Vorfeld zu planen, seien misstrauisch und verfolgten selten irgendwelche Regeln, dafür liebten sie es zu improvisieren, seien sehr emotional, überschütteten sich gegenseitig mit Komplimenten. Somit seien sie in vielerlei Hinsicht das genaue Gegenteil von den Deutschen. Solange man diese Tatsache beherzigt – das lernt man in Möllers Buch – wird man wunderbar mit den Macken des jeweils anderen zu Recht kommen und kann sie sogar häufig als charmant empfinden.

Als gebürtige Polin wie im Falle der Rezensentin muss man wahrscheinlich noch mehr bei der Lektüre lachen, als wenn man gar keinen Bezug zu Polen hat, auf jeden Fall lernt man die Polen ganz anders kennen. Beschwingt führt Möller die Leser durch 288 Seiten, in denen sich nicht nur Anekdoten, Beobachtungen und sicherlich auch ein paar überzogene Klischees, sondern auch einige Statistiken und Zahlen wiederfinden – eine gute Mischung eben. Daher ist es ein schönes Buch für Polenhasser und -Liebhaber gleichermaßen.

Anna Gaul

***Steffen Möller: „Expedition zu den Polen – Eine Reise mit dem Berlin-Warszawa-Express“**, Malik Verlag, München 2012, geb., 288 Seiten, 14,90 Euro*



Zeit heilt nicht alle Wunden

Erfolgsautor verarbeitet den Tod seines Sohnes im Roman

Der bekannte Schriftsteller Martin Suter führt ein Leben, von dem viele seiner Leser nur träumen. Er besitzt ein Haus in der Altstadt von Ibiza und eine Villa im Kolonialstil mit Olivenbäumen und Weinfeldern in Guatemala. Dort wohnt er abwechselnd mit seiner zweiten Frau, einer Mode-Designerin, und seiner Adoptivtochter. Alles, was der gelernte Werbetexter mit seiner Schreibfeder berührt – egal ob Romane, Drehbücher oder Songtexte – wird zu Gold. „Bis vor drei Jahren“, sagt der 64-Jährige in einem Interview, „hab ich das mit dem Talent zum Glück auch geglaubt und hab den Neid der Götter zu fürchten begonnen“. Doch dann passiert das Unfassbare. 2009 stirbt sein dreijähriger Adoptivsohn Antonio bei einem Unfall. Den Tod hat Suter bis heute nicht verwunden, wie er dem Nachrichtenmagazin „Focus“ kürzlich anvertraute: „Die Zeit heilt alle Wunden, das glaube ich nicht.“ In seinem neuen Roman „Die Zeit, die Zeit“ geht es um Trauer, Verzweiflung, Einsamkeit und Hoffnung.

Protagonist ist der Buchhalter Peter Taler, dessen Frau Laura eines Abends direkt vor der Haustür aus dem Hinterhalt erschossen wird. Seitdem durchlebt der 42-Jährige jeden Abend den gleichen Ablauf der Ereignisse vor dem schrecklichen Mord: Er trinkt drei Feierabendbier, dünstet Zwiebeln und Tomaten in der Pfanne, kocht Nudeln und erfüllt die Wohnung mit dem Duft von frischem Basilikum. Tagein tagaus bereitet er dasselbe Essen zu, dazu eine Flasche Wein, deckt den Tisch für zwei Personen und zündet sogar eine Zigarette für Laura an, obwohl er Nichtraucher ist. Zwischendurch schaut er immer wieder aus dem Fenster auf die Häuser und Gärten in der Nachbarschaft, so als ob der Täter wiederkehren und er das Schicksal ungeschehen machen könnte.

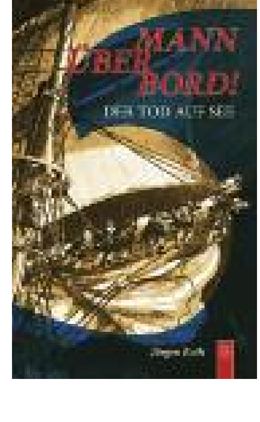
Einen ersten Hinweis entdeckt Taler im Garten seines schrulligen Nachbarn Knupp. Der pensionierte Lehrer scheint tatsächlich mehr über Lauras Tod zu wissen. Im Gegenzug für seine Informationen verlangt dieser Mithilfe bei einem merkwürdigen Experiment. Er will in die Vergangenheit zum 11. Oktober 1991 zurückkehren. An diesem Datum flog er in den Urlaub nach Kenia. Nach der Reise erkrankte seine Frau an Malaria und starb. Laut der Theorie der Kerbelianer, einer erfundenen, esoterischen Bewegung, braucht der Witwer dazu weder eine Zeitmaschine noch Science-Fiction-Kräfte. Er muss lediglich die Umgebung wieder exakt so herstellen wie vor 21 Jahren und alle Veränderungen, die seitdem passiert sind, rückgängig machen. Zusammen mit Taler versetzt der Rentner das Haus und die Nachbarschaft in den Zustand von damals, tauscht die Gartenpflanzen aus und rekonstruiert selbst den Faltenwurf der Bettdecke anhand alter Fotos. Um die Spuren des Alters zu verwischen, geht Knupp sogar zum plastischen Chirurgen.

Was zunächst wie eine surreale Geschichte anmutet, entpuppt sich bald als unterhaltsamer, spannender und intelligenter Roman. Originell lässt Suter seine Figuren über Themen wie Raum, Zeit und Tod philosophieren: „Wenn das stimmen würde, würde alles, was wir zu wissen glauben, auf den Kopf gestellt.“ „Verändert das Experiment den Lauf der Dinge? Und falls ja – was ist dann mit dem Jetzt? Wenn wir nachträglich den Lauf der Dinge ändern?“

Die Lektüre vergeht wie im Fluge und entsprechend rasant ist auch der Showdown mit dem Höhepunkt des Experiments und der Aufklärung von Lauras Mord. Das Thema Zeit hat Suter als Schaltjahrkind übrigens seit jeher interessiert und spielte bereits in seinem Roman „Ein perfekter Freund“ eine große Rolle.

Sophia E. Gerber

***Martin Suter: „Die Zeit, die Zeit“**, Diogenes Verlag, Zürich 2012, geb., 296 Seiten, 19,95 Euro*



Von Rettung und Tod auf hoher See

Erfahrener Kapitän schildert ohne romantische Verklärung spannende Ereignisse an Bord von Schiffen

Es ist kein Platz für die „romantische Seefahrt“ in Jürgen Raths „Mann über Bord! Der Tod auf See“. Zu gefährlich war das Leben eines Seemanns, der oft nur aus Verzweiflung diesen Beruf erwählt hatte, weil es an Land kaum Alternativen gab.

Wer das Donnern der Brandung bei einem Ausflug an der Nordsee noch im Ohr hat, der kann sich gut vorstellen, dass die Arbeit auf einem Segelschiff hoch oben in den Masten kein Zuckerschlecken war. Da schwankte und ruckte es in der Takelage, doch unermüdlich mussten die Matrosen ihrer Arbeit nachgehen, zum Wohle des Schiffes und der Ladung. Wohl jeder hat noch den Spruch „eine Hand für den Seemann, eine Hand für das Schiff“ im Ohr, aber häufig ließen sich die Arbeiten nur in freier Balance ausführen, mit beiden Händen in den Segeln, in der Hoffnung, nicht abzurutschen. Ihre Kraft und Ausdauer halfen ihnen zwar, doch immer wieder fielen Seeleute aus dem Mast ins Wasser und ertranken oder blieben mit zerschmetterten Gliedern an Deck liegen. Damit auch „Landratten“ verstehen, wie und unter welchen Bedingungen diese Unfälle zustande gekommen sind, beschreibt der Autor zunächst die Arbeiten auf Segel- und Dampfschiffen und stellt die verschiedenen Berufsgruppen an Bord vor.

Bei der aufkommenden mondänen Passagierschifffahrt sah die Welt nur den Luxus in der Ausstattung, nicht aber die kaum auszuhaltenden Arbeitsbedingungen der Heizer und Trimmer vor dem Dampfkessel tief unten im Schiffsrumpf, umgeben von einer unmenschlichen Hitze, welche die Feuer ausströmten: „Oben schwimmende Paläste, unten schwimmende Höllen“ war ein geflügeltes Wort an der Küste. Unter diesen Bedingungen blieben Unfälle, oft auch mit tödlichem Ausgang, nicht aus. Neben den Unfällen wird auch über „Mord an Bord“, der unter diesen abgeschiedenen Verhältnissen selten vorkam, über Selbsttötung und über die medizinische Versorgung an Bord berichtet. Wenn ein Seemann das Glück hatte, einen Unfall zu überleben, war er, weit entfernt von ärztlicher Versorgung, auf die Geschicklichkeit des Kapitäns angewiesen, wobei äußerlich erkennbare Verletzungen meistens einigermaßen erfolgreich behandelt werden konnten. Schwieriger war es bei inneren Krankheiten, wo der Kapitän anhand des Medizinbuchs an Bord eine Diagnose versuchen und den Patienten mit dem Inhalt der dürftig ausgestatteten Medizinkiste heilen musste. Auf den monatelangen Seereisen kam es auch immer wieder zu lebensbedrohlichen Mangelerkrankungen. Und wenn die Matrosen Landgang hatten, waren die Folgen einer Ansteckung durch Geschlechtskrankheiten oft langwierig oder auch tödlich. Wenn eine Behandlung nicht erfolgreich war oder ein Unfall zum Tode führte, gab es ordnungsgemäße Begräbnisrituale, die fest im Bordleben verankert waren.

Gefahren lauerten nicht nur an Bord

Rath berichtet aber auch von hoffnungsfrohen Ereignissen, denn trotz schwierigster Wetterlagen wurden immer wieder Seeleute, die über Bord gegangen waren, aus dem Wasser gerettet. Auch wenn sich viele Arbeitsbedingungen deutlich verbessert haben oder Berufsbilder wie Heizer und Trimmer inzwischen ausgestorben sind, so sind Unfälle auf See bis heute noch aktuell, wie sich ja auch an den beiden tragischen Todesfällen auf der „Gorch Fock“ in den letzten Jahren zeigt.

Jürgen Rath, Seemann mit Kapitänspatent und promovierter Historiker, lässt den Leser am Seefahrerleben teilnehmen, er beschreibt eindrucksvoll, welche Gefahren das Bordleben mit sich brachte und wertet Zeitzeugenberichte aus. Er erzählt spannend und mit breitem historischen und seemännischen Hintergrundwissen von den Ursachen für Unfälle und Todesfälle an Bord. Das lesenswerte Buch ist mit vielen aussagekräftigen zeitgenössischen Fotos und Abbildungen illustriert. Es gibt auch ein informatives Glossar für die Fachbegriffe und ist damit auch für „Landratten“ sehr geeignet.

Britta Heitmann

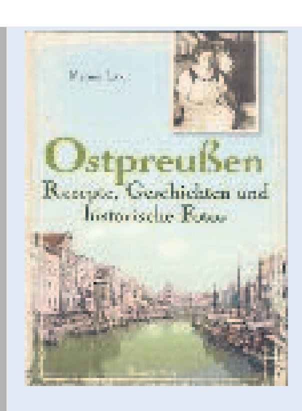
***Jürgen Rath: Mann über Bord! Der Tod auf See**, Sutton Verlag, Erfurt 2012, 128 Seiten, 16,95 Euro*



„Wolfskinder“
erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten“ zu sehen.

Laufzeit: 120 Minuten +
57 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 5568

statt € 14,95 nur noch € 9,95



Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb., 128 Seiten
Best.-Nr.: 7085, € 9,99

Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

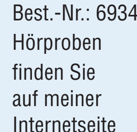
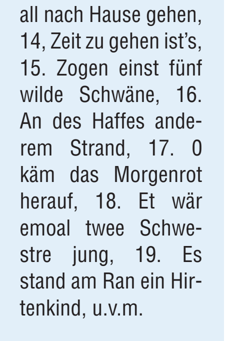




Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen 1942
Königsberg im Januar 1945
Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen
Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.
Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. all nach Hause gehen, 14. Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. O käm das Morgenrot herauf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, u.v.m.

Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auf meiner Internetseite





Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



Der Deutsche Osten
in alten Bildern
Eine einzigartige filmische Reise
Laufzeit: ca. 65 min.
Best.-Nr.: 7207, € 9,95

Barbara Mai
Spuren am Kurischen Haff
Die Reise an das Kurische Haff ist für viele eine Reise in die Vergangenheit. Sie wird zu einer Spurensuche in der alten Heimat, denn selten finden die in Ostpreußen Geborenen die vertrauten Bilder aus der Kindheit und Jugend wieder. Schmerzlich bruchstückhaft zeigt sich die Heimat dem Suchenden, übrig geblieben sind oft nur Spuren.
Barbara Mai geht den Spuren ihrer Herkunft in diesem Bild-/ Textband in einfühlsamer Text- und Bildsprache nach.



Geb., 96 Seiten, Bildband, 96 Abb.
Best.-Nr.: 3172

statt € 19,00 nur € 12,95



Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen“ erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land“ gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen“ den wohl schönsten lyrischen Ton.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m

Mit dem Ostpreußenlied
CD

Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770

statt € 12,95 nur € 9,95

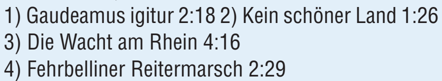
Alberten

Alberten
Anstecknadeln in Gold oder Silber mit dem Brustbild des Herzogs Albrecht von Preußen, des Stifters der 1544 gegründeten Königsberger Universität. Ursprünglich war der Albertus das Erkennungszeichen der Königsberger Studenten. Sie trugen ihn an Mütze, Hut oder Revers und machten sich damit als Bürger der alma mater Albertina kenntlich. Später wurde er als sichtbares Zeichen der bestandenen Reifeprüfung von den Abiturienten in ganz Ostpreußen getragen.
Auch heute noch lebt diese Tradition fort und viele Abiturienten tragen stolzerfüllt ihren Albertus.

Albertus klein
vergoldet, massive Ausführung an Nadel mit Sicherung,
Höhe 20 mm, Breite: 17 mm (ohne Nadel)
Best.-Nr.: 6645, € 4,95

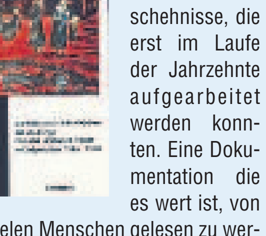
Albertus groß
vergoldet, massive Ausführung an Nadel mit Sicherung,
Höhe 32 mm, Breite: 28 mm (ohne Nadel)
Best.-Nr.: 6644, € 6,95

Pro Patria, Märsche und Lieder
1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206



CD
€ 17,95

Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945- 1948 Christel Wels, geb. Faust aus Groß Pöppeln im Kreis Labiau, Ostpreußen, am Kurischen Haff, beschreibt das Schicksal ihrer Familie in den Jahren 1945 bis 1948 im seit 1945 russischen Teil Ostpreußens. Unbeschreiblich Schlimmes haben die Zwillinge Christel und Alice, ihre Mutter sowie die Geschwister Elfriede und Gerhard erleiden müssen. Jahre, die für da ganze Leben prägend waren und Geschehnisse, die erst im Laufe der Jahrzehnte aufgearbeitet werden konnten. Eine Dokumentation die es wert ist, von vielen Menschen gelesen zu werden.
Man kann das Erlebte in einem Satz zusammenfassen: Vergeben ja, vergessen niemals.



Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



statt € 19,00 nur noch € 12,95

Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372

Romantisches Masuren, DVD
Wer Masuren als „Land der tausend Seen“ bezeichnet, der untertreibt. Es sind weit über 3.000 Seen, die diese romantische Landschaft von unberührten Flußläufen, von verschwiegenen Wäldern, goldgelben Kornfeldern, verträumten Städtchen und einer intakten Tier- und Pflanzenwelt prägen. Unsere Reise führt uns durch die Städte Passenheim, Ortelsburg, Johannisburg, Lyck, Arys, Rhein, Angerburg, Sensburg, Nikolaiken u. v. a. Die überwältigende Naturlandschaft Masurens erleben wir nicht nur in traumhaft schönen Bodenaufnahmen sondern ebenso in faszinierenden Szenen aus der Luft.
Laufzeit: 55 Min.
Best.-Nr.: 5397, € 19,95

Ostpreussen — Romantisches Masuren — DVD



Kurt von Tippelskirch
Geschichte des Zweiten Weltkriegs
Geb., 896 Seiten, 10 Karten und 55 militärische Skizzen im Textteil, 10 beigelegte militärische Lagekarten
Best.-Nr.: 7210, € 49,80



Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen“, Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95

Preußen-Schirmmütze




Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Königsberg-Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler. Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Husaren-Manschettenknöpfe

Silbernes Herrschermonogramm „F.W. R“ mit aufgesetzter Krone auf schwarzem Grund, silbern eingefasst. Die Vorderseite ist emailliert, Maße: Breite: 17 mm, Höhe: 19 mm. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 7017, € 24,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, CD Musikantengilde Halver, Harald Falk Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen, das Land der Elche und der Trakehner Pferde, das Land, das in unzähligen Büchern und Bildbänden seine Geschichte und seine Geschichten erzählt. Seine Lieder aber kennt man vielleicht aus dem Zupfgeigenhansl, aus dem Brummtopf, dem Liederschrein oder dem Wilden Schwan.
Als in den Jahren 1969 und 1970 die Schallplattendokumentation »Volkslieder aus den deutschen Vertreibungsgebieten« erschien, schrieb Professor Herbert Wilhelmi in den Begleittext über die Lieder aus Ostpreußen: »Der Liedergarten Ostpreußens aber ist besonders reich an Varianten, sowohl der Texte wie der Weisen. Die Daina im Memellande in ihrer transparenten Balladendichtung, die mit wenigen Strichen zeichnend ganze Lebensbilder erstehen läßt, ihre Merkmale tonaler Beziehungen zum griechischen Tonartenkreis, die Kürze der Melodieaussage, alles weist auf Urtypen des Balladengesanges hin, die im mitteleuropäischen Raume längst verklungen sind. Lieder wie ‚An des Haffes ander'm Strand', ‚O käm das Morgenrot' zeigen eine Vielfalt der Volkstemperamente von der Leidenschaft bis zur milden Heiterkeit, die diesem Volksstamme ganz besonders gut steht. Die Lieder der Masuren zeigen ähnliche Kürze in der Form. Häufig nur 6 Takte. Mehrere Lieder sind durch Liedblätter, Liederbücher in der letzten Zeit bekannter geworden, so die Abendlieder ‚Laßt uns all nach Hause gehen' oder ‚Zeit zu geh'n ist's'.



Gesamt: 66 min, 29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203

€ 12,95

Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen - die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes. Beate Szillis-Kappelhoff widmet sich in dieser ersten umfassenden Darstellung der Geschichte und Kultur der Prußen, jenem geheimnisvollen Volk, das dem späteren Staat Preußen seinen Namen gab.
Über viele Jahrhunderte verteidigten die Prußen, die zur baltischen Sprachfamilie gehörten, tapfer und zäh ihr Siedlungsgebiet zwischen der Weichsel und der Minge, also dem späteren West- und Ostpreußen. Schon zu Beginn des 11. Jahrhunderts hatten sich die Prußen stetig zunehmender Übergriffe der Polen zu erwehren, die eine Verbindung zur Ostsee suchten.
Als sie zu Beginn des 13. Jahrhunderts aus der reinen Verteidigung zu Vergeltungsschlägen gegen das nordpolnische, masowische Gebiet übergingen, rief der polnische Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe. Im Laufe des 13. Jahrhunderts gelang es den Rittern des Deutschen Ordens in einem besonders brutal geführten Eroberungskrieg, die Prußen zu besiegen und schließlich zu christianisieren. Aber es dauerte noch Jahrhunderte, bis die Sprache und Kultur der Prußen durch Unterdrückung, Missionierung und Assimilation verloren gingen.

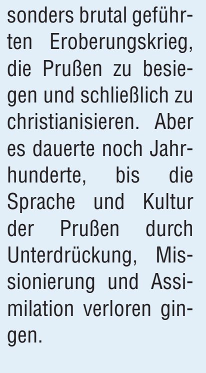
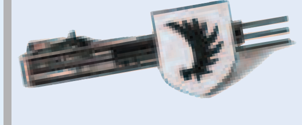


Geb., 395 Seiten, 123 Abbildungen
Best.-Nr.: 7209

€ 19,80

Elchschaufel-Krawattenklammer

Emailliertes Wappen
auf schwarz eloxierter Klammer. In dem Wappen befindet sich die Elchschaufel auf weißem Grund.

Maße des Wappens:
H: 18 mm, B: 16 mm.
Die Lieferung erfolgt in einem Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6801, € 12,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte

Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
50/12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Mehrheit gegen Zwangsgebühr

Hamburg – In einer Umfrage der TNS Forschung für den „Spiegel“ haben 60 Prozent der Befragten die Zwangsabgabe für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten abgelehnt. Ab 1. Januar müssen alle Haushalte an die Staatssender zahlen, auch solche, die keine Rundfunkgeräte haben. Nur 37 Prozent finden das richtig. *H.H.*

Reiche Chinesen wandern aus

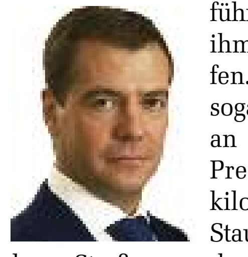
Peking – Rund 70 Prozent der wohlhabenden Chinesen haben ihr Land verlassen oder bereiten sich darauf vor. Als Gründe für den Exodus werden Rechtsunsicherheit und Korruption in China vermutet sowie die Hoffnung der Wohlhabenden, ihren Kindern im Ausland eine bessere Ausbildung zu ermöglichen und ihr Geld in Sicherheit zu bringen. Hauptziel der Auswanderer sind die USA. Experten befürchten, dass dieses Misstrauensvotum der Chinesen gegen ihr eigenes Land auch ausländische Investoren davon abschrecken könnte, sich in der Volksrepublik zu engagieren. *H.H.*

ZUR PERSON

Machtkampf oder PR-Aktion?

Eine „Mikrofon-Panne“ am Ende eines Fernseh-Interviews mit **Dmitrij Medwedjew** sorgte für Aufregung, als der Premierminister bei noch laufenden Kameras Mitarbeiter des russischen Sicherheitsdienstes als „Trottel“ bezeichnete. Der Staatssender „Russia Today“ veröffentlichte die Äußerungen anschließend auf „Youtube“. Handelt es sich um eine gekonnte PR-Aktion zugunsten Medwedjews, dessen Umfragewerte derzeit denkbar schlecht sind? Eine Mikrofon-Panne ist ein probates Mittel, um von Problemen abzulenken. Ein Beispiel lieferte der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer nach der Wahlschlappe der CDU in Nordrhein-Westfalen.

Über Medwedjews Rolle wird in jüngster Zeit oft gerätselt. Seit Putin immer lauter Kritik an dessen Kabinett äußert und bereits Köpfe gerollt sind, wird auch über die Absetzung des Ministerpräsidenten spekuliert. In der Presse wird Medwedjew heftig kritisiert. Schwäche und wirkungslose Amtsführung werden ihm vorgeworfen. Ihm wird sogar die Schuld an steigenden Preisen und kilometerlangen Staus auf Moskaus Straßen gegeben. Medwedjew selbst lobt hingegen immer wieder seine guten Beziehungen zu Putin und schließt eine erneute Kandidatur für das Präsidentenamt 2018 nicht aus.



Kommentatoren sehen in der Veröffentlichung seiner Äußerungen den Versuch, Medwedjew zu diskreditieren. Sie seien Ausdruck eines Machtkampfs an der Spitze. Die einzige klare Rolle spielt Putin. Er pflegt sein Image eines mächtigen Patriarchen. Ob Medwedjew Kontrahent des Präsidenten ist oder nur als Blitzableiter für alle Unbilden herhalten muss, bleibt im Verborgenen. Medwedjews TV-Äußerungen haben ihre Wirkung nicht verfehlt, sollten sie als Gag gedacht sein: Er steht im Mittelpunkt der Öffentlichkeit. *MRK*



Zeichnung: Mohr

Alle an einem Strang

Wie Peer Steinbrück gute von böser Gewalt unterscheidet, was »bürgerschaftlich« heute bedeutet, und wie wir Deutschland kleinkriegen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Das wird ein spannender Wahlkampf. Gut, dass die Parteien diese kleinen bunten Kürzel tragen, damit wir sie unterscheiden können. Ansonsten fällt das seit vergangener Woche noch ein bisschen schwerer, denn vom Auftritt her ist die SPD nun ganz und gar CDU geworden: Sonst hatten sich die Genossen ja oft heftig in den Haaren gelegen auf ihren Parteitagen, bei der Kür von Peer Steinbrück hingegen ging es zu wie bei den Merkel-Partys, die an die Stelle früherer CDU-Konvente getreten sind.

Die Reihen nickten und klatschten, wie es die Regie von ihnen verlangte. Für das gute Erscheinungsbild saß bei den 600 Delegierten jede Regung wie bei einem Trupp Revue-Girls: Ärmchen hoch, dann klatschen, jetzt lachen, danach dreißig Sekunden andächtig schauen, nicken ... und von vorn! Parteichef Gabriel war so gerührt von der perfekten Aufführung, dass ihm glatt ein Tränchen über die dralle Wange kullerte. Entzückend.

Die rote Eintracht ging weit über den Saal hinaus. Als Peer Steinbrück auf „rechte Gewalt“ zu sprechen kam, da haben selbst Stalin, Mao und Pol Pot im Jenseits applaudiert. Denn: Böse Gewalt von links gibt es gar nicht, wenn es nach dem SPD-Kanzleranwärter geht. Das Böse kommt immer und ausschließlich von rechts, etwas anderes zu behaupten bedeute, die Nazi-Gewalt zu „verharmlosen“. Über den Gräbern von hundert Millionen Kommunismus-Opfern herrschte in dem Moment eisige Stille, als wären sie alle noch einmal gestorben. Das hat Steinbrück aber nicht mitbekommen, weshalb er euphorisch weiterpolterte, dass der deutsche Staat in einer Einheitsfront mit allen Linksextremisten gegen rechts kämpfen werde, „wenn wir dran sind“.

Ja, „wenn wir dran sind“, dann wird's was geben: Die Linkspartei hat sich da auch schon so ihre Gedanken gemacht. Die medienpolitische Sprecherin der Partei im Bundestag, Kathrin Senger-Schäfer, fordert, dass „Qualitätsjournalismus“ mit Steuergeldern gefördert wird. Nicht nur Zeitungen, welche die Linken für qualitätsvoll erachten, auch Internet-Blogs und Autorennetzwerke sollten unterstützt werden. Der Präsident der Berliner Akademie der Künste, Klaus Staeck, pflichtet begeistert bei: „Das Ziel muss ein bürgerschaftlich geförderter Qualitätsjournalismus sein.“

Was die Genossen darunter verstehen, wissen wir aus jenem Teil der deutschen Geschichte, von dem nicht nur Peer Steinbrück nichts mehr wissen will. Die „Aktuelle Kamera“ hätte sich mit Werbeeinnahmen ebenso wenig über Wasser halten können wie Karl-Eduard von Schnitzlers „Schwarzer Kanal“. Nur dank „bürgerschaftlicher“ (also staatlicher) Bezahlung konnten sie ihre Qualitäten über Jahrzehnte durch den Äther bellen.

> Nach allem anderen will die Linke nun endlich auch den Journalismus auf Linie bringen

Übrigens interessant, welche Karriere manche Wörter machen: Früher nannten wir es „bürgerschaftliches Engagement“, wenn Menschen freiwillig, ohne staatlichen Zwang und ohne Unterstützung von oben für das Gemeinwesen aktiv wurden. Heute bedeutet „bürgerschaftlich“, dass den Bürgern Steuern aufgebrummt werden, damit linke Journalisten für Texte bezahlt werden, die ihnen am Kiosk keiner abkauft, für Filme, die niemand sehen will und für Ergüsse in Internetportalen, die kein Netzbenutzer anklickt.

Auf jeden Fall scheinen sich die Linken sehr sicher zu sein, dass sie es sein werden, die entscheiden dürfen, was förderungswürdig ist und was nicht, sprich: „Der Staat sind wir!“ Das System linker Netzwerke in Kirchen, Parteien, Verbänden, in Schulen und Hochschulen ist ja tatsächlich fast perfekt. Es funktioniert, weil das widerborstige Volk nicht hineinfunken kann, weil alles von oben bezahlt wird und nicht der Auswahl durch selbst urteilende Bürger unterworfen ist. Die Medien (von den öffentlich-rechtlichen natürlich abgesehen) bilden ein irritierendes Loch in diesem System, denn hier hat das Volk immer noch die Wahl, und die fällt nicht immer wunschgemäß aus. Staeck ist Kolumnist bei der linken „Frankfurter Rundschau“, die gerade pleitegegangen ist.

Was hätten wir uns und der Weltgeschichte nicht alles ersparen können, wenn man dieses Loch rechtzeitig dichtgemacht hätte. Denken wir nur an die deutsche Vereinigung 1990. Die „Qualitätsjournalisten“ von der Staeckschen Sorte waren selbstverständlich dagegen. Damals – noch ohne Internet – hätte man die Qualitätslosen mit ausreichend Steuergeld leicht vom Markt gefegt, und vielleicht hätten sich die Deutschen von den Übriggebliebenen hinreichend einschüchtern lassen, sodass sie sich das mit der Einheit nicht getraut hätten.

So aber ist das Unsagbare passiert. In der Folge wuchs Deutschland zum bedeutendsten Land Europas heran. Furchtbar.

Wir wollen die Flinte aber noch nicht ins Korn werfen, man hat bei der Rückschrumpfung des Landes schon einige Fortschritte gemacht. Die D-Mark ist weg und auch sonst sind wir auf gutem Wege, den Deutschen eine Bleikugel nach der anderen ans Bein zu ketten, bis sie endlich absaufen.

Da müssen aber alle an einem Strang ziehen, Wirtschaftspolitiker und Währungshüter, Finanzminister und Klimaschützer und natürlich vorneweg die Qualitätsjournalisten. Es gilt, Deutschland auf das Normalmaß seiner abstürzenden Nachbarn zu stutzen, mit anderen Worten: den Deutschen das Fell über die Ohren zu ziehen.

Beim Klimagipfel in Katar sind wir da ein gewaltiges Stück weitergekommen: Dort wurde der Rahmen für ein Programm verabschiedet, das es in sich hat. Drittweltländer sollen demnach künftig das Recht bekommen, für Naturkatastrophen die Länder des Nordens direkt in Regress zu nehmen. Da wichtige Industriestaaten wie die USA, China oder Kanada gar nicht daran denken, sich daran zu beteiligen, wird der Löwenanteil auf Deutschland entfallen. Das geht dann so: Wenn es in der Wüste zu trocken ist, oder wenn (wie seit Jahrhunderten schon) eine Regenzeit ausfällt oder es (wie ebenfalls seit eh und je) überdurchschnittlich stark regnet, wenn ein Sturm übers Land fegte oder eine Flut die (seit Generationen vernachlässigten) Deiche weggespült hat, können die Länder von Bangladesch über Burkina Faso bis Bolivien die Deutschen dafür direkt haftbar machen. Nicht etwa in Form eines Hilfe-Ersuchens, sondern mit einer saftigen Rechnung. Denn neuerdings kommt das, was seit der Steinzeit ganz normal war, vom Klima, und das machen die Deutschen. Es geht um gigantische Milliardensummen, welche die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik entzogen werden sollen.

Um „nachhaltig“ erfolgreich zu sein bei der Deutschland-Stutzung, müssen wir allerdings direkt ins Herz deutscher Stärke schießen: die mächtige Industrie. Zu diesem Zweck fordern linke Parteien, die „Privilegien“ des produzierenden Gewerbes bei den Strompreisen abzuschaffen. Bekanntlich zahlen deutsche Privatkunden mit die höchsten Strompreise der Welt. Würde man die hohen (und immer höheren) Preise auch der Industrie aufhalsen, würde die Produktion in Deutschland mehr und mehr unrentabel.

An einer weiteren Front arbeitet der Bundesfinanzminister. Wussten Sie, dass deutsche Reeder die größte Containerflotte der Welt besitzen? Aber nicht mehr lange: Durch die Krise der Schifffahrt schwer in die Enge geraten, stehen Hunderte Reeder vor dem Untergang und betteln in Berlin um rückzahlbare Übergangskredite. Nichts da! Stattdessen will das Haus Schäuble die Krise nutzen, um die deutsche Handelsflotte endlich zu versenken: Mit einem Kniff haben es Schäubles Mannen hinbekommen, den Reedern ausgerechnet jetzt eine niederschmetternde neue Steuer aufzubrummen, und zwar gleich sieben Jahre rückwirkend! Genial, nicht wahr? Das nennt der Engländer Timing: Erst zuschlagen, wenn der Feind ohnehin am Boden liegt. Dann aber richtig.

Sie sehen, wir müssen uns keine Sorgen machen. Das mit der deutschen Stärke haben wir bald überwunden.

MEINUNGEN

***Manfred Gillner** nimmt die laut Experten wegen der abrupten **Energiewende** drastisch gestiegene Gefahr großer **Stromausfälle** in Deutschland aufs Korn. Im Internetportal „Achse des Guten“ lästert er:*

„Hätte man einen Wunschtermin für einen Stromausfall frei, würde man vielleicht den Zeitpunkt der Neujahrsansprache der Kanzlerin wählen. Man kann sich eh ausmalen, was sie sagen wird: Dass das vergangene Jahr schwierig gewesen sei, aber einige Hoffnung bestehe, dass das nächste noch schwieriger werde ... Dass die Energiewende, wie alles, was die Kanzlerin anfasst, ein Erfolg und sogar ein Exportschlager werde. Das wäre schön! Vielleicht werden wir ja schon in wenigen Jahren keine Autos mehr exportieren, sondern Stromausfälle.“

***Christiane Hoffmann** beschreibt in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ (9. Dezember) das Dilemma, in dem sich die deutsche **Vergangenheitsbewältigung** und die Berliner **Israel-Politik** verfangen haben:*

„Wie soll von Herzen kommen, was ständig mit dem moralischen Zeigefinger eingefordert wird? Frau Merkel hat die Ritualisierung der Israel-Politik perfektioniert. Selbst ihre Rede von der Sicherheit Israels als Teil deutscher Staatsräson hat sie inzwischen zur Floskel ausgehöhlt.“

*Der stellvertretende Chefredakteur des „Hamburger Abendblatts“, **Matthias Iken**, beleuchtete in seiner Zeitung vom 8. Dezember die Ursachen des allgemeinen **Respektverlusts in Deutschland**:*

„Der Autoritätsverlust hat längst alle Ebenen erfasst – und dazu haben die Eliten selbst mächtig beigetragen. Seit der Finanzkrise gelten Banker eher als Gangster, der ehemalige Bundespräsident missinterpretierte sein Amt als oberstes Schnäppchenportal ... Parteien und Gesellschaften leiden an Schwindsucht und wollen sich überall beliebt machen. Wo Normen kaum mehr gesetzt werden, werden Regeln rasch zu Petitessen.“

*Der Wirtschaftsjournalist **Walter K. Eichelburg** stellt auf „MMnews.de“ eine **düstere Prognose** für Euro-Länder wie **Deutschland**, Österreich oder Finnland, an denen die Krise bislang scheinbar vorbeiging:*

„2013 wird auch bei uns die Krise voll durchschlagen. Dann werden auch bei uns Milch und Honig aufhören zu fließen. Ebenso werden die Märkte feststellen, dass die „Retter des Euro“ nicht mehr retten können, sondern selbst bald pleitegehen. Bei Hollandes Frankreich ist es schon so weit.“

*Der Nationalökonom **Ludwig von Mises** (1881–1973) sah bereits 1922 vorher, welchen Ausgang eine **Krise wie die heutige** nehmen muss:*

„Durch Kunstgriffe der Bank- und Währungspolitik kann man nur vorübergehende Scheinbesserung erzielen, die dann zu umso schwererer Katastrophe führen muss, denn der Schaden, der durch Anwendung solcher Mittel dem Volkswohlstand zugefügt wird, ist umso größer, je länger es gelungen ist, die Scheinblüte durch Schaffung zusätzlicher Kredite vorzutäuschen.“